Francesco Nitti:

KRIEG ODER FRIEDEN?

Europas Schicksalsfrage

Schwebt Europa heute in Kriegsgefahr? Wer diese Frage beantworten will, muß zugeben, daß drei wichtige Momente bestehen, die als Anzeichen für den bevorstehenden Ausbruch eines Krieges gewertet werden können.

Das erste Moment ist die Fortdauer des Rüstungswahnsinns. Wo große Armeen gehalten werden, besteht Kriegsgefahr, denn schließlich ist es ja die Aufgabe der Heere, Krieg zu führen.

Wie ist nun in militärischer Hinsicht die Lage in Europa? Obwohl das Nationalvermögen der europäischen Länder durch den Weltkrieg außerordentlich zusammengeschmolzen ist und obwohl der Staatshaushalt in den meisten Ländern stark in Unordnung geraten ist, greift der Rüstungswahnsinn immer weiter um sich. Obwohl ferner durch die Friedensverträge die Militärmacht von vier europäischen Ländern rein auf die Bedürfnisse der inneren Sicherheit beschränkt wurde, geben die Völker der Erde zusammen dennoch mehr als 15 Milliarden Mark jährlich für Rüstungszwecke aus, Europa allein mehr als 9 Milliarden Mark. Die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes hat errechnet, daß diese Summe in Gold beinahe dem Betrage gleichkommt, der im Jahre 1913, in welchem bekanntlich die Kriegsvorbereitungen ihren Höhepunkt erreichten, für Rüstungen aufgewandt wurde. Da die vier besiegten Länder gezwungen wurden, ihre Rüstungen auf ein Mindestmaß zu beschränken, so müssen die Siegerstaaten — und vor allen Dingen diejenigen Länder, die durch die Friedensverträge neu entstanden oder ihr Gebiet als Folge dieser Friedensverträge erweitern konnten — ihre Armeen vergrößert haben. Heute sehen wir in Europa beinahe 1 Million Soldaten mehr unter Waffen als vor dem Kriege.

Der zweite Umstand, der auf einen kommenden Krieg hinzudeuten scheint, ist der Mangel an Vertrauen unter den europäischen Nationen. Mißtrauen entsteht aus dem Gefühl der Unsicherheit. Krieg und Frieden sind letzten Endes Auswirkungen psychologischer Vorgänge; die sich ergebenden Tatsachen sind nur eine Folge der jeweiligen Geisteseinstellung. Im heutigen Europa ist alles in der Schwebe. Vor dem Kriege gab es eigentlich nur ein umstrittenes Gebiet, Elsaß-

Lothringen, und nur ein Land, das eine große Anzahl verschiedener Rassen mit verschiedenartiger Sprache in sich vereinte, Österreich-Ungarn. Heute können wir in Europa mindestens 9 oder 10 Elsaß-Lothringen und mindestens 5 oder 6 Länder feststellen, in denen Menschen verschiedenster Rassen zusammenleben. Wenn Polen, das nur über eine kleine nationale Mehrheit verfügt, seine Armee in ständiger Kriegsbereitschaft hält, so geschieht es deshalb, weil es nicht glaubt, daß Deutschland sich je mit der Regelung seiner Ostgrenzen zufrieden geben wird, oder das Rußland je den Verlust slawischen Gebietes verschmerzen wird. Die polnische Nationalpartei andererseits erstrebt ein Großpolen, das sich von der Ostsee bis zur Ukraine erstreckt.

Rumänien fürchtet, daß Rußland Bessarabien besetzen wird, sobald sich die Gelegenheit hierzu bietet. Rußland andererseits hat deutlich zu erkennen gegeben, daß es die bisherige Regelung der bessarabischen Frage keineswegs anerkennt. Fast in allen Teilen Europas sehen wir eine ungesunde, weil auf Mißtrauen beruhende Geisteseinstellung.

Das dritte Gefahrenmoment endlich ist die Existenz der zahlreichen Diktaturen in Europa. Wir sehen heute eine große mächtige rote Diktatur und mindestens 7 oder 8 kleine weiße Diktaturen, von denen eine immer schlimmer ist als die andere. Nicht nur die Geschichte des Altertums, sondern auch die moderne Geschichte lehrt uns, daß jede Diktatur entweder in einer Revolution oder in einem Kriege — oft in beidem — endet. Bekanntlich ist die Entfesselung eines Krieges oft die letzte Weisheit des Diktators, um sich vor der Rebellion des eigenen Volkes zu schützen. Die reaktionären Parteien in den verschiedenen Ländern liebäugeln oft mit der Diktatur, doch sehen sie nicht die Gefahr, die in ihr liegt. Sie zetern über russischen Terror, ziehen es aber vor, über ungarische, italienische oder bulgarische Behandlungsmethoden den Mund zu halten. So verlieren ihre Angriffe gegen das bolschewistische Rußland viel an moralischem Wert.

Die heutigen Diktaturen in Europa müssen in einem Kriege enden. Mussolini, Italiens Diktator, spricht in allen seinen Reden nur vom Kriege. Obwohl Italien sich in der schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Lage befindet, hat es doch alles Geld, das es im Auslande aufgenommen hat, nur für Kriegsvorbereitungen verwandt. In seiner hochbedeutsamen Rede vom 26. Mai d. Jhrs. ermahnte Mussolini die Italiener, die Geburtsrate zu erhöhen. „Falls Italien" — so sagte er — „etwas in der Welt gelten will, so muß es in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts mit einer Bevölkerung von nicht weniger als 60 Millionen Menschen eintreten. Wir müssen in der Lage sein, mindestens 5 Millionen Menschen jederzeit mobilisieren zu können und über das nötige Kriegsgerät zur Führung eines größeren Krieges verfügen." „Unsere Rechte", so sagte Mussolini weiter, „müssen anerkannt werden." Was für Rechte meint er und gegen wen will er sie geltend machen? Der Krieg soll nach seinen Angaben zwischen 1935

und 1940 kommen. Ist es nicht Wahnsinn, schon jetzt die Zeit festlegen zu wollen, in der ein Krieg kommen soll? Ist es nicht unter den heutigen gespannten politischen Verhältnissen äußerst gefährlich, davon überhaupt zu sprechen? Zum Kriegführen gehören mindestens zwei Kontrahenten. Dieser Zweite will sich sicher nicht überraschen lassen. Es besteht darum auch jetzt schon vielfach ein geheimer Kriegszustand. Die Streitigkeiten zwischen der faschistischen Regierung und Griechenland, der Türkei, Jugoslawien und die letzten Vorgänge in Albanien sind in sich selbst bereits Anzeichen einer bewußten Kriegspolitik. Wo immer eine Diktatur herrscht, da besteht Geheimdiplomatie, da besteht Geheimpropaganda — ob sie rot oder weiß ist, macht keinen Unterschied — und da wirken ungezügelte Kräfte unter der Oberfläche.

Wie läßt sich die Gefahr dieser Lage bannen? Der Völkerbund, verfehlt in der Anlage und mangelhaft in der Organisation, hat in seiner eigenen Mitte seine schlimmsten Feinde, nämlich die Vertreter der Diktatoren. Einer dieser Delegierten hatte die Stirn, zu erklären, daß er sein Land gegen den Völkerbund vertritt. Das größte kapitalistische Land — die Vereinigten Staaten von Amerika — und das größte antikapitalistische Land — Rußland — ebenso wie der überwiegende Teil von Südamerika stehen noch außerhalb des Völkerbundes. Bei all seinen Maßnahmen hat der Völkerbund nie allzu große Energie bewiesen. Sieht er sich einer schwierigen Lage gegenüber, so wäscht er gewöhnlich seine Hände in Unschuld wie einst Pilatus. Wir haben es oft genug erleben müssen, daß sich der Völkerbund über Streitigkeiten kleiner Staaten aufregte, dagegen bei schwierigen Problemen schwieg, besonders wenn diese Probleme die Großmächte angingen. Die sicherlich ausgezeichneten Persönlichkeiten, die an den einzelnen Sitzungen teilnahmen, bewundern den Völkerbund und preisen seine Einrichtung; aber wollen sie die Verantwortung für seine Handlungen übernehmen?

Wenn es trotz dieser gefährlichen Situation noch nicht zu einem Kriege kam, so geschah es wegen der großen finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich die meisten Staaten befinden. Fast jeder Staat zeigt wirtschaftlich und finanziell eine Art Erschöpfungszustand. Rußlands Technik ist für einen Krieg nicht genügend entwickelt, Polen steht allein und sieht sich dem Mißtrauen eines entwaffneten Deutschland und der geheimnisvoll drohenden Größe Rußlands gegenüber. Italien hat trotz der Brandreden Mussolinis nicht die Gelder, die zur Kriegsführung nötig sind. Es verfügt weder über die nötigen Kohlen- und Eisenvorkommen noch besitzt es eine genügend entwickelte Rüstungsindustrie; ja selbst seine Lebensmittelproduktion ist nicht ausreichend; Italien könnte nur mit Hilfe Englands oder Amerikas an einen Krieg denken. Die Völker Europas selbst, die im Falle des Krieges gegeneinander loszugehen hätten, sind kriegsmüde. Wer heute einen Krieg anzuzetteln versuchen würde, liefe Gefahr, eine Revolution hervorzurufen. Amerika, das Europas größter Gläubiger geworden ist, befindet sich in der Geistes-

verfassung aller Gläubiger, d. h. es wünscht nicht, daß sich seine Schuldner zugrunde richten.

Aber wer kann prophezeien?

Wenn wirklich Kräfte bestehen, die in wirksamer Weise gegen die Kriegstreibereien gewisser Mächte arbeiten, so sind sicherlich auch starke Kräfte am Werk, die eine Kriegspolitik begünstigen. Torheit kennt beim einzelnen Menschen und im Völkerleben kein Gebot. Hoffen wir, daß diese Episode der Torheit bald ihr Ende nimmt und daß die moralischen Gesetze im Leben der Völker ihre Macht behalten.

MARTIN BLANK:

HANDELSBILANZ UND DAWESPLAN

Der Generalagent für Reparationszahlungen, Herr Parker Gilbert, braucht sich über Mangel an Publizität nicht zu beklagen. Besonders seit sein vom 10. Juni datierter Zwischenbericht über die ersten 9 Monate des laufenden — dritten — Dawesjahres in der Öffentlichkeit erschien, ist die Debatte über den Dawesplan und sein zukünftiges Schicksal in der deutschen Presse nicht mehr abgerissen. Hervorgerufen ist diese Beschäftigung mit dem Reparationsproblem und dem letzten Bericht des Generalagenten in erster Linie dadurch, daß Herr Parker Gilbert an der deutschen Finanzgebarung in einem Maße und mit einer Heftigkeit Kritik geübt hat, wie wir sie aus seinen früheren Verlautbarungen nicht kannten. Gerade über diese Kritik ist denn auch von deutscher Seite viel geschrieben und gesprochen worden, und der Generalagent hat selbst Kritik hinnehmen müssen, die — zum wenigsten hinsichtlich einiger seiner Behauptungen und Schlußfolgerungen — nur zu berechtigt war. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch die kritischen Bemerkungen des Generalagenten in gewissen Punkten übereinstimmen mit den Beschwerden, die seit längerer Zeit von verantwortungsbewußter deutscher Seite gegen die deutsche Finanzgebarung vorgebracht wurden. Seine Berechtigung, die deutschen Finanzen kritisch zu untersuchen, leitet der Generalagent von dem Umstand her, daß bekanntlich im Normaljahre die Hälfte der deutschen Reparationsleistungen aus dem Reichshaushalt entnommen werden soll, der damit zur größten einheitlichen Quelle der Daweslasten wird. Außerdem weist er darauf hin, daß für die Stabilität der Währung, die ihn aus Transfergründen höchlichst interessiert, die Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes die wichtigste Vorbedingung ist. Diese Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes sieht er als durch die „anschwellende Flut der Regierungsausgaben“ (the rising tide of Government expenditures) gefährdet an.

Es ist nun interessant, daß der Generalagent sich mit diesen Fragen sehr intensiv beschäftigt, scharfe Tadel erteilt und weitgehende Forderungen aufstellt,

während er einen anderen — für die Durchführung des Sachverständigenplans mindestens ebenso wichtigen — Fragenkomplex verhältnismäßig kurz abtut und sich auf die Wiedergabe der nackten Tatsachen beschränkt: wir meinen die Entwicklung der Ausfuhr aus Deutschland in ihrem Verhältnis zur Einfuhr nach Deutschland, kurz die Gestaltung der deutschen Handelsbilanz. Ein Fundament des ganzen Dawessystems ist die Erkenntnis, daß „Reparationszahlungen nur durch einen Ausfuhrüberschuß finanziert werden und nur so finanziert werden können" (Sachverständigen-Gutachten Teil II, Abschnitt II, b, 4). Es ist ja auch einleuchtend, daß Reparationszahlungen, d. h. Leistungen an fremde Volkswirtschaften nur aus den Überschüssen bewirkt werden können, die die deutsche Volkswirtschaft im Austausch gegen das Ausland erarbeitet, es sei denn, daß man die Leistungen aus dem Volksvermögen, aus der Substanz zu nehmen gesonnen ist. An dieser klaren Alternative wird auch nichts geändert durch die Möglichkeit, im Auslande Schulden zu machen und mit dem geborgten Gelde die fälligen Reparationsverpflichtungen zu begleichen. Es ist bekannt, daß wir in Deutschland von der vorstehend gekennzeichneten Möglichkeit in der hinter uns liegenden Zeit in bedenklich großem Umfange Gebrauch gemacht haben; war doch schon die sog. Dawesanleihe von 1924 nichts anderes als die Aufnahme hochverzinslicher langfristiger Schulden zur Begleichung sofort fälliger Reparationsverpflichtungen. War bei dieser Anleihe doch das Reich — der Träger des Hauptteils der Daweslasten — selbst der Schuldner, so sind an seine Stelle im weiteren Verlauf kapitalbedürftige, deutsche öffentliche Körperschaften und private Unternehmungen getreten. Die von diesen Stellen kontrahierten Schulden hatten zwar nicht die Finanzierung von Reparationsleistungen zum Ziel, sie haben aber — indirekt — diesem Zweck gedient und haben die bisherige glatte Durchführung des Planes mit ermöglicht. Es steht fest, daß die Entwicklung der deutschen Außenhandelsbilanz seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes eine Unterlage für die Durchführung des Gutachtens im Sinne seiner Verfasser nicht gegeben hat.

Wie stellt sich nun der Generalagent zu dieser Frage? An den nackten und eindeutigen Zahlen unseres auswärtigen Handels kann er natürlich nicht vorbei; und wenn er es in seinem Bericht vom 30. November 1926 über das zweite Dawesjahr auch fertiggebracht hat, durch geschickte Auswahl einer Periode von 12 Monaten einen Ausfuhrüberschuß der deutschen Volkswirtschaft zu errechnen, so zeigt selbst ihm die weitere Entwicklung bis heute den problematischen Wert solcher Exempel. In den 9 Monaten vom 1. September 1926 bis zum 31. Mai 1927 sind für 2022 Millionen Mark Waren mehr nach Deutschland eingeführt worden, als aus Deutschland ausgeführt wurden. Im gleichen Zeitraum wurden rund 922 Millionen aus deutschen Reparationsleistungen durch den Generalagenten den Gläubigerländern zugeführt. Die Summe dieser beiden Posten reicht

— für $^3/_4$ Jahre — an 3 Milliarden heran, eine Ziffer, die von ihrer bedenklichen Tragweite wenig einbüßt, wenn man den Wert der „unsichtbaren Ausfuhr", der natürlich auch eine „unsichtbare Einfuhr" gegenübersteht, abzieht und die vom Statistischen Reichsamt als zweckmäßig ermittelten Korrekturen an den Werten der Einfuhr (—3%) und der Ausfuhr (+ $1^1/_2$%) vornimmt.

Man darf mit Sicherheit annehmen, daß Überlegungen, wie sie hier angestellt werden, auch dem Generalagenten und seinem Stabe nicht fremd sind; bemerkenswert ist nur, daß über diese dem deutschen Wirtschaftsleben so abträgliche Entwicklung, die auch dem Funktionieren des Planes so gefährlich werden kann, ganz leidenschaftslos und ohne eigene Stellungnahme berichtet wird, während man den angeblichen Gefahren aus der Gestaltung der Reichsfinanzen so viel Aufmerksamkeit zuwendet. Und nun liegen die Dinge nicht etwa so, daß man in der Reichsfinanzgebarung mit Leichtigkeit Änderungen im Sinne des Generalagenten vornehmen könnte, während man die Entwicklung der deutschen Außenhandelsbilanz wie ein kosmisches Geschehen über sich ergehen lassen müßte. Der Gründe für die Verfassung des deutschen Außenhandels sind viele: einer der wichtigsten ist die Absperrung der Welt gegen deutsche Exportwaren, ein anderer die u. a. durch Steuerdruck und Eisenbahnfrachten hochgehaltenen Gestehungskosten der deutschen industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, wobei die Höhe von Steuern und Frachten ihren Ursprung zum Teil im Dawesplan selbst hat. Ein Appell an die fremden Länder, deutsche Waren hereinzulassen, wenn sie deutsche Reparationsleistungen haben wollten, ein allgemeiner Hinweis auf die Erschwernisse der deutschen Ausfuhr wäre hier — als Gegengewicht für die gegen Deutschland in Sachen Reichsfinanzen erhobenen Vorwürfe durchaus am Platze gewesen. Statt dessen zeigt sich bei der Berichterstattung über die Gestaltung des deutschen Außenhandels eine Einstellung, die man als „Verharmlosungstendenz" bezeichnen möchte, d. h. das deutliche Bestreben, die Bedeutung der auf diesem Gebiet gegen die Durchführung des Planes sich auftürmenden Hindernisse weniger wichtig erscheinen zu lassen. Für diese Behauptung finden sich im Bericht des Herrn Parker Gilbert zahlreiche Belege, von denen wir einige anführen möchten. So ist es z. B. nicht uninteressant, daß zum Beleg für den angewachsenen Einfuhrüberschuß an einer Stelle (S. 67) nur der Einfuhrüberschuß in den 6 Monaten vom November 1926 bis April 1927 genannt wird, während der Bericht sonst die Zeit September 1926 bis Mai 1927 umfaßt. An anderer Stelle ist von den starken Schwankungen der Einfuhr die Rede; der Bericht muß zugeben, daß sie mit dem Wiederansteigen der deutschen industriellen Produktion stark gewachsen ist, und an diese Feststellung wird dann die etwas vage Erwartung geknüpft, daß die starken Rohstoffeinfuhren bei einem industriellen Lande wie Deutschland sich nach einiger Zeit in gesteigerten Ausfuhren widerspiegeln würden; wir sagten schon, daß die Steigerung des Exports nicht eine einseitige

Sache Deutschlands ist, das Ausland muß auch kaufen. Wenn dann weiter festgestellt wird, daß die deutsche Fertigwarenausfuhr nahezu stabil geblieben ist und daran abermals die Hoffnung geknüpft wird, daß sie sich im Gefolge des starken Rohstoffimports steigern wird, so wird dieser Optimismus durch Repetition nicht berechtigter. Auch die Behauptung, daß Deutschland seit dem Inkrafttreten des Planes noch nicht zu normalen Verhältnissen in Ein- und Ausfuhr habe kommen können, nimmt den bisher vorliegenden Ergebnissen nichts von ihrer Schwere. Uns Deutschen macht bekanntlich das Anwachsen der Fertigwareneinfuhr gegenüber der Vorkriegszeit Sorgen (Monatsdurchschnitt 1913 = 116 Millionen, November 1926 bis April 1927 — 161,2 Millionen, Mai 1927 — 210,3 Millionen). Der Generalagent tut in seinem letzten Bericht die Einfuhr von Fertigwaren ab als „nur einen kleinen Posten" (but a small element). In den 6 Monaten November 1926 bis April 1927 hat sich die deutsche Gesamtausfuhr — verglichen mit dem gleichen Zeitraum ein Jahr früher — um ganze $^{3}/_{10}$ % gehoben, wobei die Fertigwarenausfuhr sogar um 3 % zurückging. Die Einfuhr stieg in der gleichen Zeit um 48 %, die Fertigwareneinfuhr um 57 %. Das sind erschreckende Ziffern. Sie entstammen sämtlich dem Bericht des Generalagenten; nur ist versäumt worden, die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Aufgabe dieser Zeilen war es, auf das Fehlen dieser Folgerungen hinzuweisen; daß sie fehlen, ist vom Standpunkt des Generalagenten, des Beauftragten der Gläubiger, aus verständlich: wäre man dem Sinn und Wortlaut des Sachverständigengutachtens gefolgt, so hätten Übertragungen an die Gläubigermächte — einerlei ob Bar- oder Sachtransfer, Einziehung durch Recovery Acts oder Leistungen für die Besatzungstruppen — nicht vorgenommen werden dürfen.

Hermann Lautensach:

BERICHT ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Die Kraftstoffwirtschaft der Erdteile

Kein Zweig der Weltwirtschaft hat im Jahre 1926 eine so plötzliche und einschneidende Änderung seiner Struktur erfahren, wie die Steinkohlenförderung, die volle 7 Monate hindurch unter dem Zeichen des englischen Bergarbeiterstreikes stand. Nach dem Aufhören des Streikes haben sich, wie schon H. Spethmann in Heft 4 dieses Jahrganges der Z. f. G. betont hat, nicht automatisch die alten Förder- und Absatzverhältnisse des Weltkohlenmarktes, wie sie vor Beginn des Streikes bestanden, wieder eingestellt. Dieses elementarste Ereignis in der Nachkriegsgeschichte der Weltwirtschaft hat viel mehr Entwicklungen beschleunigt, die wir in den Berichten S. 108 ff. und 382 ff. auf fast allen anderen Gebieten des Wirtschaftslebens verfolgen konnten; die Enteuropäisierung der Steinkohlenförderung. Die Zahlen der Steinkohlenproduktion, die die nachstehende Tabelle bringt, stehen bei einer Reihe minder wichtiger Staaten für das Jahr 1926 noch nicht genau fest. Die großen Züge der Entwickelung, auf die es hier allein ankommt, ergeben sich aus ihr jedoch mit eindeutiger Klarheit. Die Minderförderung der großbritannischen Gruben 1926 gegenüber 1925 betrug 120,253 Mill. t, ein Betrag, der die reichsdeutsche Steinkohlengesamtförderung von 1924 übertrifft. Die übrigen europäischen Steinkohlenländer sprangen ein, insbesondere das Deutsche Reich, dessen Förderung vom Juni 1926 ab die monatliche Durchschnittsproduktion von 1913 (in den jetzigen Grenzen) überschritt und die zweite der Welt wurde, die Niederlande, Polen, das aber die Förderungsziffer von 1913 trotzdem auch in diesem Jahre längst nicht erreicht hat, Frankreich, Belgien und die Tschechoslowakei. Großbritannien führte das erstemal in seiner Geschichte sehr erhebliche Mengen von Steinkohlen und Koks ein, so daß der Ausfuhrüberschuß der vorhergehenden Nichtstreikmonate nahezu verschwand. Das Deutsche Reich wurde das erste Steinkohlen- und Koksausfuhrland der Erde; seine Ausfuhr an Steinkohle, Preßkohle und Koks stieg auf fast 64 % des Gewichts der Gesamtausfuhr (s. Tabelle von S. 654). Trotzdem konnte keine Rede davon sein, daß das Festland der Europäischen Halbinsel den großbritannischen Riesenausfall voll deckte. Seine Mehrförderung betrug vielmehr nur etwa 28 Mill. t, wozu das Deutsche Reich allein beinahe die Hälfte beisteuerte. Das Endergebnis war, daß die Europäische Halbinsel 1926 um rund 92 Mill. t hinter der Förderung von 1925 zurückblieb. Ihr Anteil an der Weltförderung betrug 1913 immerhin noch 44,4 % und war damit erheblich günstiger als bei allen anderen Bergwerkserzeugnissen (vgl. S. 387) mit Ausnahme des Eisenerzes, und in der Nachkriegszeit hat die Europäische Halbinsel sich zunächst jene Vorkriegsstellung nahezu zurückerobert. 1925 betrug ihr Anteil wieder 44,0. Aber 1926 ist er auf weniger als 37 % gefallen.

Steinkohle und Braunkohle	Steinkohlenförderung in 1000 t			Braunkohlenförderung in 1000 t		
	1913	1925	1926	1913	1925	1926
Großbritannien	292 043	251 533	131 280	·	·	·
Deutsches Reich	190 109	132 729	145 363	87 233	139 792	139 877
Saargebiet		12 990	13 681	·	·	·
Frankreich	40 051	47 047	52 480	793	987	1 056
Tschechoslowakei	14 280	12 553	14 508	·	18 789	18 799
Niederlande	1 873	6 848	8 880	—	208	300
Europ. Halbinsel	*569 230*	*524 035*	ca. *432 000*	*126 948*	*176 822*	*178 500*
Sowjetrußland	*35 752*	*17 004*	ca. *20 000*	—	*1000*	*1000*
Japan	21 316	28 700	29 260	—	—	—
Brit.-Indien	16 468	20 152	20 280	—	—	—
Außerruss. Asien	*58 208*	*80 490*	ca. *83 000*	*100*	*351*	ca. *350*
Südafrikanische Union	7 984	11 800	12 720	—	—	—
Afrika	*8 205*	*12 489*	ca. *13 400*	—	*290*	ca. *300*
Australien	*13 796*	*15 177*	ca. *15 200*	*740*	*1 139*	ca. *1 100*
Vereinigte Staaten	517 060	530 779	601 680	—	1 000	2 500
Kanada	13 426	8 528	11 640	193	2 285	3 254
Nordamerika	*530 486*	*539 307*	*613 320*	*193*	*3 285*	*5 754*
Südamerika	*2 484*	*3 311*	ca *3 300*	—	—	—
Ganze Erde	1 281 161	1 191 813	ca. 1 180 000	127 981	182 887	ca. 187 000

Den größten Teil jener Minderförderung der Europäischen Halbinsel von 92 Mill. t hat Nordamerika übernommen, dessen Mehrförderung gegenüber 1925 den ungeheuren Betrag von 76 Mill. t aufweist. Nordamerikas Anteil an der Weltförderung ist damit von 41,4% (1913) über 45,3% (1925) auf rund 52% (1926) gestiegen. Allein die U. S. A. erzeugten 1926 mehr als die Hälfte der ganzen Weltförderung. Die Führung Nordamerikas selbst auf diesem Gebiete, das auch heute noch den einen Grundpfeiler der wirtschaftlichen Erzeugung bildet, ist damit endgültig entschieden. Europa, das die Maschinenkultur nur eben dank dem Vorhandensein sehr reicher Kohlenschätze erfinden und entwickeln konnte, ist unwiederbringlich entthront worden.

Auch nach Berücksichtigung der nordamerikanischen Förderung bleibt noch ein Förderungsdefizit von etwa 16 Mill. t. Ungefähr 12 Mill. t wirken sich in einer Minderung des Weltförderungsbetrages aus. 4 Mill. t jedoch sind als sehr bemerkenswerte Fortschritte der übrigen Erdteile, insbesondere Afrikas (Südafrikanische Union) und des Außerrussischen Asien zu buchen.

Nach Beendigung des Streikes hat England mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit die Förderungsziffern der Vorstreikzeit wieder erreicht. Aber die Förderung des festländischen Teiles der Europäischen Halbinsel ist bisher erst wenig unter die Rekordziffern der Streikmonate heruntergegangen. Stand das festländische Europa in den letzten Streikmonaten schon so weit unter den Zeichen einer Produktionskrise, daß der Reichskohlenkommissar dem Ruhrgebiet Sonderlieferungen auferlegen mußte (S. 352), so droht jetzt auf der Europäischen Halbinsel eine Absatzkrise, die ihresgleichen bisher noch nicht gehabt hat. Besonders ernst ist die Lage in Polen und Belgien. Aber auch in England beginnen schon wieder die Preisabschläge, Produktionseinschrän-

kungen, Feierschichten und Arbeiterentlassungen. Frankreich sucht sich durch ein Dekret betreffs Beschränkung der Kohleneinfuhr zu helfen, das England schwer zu treffen geeignet ist. Während Großbritannien sich im übrigen die festländischen Absatzmärkte im alten Umfang zurückerobert hat, betrug die Kohleneinfuhr nach Frankreich in den ersten 5 Monaten dieses Jahres nur 4,074 Mill. t gegenüber 4,944 Mill. t in den gleichen Monaten des Jahres 1925. Bei dieser Lage ist es für Europa ein schwacher Hoffnungsstrahl, daß der in den Weichkohlenzechen der usamerikanischen Staaten Pennsylvanien, Illinois, Ohio und Indiana am 1. April d. J. ausgebrochene Streik die Monatsförderung der Vereinigten Staaten vom März zum April von 60,10 auf 37,92 Mill. t gesenkt hat. So dürfte 1927 vielleicht für die Kohlenförderung und -ausfuhr der Europäischen Halbinsel schließlich doch nochmals wieder etwas günstiger abschließen als 1926. Aber die große Entwicklungslinie ändert sich damit nicht. Sie ist gekennzeichnet durch das Steigen der außereuropäischen Förderung, und zwar nicht nur Nordamerikas, sondern in der Nachkriegszeit auch der übrigen Erdteile.

Ausfuhr (—) = bzw. Einfuhr (—) = Überschuß von Steinkohlen mit Einschluß von Preßkohlen und Koks

in 1000 t	1913	1925	1926
Großbritannien	−77919	−54959	− 1114
Deutsches Reich	−32888 (Deutsches Reich und Saargebiet)	−24518	−36906
Saargebiet		+19439 (Saargebiet und Frankreich)	+17152
Frankreich	+21424		
Verein. Staaten	−21859	−18514	−35072
Kanada	+15096	+14557	+15447

Trotz der Ähnlichkeit der verschiedenen Verwendungsarten ist die geopolitische Bedeutung der Braunkohle eine gänzlich andere als die der Steinkohle. Der zwischenstaatliche Braunkohlenhandel beschränkt sich im wesentlichen auf eine gewisse Ausfuhr der Tschechoslowakei, die 1926 2,849 Mill. t betrug, und von der 2,015 Mill. t nach dem Deutschen Reich gingen. Ein unmittelbarer politischer Kampf um Absatzmärkte oder um Produktionsgebiete fehlt hier also nahezu völlig. Die Braunkohle ist ein Objekt einzelner Staatswirtschaften, aber nicht der Weltwirtschaft. Nur dadurch, daß sie bis zu einem gewissen Grade als ein Steinkohlenersatz auftritt, hat sie indirekt weltwirtschaftliche und damit politische Auswirkungen. Diese stellen sich aber nur da ein, wo die Braunkohle in großen Massen gefördert wird, vorzugsweise also im Deutschen Reich und der Tschechoslowakei, wo die geförderten Stein- und Braunkohlenmengen in den letzten Jahren ungefähr gleich gewesen sind, ja die Braunkohlenförderung die der Steinkohle zeitweilig sogar überholt hat (s. die Tabelle von S. 653). Infolgedessen hat die Europäische Halbinsel ihre führende Vorkriegsstellung in der Braunkohlenförderung ungestört in die Nachkriegszeit hinüberretten können. Ja, der überlegen führende Staat der Braunkohlenförderung, das Deutsche Reich, hat infolge der zwingenden Not des Versailler Diktates und des Ruhreinfalles seine Produktion von 1913 auf 1926 gewaltig zu steigern vermocht. Wenn die Weltförderung in dieser Zeit um rund 59 Mill. t (=46%) gestiegen ist, so entfallen 52,644 Mill. t dieser Steigerung eben auf das Deutsche Reich. Zukunftswichtig sind aber immerhin die Nachkriegsansätze der Braunkohlenförderung, die sich in Sowjetrußland, Australien, Kanada und den U. S. A. zeigen.

Wie neben zahlreichen anderen Aufsätzen der Z. f. G. die Abhandlung von Wilser in diesem Jahrgang S. 461 ff. und 539 ff. gezeigt hat, ist kein Objekt der Weltwirtschaft in dem Maße Gegenstand der großen Politik wie das Erdöl. Die „Erdölpolitik" ist jedoch eine ebenso junge geopolitische Erscheinung wie die Verwendung des Erdöls als Kraftstoff. Erst vor einem Menschenalter endete die Periode, in der das Petroleum an erster Stelle für Leuchtzwecke Verwendung fand, und Kaukasien sich mit der Union fast allein in die Erdölförderung der Welt teilte (1900: 149 Mill. Barrels, 50,9 % davon Rußland). Als dann das Zeitalter der Explosions- und Dieselmotoren sowie der Ölfeuerung einsetzte, da hob sich mit einem Schlage Nordamerikas Förderung rapide. Es hat die Führung seither überlegen in Händen, und die Entdeckung immer neuer Felder, wie z. B. 1926 des Seminolefeldes (Okla.), das am 30. Juni d. J. die Rekordtagesproduktion von 428000 Barrels lieferte, straft vorläufig die düsteren Prophezeiungen einer Erschöpfung der nordamerikanischen Lager in 1—2 Dezennien immer wieder Lügen. So steht die Union heute unter den ausgesprochenen Zeichen einer Überproduktion an Erdöl (siehe umstehende Tabelle). Das Jahr 1927 dürfte dort die ungeheure Zahl von 800 Mill. Barrels erreichen. Mexikos Förderung dagegen, die 1921 193 Mill. Barrels betragen hatte, geht von Jahr zu Jahr weiter zurück. Der Hauptgrund ist der Erdölkonflikt zwischen der mexikanischen Regierung und den amerikanischen Ölfirmen, die den größeren Teil der mexikanischen Förderung kontrollieren. Er veranlaßt die letzteren, zumal unter dem Eindruck der nordamerikanischen Überproduktion, zu zeitweiliger Zurückhaltung. So kommt es, daß die nordamerikanische Jahresförderung 1926 den Wert von 1925 nicht ganz erreicht hat (s. Tabelle). Südamerika dagegen hat kraft des amerikanischen Kapitals, insbesondere der Standard-Oil-Gesellschaften, seine Produktion um nicht weniger als 63 % gesteigert; das Bestreben, auf diesem jungfräulichen Boden vor den Konkurrenten Fuß zu fassen, überwiegt hier die volkswirtschaftliche Vernunft. Besonders mächtig ist der Förderungsanstieg in den am Amerikanischen Mittelmeer im Angesicht der Union gelegenen Staaten Venezuela und Kolumbien. Durch den Panamakanal hindurch haben die Nordamerikaner die Produktion Perus entwickelt und beginnen eben, auch in Ekuador nennenswerte Ölmengen zu fördern.

Gegenüber dieser von der Union verursachten stürmischen Entwicklung des Westfeste verharrt die Ostfeste in den letzten Jahren in einer gewissen Konstanz der Entwicklung. Im außerrussischen Asien ist der Hauptgrund hierfür die ausgesprochene Aufsparungspolitik der britisch orientierten Royal Dutch Shell und Anglo-Persian Co. Die russische Förderung hat sowohl im Bezirk von Baku wie auch von Grosnyi-Maikop und ganz besonders von Emba ansehnliche Fortschritte gemacht; so daß die russische Produktion den Stand von 1913 nahezu wieder erreicht hat. Eine Rohrleitung Grosnyi-Tuapse (Schwarzes Meer) ist im Bau, die Leitung Baku-Batum soll mit finanzieller Hilfe der Standard Oil Co. verdoppelt werden. Da die Royal Dutch infolge des Abbruches der Handelsbeziehungen zwischen dem Britischen Reich und den Sowjets gegenüber dem russischen Asneft eine sehr schroffe Haltung annimmt, scheint sich ein engeres Zusammengehen der Russen mit den Amerikanern anzubahnen. Auf der Europäischen Halbinsel ist die Steigerung der rumänischen Förderung sehr bemerkenswert; im zweiten Erdölland, Polen, hindert Mangel an Kapital und Organisationsgeschick die Entwicklung. Im übrigen ist die Förderung der europäischen Staaten gleich der ganz Afrikas und Australiens aus geologischen Gründen sehr bescheiden. Bemerkenswert ist immerhin, daß das Deutsche Reich, dem Frankreich seine ertragreichsten Lager, die von Pechelbronn im Elsaß, durch das Versailler

Diktat geraubt hat, seine Restförderung zwischen 1920 und 1926 von 246 000 auf 717 000 Barrels zu steigern vermochte (Reviere von Hänigsen-Nienhagen, Wietze und Oberg-Godenstedt). Alles in allem besitzt die Europäische Halbinsel heute bei einer bescheidenen Förderung einen Riesenverbrauch an Erdöl und steht damit in sklavischer Abhängigkeit von Nordamerika, Persien und Kaukasien. Die Verarbeitung der Kohle zu flüssigen Brennstoffen, die mit der am 1. April erfolgten Eröffnung des Merseburger Werkes der I. G. Farbenindustrie praktische Bedeutung zu gewinnen beginnt, scheint in der Zukunft dazu berufen zu sein, diese Fessel für Europa und besonders Deutschland zu lockern.

Erdöl	Erdölförderung in 1000 Barrels (1 Barrel = 1,59 hl)			Wasserkräfte	Wasserkräfte	
	1913	1925	1926		insgesamt vorhanden in Mill. PS	1925 ausgenutzt in %
Rumänien	13555	16646	23299	Norwegen	9,5	19
Polen	7818	5960	5835	Schweden	8,0	18
Deutsches Reich	857	554	717	Deutsches Reich	2,0	55
Europ. Halbinsel	*22297*	*23776*	*30448*	Schweiz	2,5	60
Sowjetrußland	*62834*	*52448*	*61000*	*Europ. Halbinsel*	*54,0*	*21*
Persien	1857	35038	35460	*Sowjetrußland*	*11,0*	*2,2*
Niederländ.-Indien	11172	21422	22200	Indien	27,0	0,7
Britisch-Indien	7930	8000	8728	China	20,0	0,01
Außerruss. Asien	*23040*	*70637*	*72588*	*Außerruss. Asien*	*73,75*	*0,5*
Afrika	*98*	*1263*	*1194*	Belgisch-Kongo	90,0	0,0003
Australien	—	—	—	Französisch-Kongo	35,0	—
Vereinigte Staaten	248446	763743	766504	Kamerun	22,0	—
Mexiko	25696	115515	90072	*Afrika*	*190,0*	*0,01*
Nordamerika	*274370*	*879258*	*856915*	*Australien*	*4,25*	*3,3*
Venezuela	—	20913	37284	Vereinigte Staaten	35,0	29
Peru	2071	9115	10782	Kanada	18,25	17
Argentinien	131	5818	7835	*Nordamerika*	*59,25*	*23*
Kolumbien	—	1010	6446	Brasilien	25,0	1,8
Südamerika	*2706*	*41470*	*67593*	*Südamerika*	*60,75*	*1,4*
Ganze Erde	385345	1068852	1089718	Ganze Erde	453,0	6,4

Es verdient schließlich noch betont zu werden, daß die obige Erdöltabelle auf Grund einer kritischen Vergleichung der vom American Petroleum Institute publizierten Ergebnisse mit der von Wunstorf im Maiheft der Zeitschrift für praktische Geologie 1927 (Lagerstättenchronik S. 70) veröffentlichten Zahlen sowie mit den teilweise noch nachträglich bekannt gewordenen amtlichen Angaben einzelner Staaten zusammengestellt worden ist. Die Zahlen, die die schon im März d. J. abgeschlossene Abhandlung von Wilser (Z. f. G. 1927, S. 469) enthält, konnten nur auf Vorschätzungen fußen und sind, wie sich erst nachträglich herausgestellt hat, teilweise etwas zu hoch gegriffen.

Das Bild von der Kraftstoffwirtschaft der Erdteile wird schließlich vervollständigt durch eine Übersicht über die nicht durch Abbau erschöpfbaren Kraftquellen, die Wasserkräfte. Da zeigt es sich, daß der Erdteil, der trotz seiner Größe in der Kohlen- und Erdölwirtschaft die denkbar bescheidenste Rolle spielt, Afrika, vermöge seines orographischen Baues und der Niederschlagsfülle seines äquatorialen Teiles in bezug auf nutzbare Wasserkräfte allen anderen weit voransteht. Afrika umfaßt von der festen Landoberfläche — von dem in vorstehender Tabelle unberücksichtigt gelassenen Antarktischen Festland abgesehen — 22 %, von den ausnutzbaren Wasserkräften dagegen 42 %. Bis heute spielt dieser Reichtum, der noch nahezu ungenutzt ist, allerdings weder eine wirtschaftliche noch eine politische Rolle. Aber er kann dermaleinst dem Erdteil erlauben, auch bei hoher wirtschaftlicher Entwicklung ein in seiner Kraftversorgung autarkes Leben zu führen. Wie in ihrem tektonischen Bau, so gleichen sich die beiden Erdteile der Westfeste auch in der Menge der zur Verfügung stehenden Wasserkräfte. Was das Glazialrelief des nordamerikanischen Nordens an nutzbaren Gefällssprüngen voraus hat, das holt der Südkontinent durch seine größere durchschnittliche Niederschlagshöhe wieder ein. Beide unterscheiden sich aber scharf durch den Grad der Ausnutzung, der im romanischen Amerika im Gegensatz zum germanischen noch sehr bescheiden ist. Das letztere nutzt seine Wasserkräfte zu 25 % und steht damit an der Spitze der erdteilgroßen Länderräume. Das kohlen- und erdölarme Kanada steht seinem südlichen Nachbarn wenig nach und gleicht in seiner Kraftstoffwirtschaft den europäischen Staaten ähnlicher natürlicher Ausstattung: Norwegen, Schweden und der Schweiz. Was der Europäischen Halbinsel in politischem Sinne soviel Unsegen gebracht hat, die Kästelung durch zahlreiche einzelne Gebirgszüge, das gibt ihr in hydrotechnischer Hinsicht einen hohen Wert und verleiht ihr, deren wirtschaftliche Stellung in fast jeder sonstigen Hinsicht sich erschreckend schnell verschlechtert, unverlierbare Kraftreserven, die schon jetzt in der ansehnlichen Höhe von 21 % genutzt werden. Es besteht nur die große Gefahr, daß die Wassernutzung von den eigensüchtigen Sonderinteressen der die Stromgebiete zerreißenden Einzelstaaten geleitet wird, und daß sich die engstirnige Eigenbrödelei Europas in den Wasserbauanlagen verewigt. Der berühmte französische Plan des Canal d'Alsace (von Kembs unterhalb Basel bis Straßburg), der den natürlichen Wasserweg des Rheines lahmzulegen droht, ist ein Schulbeispiel in dieser Richtung. Sowjetrußland, der Riesenflachlandsstaat, dem noch eine gewaltige landwirtschaftliche und bergbauliche Zukunft blühen kann, steht hydrotechnisch sehr ungünstig da. Aus klimatischen Gründen gilt das gleiche vom Australischen Festland; dagegen bergen Tasmanien und besonders Neuseeland beachtliche Wasserkräfte, die in ständig steigendem Maße genutzt werden. Das außerrussische Asien schließlich, das etwa zur Hälfte aus Monsunasien mit seinen mächtigen Niederschlagsmengen und seinen riesigen Höhendifferenzen besteht, nimmt in der Reihe der hydrotechnischen Leistungsfähigkeit den zweiten Platz ein. Aber sein Nutzungsprozentsatz hebt sich nur durch Indien und besonders Japan etwas über den afrikanischen Tiefstand.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

Imperialismus und Kolonialmächte. — Ernst der Lage in Ostasien und im Pazifik: Persönliche und Presse-Belege dafür. — Wanderdrucks-Nachweise. — K. K. Kawakami über den Wechsel in der japanischen diplomatischen Orientierung. — Indische Warnungen zu vermehrter deutscher Aufmerksamkeit auf den Osten. — Professor Sata. — Die Flotten-Spar-Konferenz in Genf und die Stimmen von Bywater, Hollweg und Sims. — Russische Dauerpolitik und internationale Fehlschläge des Kommunismus. — Weiterentwicklung des chinesischen Problems auf alten geopolitschen Kraftlinien. — Länder-Eifersucht in ihrer Rolle beim „Fall of Wuhan". — Die Rote-Speer-Bewegung als moderner Bauernkrieg. — Groß-Yokohama als Probe japanischen Lebenswillens und geschickter politischer Mache.

„Down with imperialism"



One view of the „open door" policy
—New York Herald-Tribune

Anxious seat for imperialists



„Angst-Sitz" für Imperialisten" — „Nieder mit dem Imperialismus", so überschreibt die amerikanische Presse hemmungslos ihre Spottbilder, und die chinesische druckt sie freudig nach, wie wir oben zeigen, und sorgt für größtmögliche Verbreitung in China, wie dafür, daß auch der amerikanische Missionär, Geschäftsreisende, Kaufmann und Wissenschaftler genau so mit hinausfliegt wie der britische, französische und, wenn es sich fügt, auch der japanische — ganz wie es so richtig New York Herald Tribune darstellt.

Auf der einen Seite müssen doch Britenreich, Frankreich, Vereinigte Staaten und Japan mehr oder weniger gemeinsam das Sprungnetz für ihre in China überlästig gewordenen Landsleute halten, die unsanft am Rande niederfallen; und immer noch leitet den hinausbefördernden Chinesenstiefel der Sowjet-Ratschlag, wenn auch weniger aufdringlich, als vor Chiang Kai Sheks Wiederherstellung der beiseitegedrängten Sun-Yat-Sen-Überlieferung der Kuo-Min-Tang.

Da will es auf der andern Seite unzweckmäßig scheinen, wenn Mächte, die so sehr in demselben Boot, auf demselben Ast sitzen, sich gegenseitig die Grundlage ihres Sitzes gefährden. Wie sehr sie es tatsächlich tun, das zeigt die Kopfleiste dieses Berichtes; und die um Selbstbestimmung ringenden Kräfte im indopazifischen Gebiet freuen sich daran und nützen die Uneinigkeit.



Die wahre Herzensmeinung



Interested Spectators



Chinesen feiern „Humiliation Day"
Cargill, Philippines Herald



Wie ernst die Lage in Ostasien sich jederzeit entwickeln kann, dafür zeugen so grundverschiedene Äußerungen, wie die der pazifischen Arbeiterverbände, des in der Regel sehr gut unterrichteten und gut beobachtenden Mitherausgebers des Trans-pacific, E. Sokolsky, Chamberlains und Vanderveldes, Silas Strawns und die derben Einleitungsworte von Admiral Sims zur See-Abrüstungskonferenz vom 20. 6. 27 in Genf. Sie alle setzen den Pazifischen Ozean ganz ohne weiteres, wie in der Annahme selbstverständlicher Tatsachen, als den nächsten Kriegsschauplatz der großen imperialistischen Mächte voraus, die einen mit Abscheu und Furcht vor dem Kriege, die andern mit sichtlichem Anteil an seiner sachgemäßen Führung, aber keiner mit dem Gedanken, er könne sich anders, als höchstens durch einen gemeinsamen Riesenstreik der arbeitenden Hände vermeiden lassen.

Um welche Massenbewegungen, zuweilen auf Jahre verteilt, zuweilen aber auch in kurzen Zeiträumen gehäuft, es sich bei der indopazifischen Bevölkerungsdynamik

42*

handelt, dafür einige Zahlenbeweise: Generaldirekter Baron Okura der Südmandschurischen Eisenbahn schätzt die Zahl der nur in den drei Monaten Februar, März und April 1927 aus den kriegdurchtobten nordchinesischen Landschaften in die Mandschurei gedrängten Siedler auf über 800 000, die sich größtenteils der mongolischen Grenze entlang geschoben haben. Der Geburtenüberschuß Japans 1926 beträgt sicher 940 000, wahrscheinlich eher mehr, so daß der Reichszuwachs — trotz Dr. Washios trübseligen Betrachtungen (über notwendige Geburteneinschränkung) 1927 zum erstenmal über 1 Million kommen könnte.

In Niederländisch-Indien stecken nach sicheren neueren Nachrichten über 2 Millionen Chinesen, in Siam über 4, in den Straits und den Malaienstaaten werden sie in absehbarer Zeit, wie jetzt schon in Singapore, zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen. Dieser Außendruck macht sich jetzt schon geltend in einer Zeit innerer Dezimierungen (vgl. Belagerung von Sianfu, Hungersnot in Kansu und Schensi, Bürgerkrieg in zwei Dritteln des Landes); wie erst bei einem Sieg der Nationalisten!

Ebenso dringt die japanische Seefischerei, namentlich auf Salme, ob mit oder ohne Erlaubnis in die russischen Fischgründe ein, die von den Sowjets praktisch wenig aktiv, theoretisch aber desto eifersüchtiger gehütet werden. Eine peinliche Aussprache darüber fand jüngst zwischen Premierminister Tanaka, dem Sowjetbotschafter Dovgalewsky und dem Vizeaußenminister Debuchi statt. Die japanischen Zeitungen „Kokumin Shimbun“ und „Jiji Shimpo“ unterstützen die Regierung beim stillschweigenden Gewährenlassen dieser Invasion, der gegenüber die Sowjets jeden formalen Ausgleichsversuch durch Pachten der von ihnen ja so gut wie nicht verwerteten Fischgründe ablehnen. Es ist aber eben zwar gegen das geltende Recht, aber menschlich verständlich, wenn ein hungriger Menschenzuwachs von 1 Million nicht dauernd die von andern nicht verwertete Seenahrung sich vor der Nase herumschwimmen sehen will, die nur durch einen imaginären grünen Strich auf der Weltkarte vor seinem Zugriff geschützt ist, nicht mehr durch das entfestigte Wladiwostok und die nicht fahrenden russischen Fischereischutz-Kreuzer.

Darin liegt aber der Kern fast aller wirklich heiklen pazifischen Fragen, in dem, was Albert Sarraut sehr hübsch: „Eine Frage des demographischen Equilibriums zwischen Japan, Amerika und Australien“ nennt, und André Duboscq in seinem neuen „Problème du Pacifique“, Paris 1927, variiert. Nur gesellen sich dazu, den Ausgleich wesentlich erschwerend, Sowjetbünde, China, die spannungsreichen Landschaften des Australasiatischen Mittelmeers und die darin noch hausenden pazifikfremden Kolonialmächte als Erweiterung des demographischen Problems, das doch wohl noch mehr geopolitisch ist.

Eine weitverbreitete Spottzeichnung aus dem Fernen Osten zeigt den britischen Außenminister Chamberlain in keineswegs imposanter Haltung auf einem Vulkangipfel, sichtlich erschöpft, mit einem Spritzkrug in der Hand, auf dem die Inschrift steht: „Spirit of Locarno“, vor dem chinesischen Krater, der in wüsten Bomben Bolschewismus, Mord und Brand, Bürgerkrieg und ähnlich überschriebene vulkanische Unannehmlichkeiten ausspuckt. Darüber steht: „Kein verlässiges Beruhigungsmittel für Alles!“ [Geopolitik, Heft VII].

Die sämtlichen großen Arbeiterverbände des pazifischen Gebietes, die chinesischen auf Veranlassung der australischen, überschreiben ihre Einladung zum panpazifischen Arbeiterkongreß: „Alle Autoritäten sind einig, daß der Pazifik das Feld für den kommenden Weltkrieg der imperialistischen Nationen ist. Die Saat dazu ist ausgestreut; und hier, und besonders auf dem asiatischen Festland wird der nächste Krieg

aller Wahrscheinlichkeit nach ausgefochten. Die Gefahr dieses Krieges ist immer drohender, und niemand kann voraussagen, in welcher Stunde sie ausbrechen wird. Es ist die größte Gefahr für die menschliche Rasse, und ganz besonders für die arbeitende Klasse, die die Hauptlast des Krieges trägt. Gegen diese Kriegsdrohung anzukämpfen ist eine Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt; aber ganz besondere Pflichten fallen auf die Arbeiter der nächstbeteiligten Länder. Diese Kriegsgefahr im Pazifik ist ein Hauptgrund für die panpazifische Arbeiterkonferenz . . ." So die Einladung. Dann erst kommen die Leitsätze des Programms. Dabei sind, wie die im Lit. Bericht besprochene Abfassung der chinesischen Dokumente der Geheimanweisungen der Sowjetberater bezeugt, diese großen Arbeiterverbände (auch die chinesischen sind millionenstark) an einem Leitseil der russischen Politik gegangen; und sicher ist eines der besten dieser Art inzwischen gerissen und aus Hankau entfernt worden.

Aber das ändert nichts an der Vorgewitterstimmung, die der Bericht verrät. Denn auch George E. Sokolsky, Mitherausgeber der Far Eastern Review, die probolschewistischer Neigungen ganz unverdächtig und dem angelsächsischen wie japanischen Großkapital gleich verpflichtet ist, überschreibt seinen großen Leitaufsatz in Nr. 4 seiner Zeitung (1927, Shanghai): „Die Unvermeidlichkeit eines fernöstlichen Krieges! Die Russen haben nichts zu verlieren; sie benützen China und andere asiatische Völker, um Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan anzugreifen: die Kosten wird China tragen . . ."

Ein so ruhiger wissenschaftlicher Beobachter, wie Richard Goldschmidt (Neu-Japan, Lit. Ber.) spricht vom „künftigen Sturmzentrum der Weltpolitik". Angesichts so bestimmter Äußerungen, des Wehrufs des Manchester Guardian: „A failure at Geneva" berührt es seltsam, wenn eine große westdeutsche Zeitung vom gleichen Ort, an dem nun die sehr nüchterne Verbilligungskonferenz des Seekriegs, nicht Abrüstungskonferenz der drei Hauptflottenzahler tagt, sich schreiben läßt: „Niemand kann heute Krieg führen". Die Vereinigten Staaten, Japan, eben erst die Führer der Sowjetbünde behaupten sehr bestimmt von sich, daß sie es könnten. China beweist es mit etwa 2 Millionen Mann Bewaffneter auf den Beinen in der Praxis, und Singapore wird ja doch nicht als Tafelaufsatz ausgebaut.

K. K. Kawakami — erprobt als im innersten sozialer Mensch, als einst sehr sozialistisch denkender Friedensfreund, schreibt in einem sorgenvollen Aufsatz (The People, 29. 5. 1927) am Schluß: „Im gegenwärtigen Zustand von Englands Außenbeziehungen scheint es für Japan nicht praktikabel zu sein, das eigne Los mit dem Englands zusammen zu werfen, ohne seine eigene Lage in China zu gefährden oder seine freundlichen Beziehungen mit Sowjetrußland. Japan ist zum erstenmal im Begriff seine Außenpolitik auf einen Grund zu stellen, den es im Gegensatz zu einem künstlichen, für den scharf davon zu unterscheidenden natürlichen hält" . . . also zur Geopolitik zurückzupendeln — von angelsächsischen Bindungen hinweg.

Aber gerade in der Neuorientierung Japan, dessen chinesische Politik unter Baron Shidehara allgemeines Vertrauen gefunden hatte, in seiner nun viel unsicheren inneren Stellung ist, wie K. K. Kawakami richtig durchfühlt, ein erschwerendes Moment bei an sich schon verworrener Lage neu hinzugetreten.

Jungchinesische Kreise erkennen in immer weitergehendem Maße an, daß die japanische Stellung in der Südmandschurei vielleicht China große wirtschaftliche und nationale Werte gerettet hat, die sonst in fremde Hände gefallen wären. Die fast 70 Mill. Mark Reingewinn der japanischen Bahn, die 200 Mill. Haikwan Taels landwirtschaftliche Ausfuhr, deren Ureinnehmer eben doch Mandschuren und eingewanderte

Chinesen sind, die vielen Millionen Yen für Wohltätigkeitseinrichtungen längs der Bahn, die eine kluge Verwaltung bei ihrem zwanzigsten Jubiläumstag ausstreute; das alles hat die Gefahr einer feindseligen Einstellung zwischen den beiden ostasiatischen Mächten sehr gemildert. Sogar das Projekt eines nationalistischen Bahnbaues von Nanchang nach Fuchau mit japanischem Kapital wurde erörtert. Warmherzige deutschfreundliche Inder schreiben uns: „Wir sind fest überzeugt, daß die chinesischen Nationalisten Erfolg haben werden, wie die Türken ihn gehabt haben. Längstens 1929 werden die ungleichen Verträge revidiert sein, und China und Japan in enger Freundschaft dastehen. Deutschland müßte unbedingt Schritte tun, um engere Beziehungen zwischen dem Osten und Deutschland herzustellen.“ Die Meinung solcher Ratschläge ist sicher gut, und aufmerksame kulturpolitische Beobachtung, etwa des erfolgreichen Weges, den Professor Sata durch Mitteleuropa machte, noch mehr der Ratschläge, die er gab, zeigt auch, daß Vieles auf diesem Gebiet geschieht. Aber es bleibt noch viel, viel mehr zu tun; und das großartige Beispiel Englands zur Zeit Lord Cannings gegenüber dem aufstehenden Südamerika könnte wirklich lehren, daß ideale und materielle Güter dabei gleich gut fahren können.

Berechtigte Spannung und Aufmerksamkeit begleitet unter diesen Verhältnissen die Flotten-Spar-Konferenz — nicht Abrüstungskonferenz! — der drei großen Seemächte in Genf. Die geopolitischen Grundlagen zu ihr haben drei seewehr-geographisch wohlbekannte Admirale in überaus charakteristischer Weise auseinandergesetzt: Hector C. Bywater in einem Buch: „Navies and Nations“. London. Constable & Co. 1927; Vizeadmiral Karl Hollweg in einem ausgezeichneten Aufsatz in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 19. Juni 1927, den wir Wort für Wort wiederholen müßten; und der U. S. Amerikanische Admiral Sims in Äußerungen von großer Offenherzigkeit, in denen er die Wertlosigkeit der U. S. amerikanischen Linienschiffe dadurch kennzeichnete, daß er nahelegte, sie im Kriegsfall am besten im Mississippi zu verankern, während moderne U-Boote von 3000 T. ohne Brennstoffauffüllung die ganze Erde umfahren könnten, keine Schlachtflotte aber wagen dürfte, sich mit leeren Bunkern einer feindlichen Küste zu nähern . . .“ Admiral Hollweg hat die Richtigkeit unseres Wortes in einem Vortrag in München bezweifelt, daß die deutsche Flotte durch die eigene und die heroische Opferung des ganzen Volkes 1914—1918 eigentlich das Ideal der Freiheit der Meere praktisch erfochten habe. Aber beherrscht noch irgend jemand das Meer, der offen solche Dinge ausspricht, wie der amerikanische Flottenführer? Oder beherrscht noch jemand das Meer, so wie das Britenreich es früher verstand, der — wie der sehr streitbare H. C. Bywater — zugibt: „Das wahre britische Interesse liegt in Förderung der Sache der Flotteneinschränkung mit allen uns verfügbaren Mitteln . . .!“ Wer hätte vor 1914 in Großbritannien in einem großen bügerlichen Blatt schreiben dürfen: „Sein Buch zeigt, wie wir uns bei dem Verlust einer absoluten Vormacht bescheiden müssen; es ist erfrischend, einen Flottenschriftsteller von solcher Autorität, so hingegeben der Sache der Flotte erklären zu sehen, daß eine durch Übereinkommen stabilisierte Stellung in jeder Richtung unendlich vorzuziehen sei einer neuen Aera des Wettbewerbs im Schiffbau, die nur im Bankrott enden könne.“ Hier wird nun der längere Hebelarm der Vereinigten Staaten sichtbar, den zu schaffen, die hohen alliierten Mächte sich so sehr in Unkosten gestürzt haben; aber auch die Tatsache, daß nicht nur die Neue Welt, sondern auch die großen Kontinentalmächte der Alten Welt: Rußland und China der Bevormundung durch die ozeanischen Mächte entglitten sind. Das bringt uns dazu, trotz der Entlassung der meisten sowjetentstammten Berater aus dem Dienste Jungchinas zu

behaupten, daß von einem Zusammenbruch der asiatischen Politik Tschitscherins und Radeks keine Rede sein kann. Was zusammenbrach, sind törichte Überspannungen der III. Internationale, Kraftproben von fremden Beratern auf Gebieten, in denen sich die Chinesen nur von Chinesen führen lassen, nicht — wie Mitteleuropäer — von hergelaufenen, der Geopolitik ihres Lebensraumes fremden Aufpeitschern. Aber, was aus den Raumbedingungen des alten russischen Machtbodens erwuchs und klug weitergepflegt wurde, das ist den ozeanischen Mächten heute noch gerade so unan-



genehm, wie damals, als Borodin noch in Hankau saß, und — je weniger es ihnen gelingt, Japan in ihrem Bunde zu halten — desto mehr.

In der Weiterentwicklung des chinesischen Problems sind inzwischen notwendige Rückschläge aus der Abwehr des chinesischen Volkscharakters gerade so gegen russische Bevormundung, wie gegen angelsächsische, zu falschen Schlüssen darauf verwendet worden, daß es sich dabei um britische Erfolge handle. In Wirklichkeit haben sich aber bei dem Zusammenbruch der vor den Hwangho südwärts vorgeschobenen Nordtruppen, wie der Nationalisierung Shantungs uralte geopolitische Kraftlinien ausgewirkt, die Chiang-Kai-Sheck, wie Feng-Yu-Hsiang und die Hankauer Kraftgruppe trotz ihrer Uneinigkeit nutzen und zu Erfolgen verwerten konnten.

Das wird sich vielleicht am einfachsten aus einem Vergleich der hier eingefügten, für die Leipziger Illustr. Zeitung zu einem Aufsatz: „Chinesische Führer und Massenströmungen im Frühjahr 1927" (12. Mai 1927) gezeichneten wehrgeographischen Skizze mit den seitherigen Fortschritten ergeben. Von dem Augenblick, wo Chang-Tso-Lin — trotz der Erklärung zum Generalissimus mit 108 Kanonenschüssen — die wichtige Südlinie des Eisenbahnvierecks Peking-Kaiföng-Hsitschau-(Tsinanfu) Tientsin aus den Händen glitt, und, nach seinem Ausgleich mit Chiang-Kai-Sheck, der Druck Feng-Yu-Hsiangs aus den in der chinesischen Geschichte oftmals als lebenswichtig erprobten Hwangho-Pässen stromabwärts vordrang, gab es kein Halten mehr; und auch Shantung fiel, wie so oft in der Geschichte, mit seinen wankelmütigen Menschenmassen, dem zu, der seine Verbindungen mit dem Hwangho-Hinterland beherrschte. Die gewandte Unterminierung der nordchinesischen Stellungen durch Abfall und Arbeiterverbände hielt auch leicht mögliche Reibungen in Tsingtau und Tsinanfu mit den Japanern aus dem Spiel; und der „Muster"-Gouverneur von Schansi verhinderte dadurch, daß er sich in verdächtiger Neutralität (wie die chinesische Presse schrieb) „auf den Zaun setzte", daß Chang-Tso-Lin noch einen kräftigen Vorstoß nach Süden machen konnte.

So verfügt die „Ankuochun" (Landfriedensheer)-Front in Nordchina nur mehr über Chili, den eher Schwächung, als Stärke bedeutenden Reichshauptstadt-Distrikt, und die in ihrer unverwüstlichen wirtschaftlichen Kraft doch sehr angegriffenen drei mandschurischen Länder Fengtien, Kirin und Hei-Lung-Kiang, (das wohl nur durch den japanisch-russischen Geheimvertrag vor russischem Zugriff geschützt worden ist). Die Kuo-Min-Chun (Land fürs Volk-Armee) aber hat sich seit der Ausgangslage mit großem Raumerfolg nach Norden geschoben, und man weiß in ihren Reihen genau, daß die starke Kohlenprovinz Schansi und der größte Teil des Beamtentums in Peking selbst mit allen Sympathieen auf Seite des Kuo-Min-Tang-Gedankens steht.

Die Aufbauschwierigkeit freilich beginnt erst, wenn die Bewegung auf Peking endet, die Frage der Hauptstadtwahl, der Schwerpunktslage für den neuen Reichsmittelpunkt drängend wird, und der Herrenkampf innerhalb des Triumvirats aufflammt. Wir standen für diesen Bericht vor der peinlichen Wahl, ein übersichtliches Bild der wichtigsten Züge des Gesamtkraftfeldes zu geben, oder aus der Fülle drängenden Stoffes die wichtigsten Einzelheiten zu bringen, und haben uns für das Erstere entschieden, auch weil es möglich war, manches im Literarischen Bericht anzubringen. Den höchst interessanten Zusammenbruch der kommunistischen Vorherrschaft in Wuhan behandelt Dr. S. Washio in „The Fall of Wuhan" (Transpacific 28. Mai 1927). Innere Provinzial-Eifersucht zwischen Hunan und Hupe scheint dabei eine ganz ähnliche Rolle gespielt zu haben, wie früher in größerem Stil der Nord-Süd-Gegensatz, wie ihn Schmitthenner und Andersson geographisch behandeln.

Die Rote-Speer-Bewegung in Hunan und Süd-Chili nimmt Formen an, die an den werdenden Bauernkrieg erinnern; sie mag etwa eine Viertelmillion Menschen unter Waffen gebracht haben; und unberechenbar wäre, wenn die verzweifelte Agitation des linken jungchinesischen Flügels sich nun mit ganzer Kraft auf solche Bewegungen würfe, wie sie es von Nanchang aus angedroht haben.

Unter den vielen Einzelnachrichten muß eine, über den Gedanken eines Groß-Yokohama (Suyeo Nakanao, Transpacific, 16. April 1927) herausgegriffen werden, weil er die zähe Energie des Inselreichs mitten in einem finanziellen Zusammenbruch beweist. Mit der Eingemeindung von Hodogaya und Tsurumi umfaßt die eigentlich beinahe vernichtete Stadt wieder 515000 Seelen und 8,68 Quadratmeilen Raum,

und ihre Neuorganisation, buchstäblich aus Ruinen, bedeutet eine Tat herrischen Lebenswillens, wie kluger politischer Mache.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Marineabrüstungskonferenz. — Außen- und Innenpolitisches aus der Union. — Kulturschäden der Mississippiüberschwemmung. — Nochmaliges Aufflackern des Aufstandes in Nicaragua. — Spaltung in der argentinischen Sozialdemokratie.

In Genf, auf der Stätte internationaler politischer Vereinbarungen, aber auch zugleich dem Felde ernstesten politischen Kampfes, spielt sich seit dem 20. Juni ein Ringen von größter Weltbedeutung zwischen den drei großen Seemächten, Großbritannien, Japan und den Vereinigten Staaten ab. Schon die Führung und Zusammensetzung der Marineabrüstungskonferenz läßt sie abstechen von dem Bilde, das im allgemeinen die Beratungen des Völkerbundes vor dem Beschauer entrollen, unterstreicht den militärischen Charakter der Beratung und verrät ohne weiteres, daß es unmittelbar um Machtfragen geht. Führt gleichwohl der Botschafter Gibson die amerikanische Delegation, so steht ihm als erster militärischer Berater Admiral Jones zur Seite. Englands Delegationsführer ist der Erste Lord der britischen Admiralität selbst, Bridgeman. Das Haupt der japanischen Delegation ist der Gouverneur von Korea, Viscomte Saito. Admiräle der drei Mächte bilden einen guten Teil der weiteren Mitglieder der Delegationen. Als Kämpfer am „blauen" Tisch erscheinen die Spitzen der Seestreitkräfte; aber im Hintergrund stehen die letzteren selbst. Es ist ein Bild, das an graue Vorzeiten mahnt, wo die Führer der Heere sich zum Entscheidungskampfe herausforderten, während hinter ihnen die Massen in spannender Ruhe verharrten.

Aus dem Verhandlungsort Genf irgendeine Beziehung zum Völkerbund erschließen zu wollen, geht nicht an; organisatorische Beziehungen dahin sind nicht vorhanden. Die Wahl von Genf ist aber doch zweifellos eine gewisse Anerkennung der Völkerbundsarbeit, die sich innerlich mit der der Drei-Seemächte-Konferenz im innersten Kern weitgehend zu treffen scheint. Allein das ist nur Schein, der trügt. Denn der Sinn der Marineabrüstungskonferenz ist unzweifelhaft ein ganz anderer, wie eine vorläufige Analyse (vgl. dafür auch die Berichterstattung im Juliheft) zu zeigen versucht hat, und wie der Verlauf der Konferenz sicherlich erweisen wird. Die Zielsetzung der Marineabrüstungskommission im Völkerbund strebt nach einer idealen Angleichung der einzelnen Streitkräfte aneinander zum Wohle des Ganzen, gleichviel ob sich dabei von den einzelnen Staaten getragene Machttendenzen zeigen oder nicht. Die Drei-Mächte-Konferenz ist dagegen eine amerikanische Angelegenheit. Es ist das Ringen Amerikas mit Großbritannien und Japan, die ihm gegenüber unverkennbar beide in der Vorhand sind. Es ist Amerikas Mühen um den Ausbau seiner Weltstellung zur See. Es ist die Weiterführung der Washingtoner Abmachungen, die das Beschränkungsverhältnis von den Großkampfschiffen auf alle Waffengattungen übertragen will. Die Konferenz soll die Sicherung schaffen, die Amerika braucht, zur Entfaltung seiner Weltpolitik. Sie ist eine machtpolitische und zugleich auch weltpolitische Angelegenheit im allerhöchsten Grade.

Gerade weil es eine Weltangelegenheit für Amerika ist, bleiben — wenigstens zunächst — die Mächte abseits, bei denen im Mittelpunkt ihrer gegenwärtigen politischen Entwicklung die Europapolitik steht: Frankreich und Italien. Das drückt sich

bei Frankreich sogar in der Motivierung seines Nichtbeitritts ziemlich deutlich aus. Die Angabe, die Aufgabe der Dreimächtekonferenz fiele mit den Aufgaben des Völkerbunds zusammen und dürfe von ihnen nicht getrennt behandelt werden, kann doch nicht anders interpretiert werden, als daß es im Völkerbund, der im Grunde europäischen Organisation, ein bequemeres Instrument zur Erreichung seiner Ziele, namentlich auch seiner Rüstungsangelegenheiten sieht. Diesem Verhalten pflichtet aus ähnlicher Erwägung Italien bei. Ganz anteillos stehen sie allerdings den großen Dingen, die sich da vollziehen, nicht gegenüber; sie haben Beobachter geschickt.

Das Interesse der drei Mächte an der Konferenz ist ein von Grund auf verschiedenes, immerhin ist es sowohl bei den Vereinigten Staaten wie bei Japan und England vorhanden. Der Anstoß zur Konferenz geht von den Vereinigten Staaten aus, die ihr Werk von Washington aus dem Jahre 1921/22 vollenden wollen. Wenn man auch den äußeren Anlaß in dem tatsächlichen Stärkeverhältnis der einzelnen Flotten zueinander erblicken kann und muß, wie das in der letzten Berichterstattung im Juliheft geschehen ist, und wenn man dabei feststellen wird, daß die Vereinigten Staaten dabei in mancher Hinsicht ins Hintertreffen geraten sind, so wäre es doch grundfalsch zu meinen, daß die Union etwa aus der Position der Schwäche heraus die Konferenz einberufen hätte. Denn das ginge gegen alle Regeln der Politik; es wäre ein Spiel, das man von Anfang an als verloren bezeichnen müßte. Nicht das Gefühl der Schwäche hat die Einberufung ausgelöst, sondern ein sehr bewußtes Machtgefühl: das Bewußtsein einer Macht, die sich freilich im Augenblick nicht in einer übermächtigen Seerüstung verkörpert, aber sich in ihr dank des fabelhaften Reichtums der Union im Vergleich zu den beiden anderen Seegroßmächten dokumentieren könnte. Wenn auch die Regierung der Union entsprechend den Berechnungen des Schatzamts das Finanzjahr 1926/27 mit einem Budgetüberschuß von mehr als 600 Millionen Dollar abgeschlossen hat — um nur auf eine Finanzquelle für vereinsstaatliche Seerüstung hinzuweisen, — so entspricht es nicht der nüchtern wirtschaftlichen Politik des Vereinsstaatlers, solche Quellen zur Entwicklung militärischer Macht auszuschöpfen. Es ist der Eigenart der Union sehr viel gemäßer, ihre Geldströme in ganz andere Kanäle der Politik zu leiten. Daraus entspringt der Gedanke der Union, sich durch einen Seeabrüstungsvertrag finanziell zu entlasten. Er ist also kein Symptom der Schwäche, wie er ja als solches auch voll und ganz unpolitisch wäre; sondern Wirtschaftlichkeit in der Seerüstung wird zu erreichen versucht. Von keiner Macht der Welt ist noch der Wirtschaftsimperialismus so auf die Spitze getrieben worden wie von der Union; und in diesen machtpolitischen Gedankenkreis passen die Vorschläge der Vereinigten Staaten, die eine Seeabrüstung betreffen, ganz ausgezeichnet. In gewissem Grade sind es auch recht verwandte Erwägungen, die die beiden anderen Seegroßmächte zur Teilnahme an der Konferenz gefügig gemacht haben. Denn wären die drei Mächte unter Verabschiedung des Konferenzgedankens zu einem freien Wettrüsten übergegangen, so wäre ein solches Wettrüsten nicht nur eine unwirtschaftliche Vergeudung der Budget- und Wirtschaftsüberschüsse der Union; noch viel unerträglicher, auf die Dauer überhaupt nicht tragbar wäre ein solches Wettrüsten für die beiden anderen Weltmächte, und zudem hätte bei der heutigen Verteilung der Reichtümer auf der Welt die Union doch alle Aussicht, die Spitzenstellung dabei zu erreichen. So ist auch bei Großbritannien und Japan alles Interesse vorhanden, es nicht zu einer solchen Entwicklung kommen zu lassen. So erweist sich die ganze Angelegenheit als ein Problem, das in erster Linie nur von den Weltseemächten zu lösen ist und an dem Frankreich und Italien weniger beteiligt sind.

Freilich es wird unendlich schwer sein, die Formel für eine Lösung zu finden. Die drei Mächte sind nicht ohne Vorschläge nach Genf gekommen, Vorschläge, die bei ihrer konkreten Behandlung auf unendliche Schwierigkeiten stoßen werden im Hinblick auf die Schwervergleichbarkeit der einzelnen Seewaffen; es sind zugleich Forderungen, die aus grundverschiedenen, nicht zuletzt geographischen Bedürfnissen gestellt werden. So schrieb zum ersten Punkt neulich Vizeadmiral a. D. Hollweg: „Auf Grund von Zahlenvergleichen wird man dem Abrüstungsproblem ebenso wenig näher kommen wie auf Grund von taktisch technischen Erwägungen. Nur zwei Beispiele: am 4. März 1927 wurde, wie alljährlich, dem englischen Parlament eine Stärkevergleichsübersicht der Flotten der Welt vorgelegt. Darin sind — eine Lächerlichkeit — die 18 hochmodernen englischen Großkampfschiffe den 8 völlig veralteten deutschen Linienschiffen zahlenmäßig gegenübergestellt. Ferner ergibt die Tabelle: soll in Bezug auf Kreuzerzahlen das Washingtoner Stärkeverhältnis 5 : 5 : 3 zwischen England, den Vereinigten Staaten und Japan zur Tatsache werden, so müßte, auf die Vereinigten Staaten bezogen, England 25, Japan 16 Kreuzer abwracken. Soll aber die englische Kreuzerzahl von 62 als neuer Ausgangspunkt genommen werden, so müßten die Vereinigten Staaten 25 Kreuzer hinzubauen, und Japan müßte 2 abwracken." So zeigen sich ohne weiteres die praktischen Schwierigkeiten, wenn man daran denken wollte, einen rein zahlenmäßigen Ausgleich zu finden. Denn daß England ebensowenig 25 wie Japan 16 Kreuzer abwrackt, ist selbstverständlich. Sollte aber umgekehrt die Seeabrüstungskonferenz zum Neubau einer vereinsstaatlichen Kreuzerflotte führen, so drückte sie den ganzen Widersinn von Idee und Wirklichkeit aus.

Dabei sind aber noch mit keinem Punkt die inneren, in der Struktur der drei Staaten gelegenen Schwierigkeiten erwähnt. Sie bestimmen eigentlich erst die Bedürfnisse der Seerüstung. England und Japan stellen doch in so mancher Hinsicht die Partner, die Gegenspieler, gegenüber den Vereinigten Staaten dar und erscheinen auch als solche auf der Konferenz. Beide sind als Raumorganismen ungleich maritimer als die Union, die allerdings auch über lange, aber einem Angriff viel weniger ausgesetzte Küsten verfügt; beide sind mehrteilige, ja fast vielteilige Staaten, die in einer ganz anderen Weise auf Verbindung ihrer Raumteile über Meer angewiesen sind, als die im Grunde doch einteilige Union. Und last not least — um nur die allerwichtigsten Grundlinien der Struktur herauszuheben — sind beide weit entfernt von jeglicher Autarkie, also auf dauernde Zufuhren und einen darum entsprechenden Seeschutz angewiesen, während man doch immerhin die Union als ein möglichautarkes Land bezeichnen muß. Freilich hat auch die Union ein Lebensinteresse daran, die Wege nach außen offen zu halten, weil sie sich einmal von einer möglichen Autarkie immer weiter weg bewegt, und weil sie stets nach einer Sicherung für ihren gewaltigen Exporthandel trachten wird. Doch eine andere Scheidelinie läuft noch zwischen den drei Staaten hindurch, die Japan in die Nähe der Vereinigten Staaten bringt, während auf der anderen Seite England eine grundlegend andere Stellung einnimmt. Japans und der Union Seeeinflußsphären erscheinen zur Zeit noch raumbeschränkt, wenn auch ihre Weltinteressen weit darüber hinausgreifen. Japans geforderte Einflußsphäre ist im großen Ganzen der pazifische Raum. Dort überschneiden sich seine Interessengebiete mit den vereinsstaatlichen, die ihrerseits mit den englischen im Atlantischen Ozean wieder in Interferenz treten. Englands Interessenbereich ist dagegen das ganze Weltmeer. Dort verfügt es aber auch in einer ganz anderen Weise und in einer ungleich größeren Zahl an den Kontinenträndern und in den Inseln über Seestützpunkte als die Union und Japan. Aus solcher nur

grob skizzierten Struktur und Lage der drei Weltmächte ergeben sich recht verschiedene Bedürfnisse nach Seestreitkräften.

Denn der Mangel an Seestützpunkten kann durch die Art der Waffe aufgehoben werden. So können z. B. moderne U-Boote von 3000 t die ganze Erde umfahren, ohne neuen Brennstoff aufnehmen zu müssen. Die Vereinigten Staaten denken darum im Innersten nicht daran, auf diese Waffe zu verzichten, und Japan baut aus der klaren Erkenntnis der Tatsache heraus U-Boote, ohne freilich die andern Waffen zu vernachlässigen. England dagegen, das sich durch diese U-Bootflotten bedroht fühlt, und dem der Weltkrieg die praktische Gefahr der U-Boote veranschaulicht hat, hat dagegen als einen der wichtigsten Verhandlungspunkte die Einschränkung der Zahl und Größe der U-Boote, wenn nicht gar ihre Abschaffung auf seinem Programm. Damit ist ein Punkt aufgedeckt, wo keineswegs ohne weiteres eine Einigung der so stark kontrastierenden extremen Meinungen erzielt werden kann. Im Sinne der Engländer wäre es auf der anderen Seite, die Grenze für kleine Kreuzer von 10 000 t mit achtzölligen Geschützen herabzusetzen auf Schiffe mit 8—6000 t mit sechszölligen Geschützen, und für Schlachtschiffe eine Reduktion von 35 000 auf 25 000 t vorzunehmen. Aus doppeltem Grunde erscheint aber dieser Vorschlag für Japan und Amerika unannehmbar. Wiederum verlangt bei beiden der Mangel an Marinestationen größere Schiffe mit einem weiteren Operationsradius. Außerdem bestünde bei der Herabsetzung des Geschützkalibers die umso größere Möglichkeit für England, das über die größte Handelsflotte der Welt verfügt, diese im Kriegsfalle zu armieren. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, lautet der amerikanische Vorschlag auf Anwendung des Washingtoner Beschränkungsverhältnisses auf alle Schiffsgattungen; es ist ein Vorschlag, durch den sich namentlich Japan benachteiligt fühlt. Es verlangt stärkere Berücksichtigung seiner leichten Seestreitkräfte und auch Erhöhung des Schlüssels für seine Großkampfschiffe. Zum Beweis der Ungunst ihrer strategischen Stellung weisen die Japaner gewöhnlich auf die weit in den japanischen Interessenbereich hinein vorgeschobenen Seebollwerke, das englische Singapore und das amerikanische Port Harbour auf Hawai, hin.

Daß es um diese Leitsätze in Genf geht, haben die bisherigen Verhandlungen schon einigermaßen gezeigt, die, zum mindestens von amerikanischer Seite, nicht etwa als eine Revision, sondern als eine Ergänzung des Washingtoner Vertrags aufgefaßt werden. Die einleitenden Erklärungen, die die drei Hauptdelegierten abgaben, treffen sich im ganzen in den schon vorher bekannten und in der Öffentlichkeit vielfach diskutierten Leitsätzen. Von klarer Prägnanz sind vornehmlich die amerikanische und die englische, während die japanische auffällig allgemein gehalten ist. Die amerikanische gipfelt in der Forderung der Anwendung des Washingtoner Beschränkungsverhältnisses auf alle Kategorien von Kampfschiffen, auch auf die leichten Streitkräfte, die Kreuzer, Schiffe von 3000—10 000 t, Zerstörer, Schiffe von 600—3000 t, und Unterseeboote. Entsprechend diesem Beschränkungsvorschlag stünden den Vereinigten Staaten und dem Britischen Reich 250 000—300 000, Japan 150 000 bis 180 000 Kreuzertonnage zu. Für die Zerstörer errechnete sich für die beiden ersten Mächte eine Tonnage von 200 000—250 000 t, für Japan eine solche von 120 000 bis 150 000 t. Hinsichtlich der Unterseeboote wären die entsprechenden Zahlen folgende: 60 000—90 000 t und 36 000—54 000 t, die Altersgrenze für Kreuzer wird auf 20, für Zerstörer auf 15—17, für Unterseeboote auf 12—13 Jahre festgesetzt. Völlig neu gegenüber allen Erwartungen ist das Zugeständnis der amerikanischen Regierung, daß sie bereit sei, die Unterseeboote abzuschaffen, wenn in diesem Punkte eine welt-

umfassende Vereinbarung getroffen werden könne. Es mag sein, daß Amerika bestimmt damit rechnet, daß die Bedingung weltumfassender Geltung eines solchen Beschlusses sein Anerbieten nicht praktisch werden lasse. Die britische Erklärung zielt im wesentlichen auf eine Reduktion der Kreuzer auf 7500 t und der Kreuzergeschütze auf 6 Zoll hin, eine Vereinbarung, die für alle künftig zu bauenden Kreuzer gelten soll. Auf die vorhandenen 10 000 t-Kreuzer mit achtzölligen Geschützen solle die Verhältniszahl 5 : 5 : 3 angewendet werden. Weiter wird erstrebt: eine Verminderung der gegenwärtig zugelassenen Höchsttonnage von Schlachtschiffen von 35 000 auf 30 000 t, ihres Geschützkalibers von 16 Zoll auf 13,5 Zoll, eine Reduktion der Tonnage von Flugzeugmutterschiffen von 27 000 uuf 25 000 t, die Verminderung ihres Geschützkalibers von 8 auf 6 Zoll, die Beschränkung der Zerstörertonnage von 1750 auf 1400 t, ihres Geschützkalibers auf 5 Zoll. Eine Abschaffung der Unterseeboote wird gewünscht; wenn das nicht zu erreichen sein sollte, so wird eine Beschränkung ihrer Tonnage auf 1600 bzw. 600 bei Geschützkalibern von 5 Zoll verlangt. Die Lebensdauer der Kreuzer mit achtzölligen Geschützen wird auf 24 Jahre, der Zerstörer auf 20 Jahre, der Unterseeboote auf 15 Jahre festgesetzt, das Leben der Großkampfschiffe von 20 auf 26 Jahre hinaufgesetzt. Der englische Delegierte sprach in vollem Einverständnis mit den Dominions. Ungleich weniger faßbar waren die Erklärungen des japanischen Delegierten. Die besondere Lage Japans verlange einen anderen Bestand von Schiffen, ein anderes Bauprogramm. Man dürfe sich, wenn man erneute Unsicherheit vermeiden wolle, nicht so sehr vom Boden der Tatsachen entfernen. Während einer bestimmten Periode solle kein Neubau von Schiffen erfolgen. Die bewilligten Bauprogramme sollten bei der Tonnageberechnung berücksichtigt werden. Von diesen Bestimmungen seien auszunehmen Schiffe unter 700 t und Überwasserschiffe, deren Bewaffnung unter einer bestimmten Grenze bleibt, außerdem Flugzeugmutterschiffe unter 10 000 t. Als Altersgrenze wird vorgeschlagen für Schiffe über 3000 t 16 Jahre, für solche unter 3000 t 12 Jahre. Die Schiffstypen, die schon von dem Washingtoner Abkommen erfaßt sind, sollen bei den Verhandlungen unberücksichtigt bleiben.

Diese Erklärungen, die als die Ausgangstellungen für die Verhandlungen zu betrachten sind, weichen in ganz wesentlichen Punkten von einander ab, so namentlich in der Kreuzerfrage, in der vor allem Amerika die Gleichstellung mit England erzielen möchte. Auch Japan möchte in besonderer Art die Frage der leichten Streitkräfte nach den Bedürfnissen seines Landes geregelt wissen. Diese Divergenz der Meinungen und Wünsche hat anscheinend besonders in Washington ein gewisses Befremden ausgelöst und wohl zur Weisung an die amerikanische Delegation geführt, daß die amerikanischen Abrüstungsvorschläge als prinzipielle Forderungen aufzufassen seien und ein Eingehen auf die englisch-japanischen Vorschläge als eine Verletzung der Washingtoner Abmachungen zu betrachten sei. Sehr klar drückt sich damit aus, daß die Union die in Washington errungene Gleichstellung mit England hinsichtlich der Großkampfschiffe nicht aufgeben und England auch keine besonderen Vorrechte hinsichtlich der leichteren Streitkräfte einräumen will. Es liegt auf der Hand, daß es bei solchen Schwierigkeiten zunächst zu keiner wesentlichen Verständigung kommen konnte. Untergeordnete Einigungen bedeuteten die Festlegung des Maximalkalibers der U-Bootgeschütze auf 5 Zoll und andere Verständigungen über Größenklassen der Schiffe. An der Kreuzerfrage, dem Streit um die Kreuzertonnage, drohte jedoch die Konferenz zu scheitern. England forderte 600 000 t Kreuzer und 220 000 t Zerstörer, während der amerikanische Vorschlag eine Kreuzertonnage von 300 000 t

vorsah. Die Forderung Englands bedeutete keinerlei Abrüstung sondern eine ganz bedeutende Aufrüstung. Auch Japan lehnte ebenso die englische Forderung wie einen amerikanischen Kompromiß ab. Unmittelbare politische Verhandlungen zwischen Washington und London, ein amerikanischer Druck auf England, scheinen die Konferenz über diesen toten Punkt hinausgebracht zu haben, ohne daß aber die Krisis der Konferenz damit schon überwunden gewesen wäre. Denn auch in der zweiten Vollsitzung steht das Kreuzerproblem noch ganz im Vordergrund, ohne daß der Weg zu seiner Lösung gezeigt worden wäre. Wohl scheinen sich Amerika und Japan in ihren Auffassungen genähert zu haben. Dagegen ist aber zunächst noch keine englisch-amerikanische Annäherung zu erkennen.

Für die vereinsstaatliche Außen- und Innenpolitik ist weiterhin auf ein paar Vorgänge aufmerksam zu machen. Das amerikanische Kontingent in Nordchina hat genau so wie das britische und japanische eine Verstärkung erfahren. Der Carnegie-Professor James Shotwell hat in der Columbia-Universität über einen amerikanischen „Locarno"vertrag gesprochen, der in seinem ersten Teil dem europäischen Locarno nachgebildet sei. Die Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Frankreich, Italien und Japan wurden von ihm als Vertragsschließende in Aussicht genommen. Man nimmt an, daß sich die Regierung mit einer solchen Vertragsfrage ernsthaft befassen werde. In einer Rede hat Coolidge eine scharfe Warnung an die radikalen Elemente des Landes ergehen lassen, die sicher nach links hin gewendet war; doch auch im Hinblick auf die vom Ku-Klux-Klan verursachten Unruhen eine Wendung nach rechts vertragen hätte. Eine Kommunistenrazzia in Havanna hat zu dreißig Verhaftungen geführt.

Die Mississippiüberschwemmung hat dem Mittel-Westen einen ganz erheblichen Schaden mit zum Teil recht unangenehmen Folgewirkungen zugefügt. Man schätzt den unmittelbaren Schaden auf 1 Milliarde Dollar. Denn mehr als 16 000 Quadratmeilen fruchtbaren Bodens sind überschwemmt worden. Zahlreiche kleine Städte und einige hundert Meilen Eisenbahnen fallen in diesen Bereich hinein. Etwa die Hälfte der Baumwollernte wurde vernichtet, ein Schaden, der freilich infolge der Überproduktion der letzten Jahre leichter zu tragen ist. Empfindlich wirkt aber der Verlust der Samen und der Maschinen. Stark wurden die Mais-, Erbsen-, Bohnen-, Zuckerrohrkulturen in Mitleidenschaft gezogen. Gewaltig ist der Viehschaden und die Zerstörung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden. Groß ist der Ausfall der Verkehrseinnahmen der Eisenbahnen. Recht schwierig werden sich in der nächsten Zeit die Arbeitsverhältnisse gestalten, da zahlreiche von der Katastrophe betroffene Bewohner des Gebiets weggezogen sind und ihre Arbeitskraft dieser Landbauregion verloren gegangen ist. Neben der Aufbauarbeit gilt es Schutzmaßregeln zu treffen, da mit einer Wiederholung solcher Überschwemmung zu rechnen ist. Auch diese Regulierungs- und Eindeichungsarbeiten werden Kosten etwa in der Höhe des direkten Schadens verursachen. Wie die Überschwemmung zeigte, hat man seit der letzten großen Flut im Jahre 1879, die freilich keine solche Verheerungen anrichten konnte, weil das Gebiet damals nur relativ dünn besiedelt war, an den Dammbauten erfolglos gearbeitet. Mit der Errichtung moderner Deiche wird die amerikanische Regierung ein großes Kulturwerk zu leisten haben. — Wie wir schon früher vermuteten, sind die revolutionären Kräfte in Nicaragua noch nicht erloschen. Eine Truppe aufständischer Liberaler hat Okatal, wenn auch erfolglos, angegriffen. — Für die Weiterverfolgung der Vorbereitung der argentinischen Präsidentschaftswahlen ist die Spaltung der argentinischen Sozialdemokratie nicht unwichtig.

SCHEFFLER:

GRUNDFRAGEN ZUM PROBLEM DER DEUTSCHEN HANDELS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Denkens und Handelns aller auf ein positives Ziel gerichteter Kräfte steht die Frage, ob die Wege und Mittel unserer Handels- und Wirtschaftspolitik, die in der Nachkriegszeit beschritten wurden, zu einer relativen Gesundung unseres Wirtschaftslebens führen konnten. Wir wissen, daß die wirtschaftspolitischen Experimente der ersten Nachkriegsjahre nicht dazu beitrugen, den Aufbau unserer zerstörten Wirtschaft zu fördern.

Ein Hauptgebiet, auf dem der Staat Handel und Industrie unterstützen kann, ist das der Außenhandelspolitik; diese ist wiederum ein Zweig der Außenpolitik. Sie nutzbringend für die eigene Nation zu gestalten, bringen nur innerlich starke und machtgebietende Staaten zuwege. Daher haben wir es leider erleben müssen, daß unsere früheren Gegner auch auf dem Gebiete der Handels- und Wirtschaftspolitik uns auf das ärgste zu schädigen suchten, ohne daß es uns möglich war, hiergegen mit nur annähernd gleichen Mitteln zu antworten.

Die Weltwirtschaft hat durch den Ausgang des Krieges und durch den Willen der „Siegerstaaten" weitgehende Strukturveränderungen erfahren. Neue Staaten entstanden und schufen sich eigene Industrien, gleichwie ehemalige neutrale Staaten ihren Charakter als Rohstoff- oder Importländer verloren. Der festgefügte Wirtschaftskomplex unseres Vaterlandes wurde in seinen Grundmauern zerstört.

Damit die neuentstandenen Staatengebilde sich lebensfähig erhalten konnten, umgaben diese sich mit Zollnetzen, führten neue Tarife, Lizenzen und Verbote ein, die in Verbindung mit willkürlichen, nach politischen Gesichtspunkten festgesetzten Eisenbahntarifen eine künstliche Verteuerung aller Waren zur Folge hatten.

Diese Stichworte zeigen zur Genüge, vor welche schweren Aufgaben die Leiter unserer Handels- und Wirtschaftspolitik gestellt waren und es noch jetzt sind. So liegt z. B. die große Gefahr, die heute die Weltwirtschaft bedroht, nicht etwa nur in dem teilweise sich wieder bemerkbar machenden Wiederaufleben der alten Schutzzollpolitik der Vorkriegszeit, sondern vielmehr in der allgemeinen Tendenz zur Monopolisierung der Rohstoff- und Lebensmittelkammern des Erdballes, wobei politisch starke Staaten auf Kosten schwächerer Nationen sich den Löwenanteil sichern konnten. Die deutsche Handelspolitik der Nachkriegszeit geht seit einer Reihe von Jahren, gleich jener vor dem Kriege, von dem Gedanken aus, daß es zum Zwecke unserer Selbstbehauptung und -erhaltung erforderlich ist, ein wirtschaftspolitisches Eigenleben zu führen. Eine sachliche Beleuchtung dieser Frage ist für Deutschland insofern bedeutungsvoll, als der Außenhandel wegen unserer Belastung durch das Dawes-Gatachten, aber auch wegen seiner Rückwirkung auf den Inlandsmarkt innerhalb der deutschen Wirtschaft eine hervorragende Stellung einnimmt. Bei der zweckvollen Lösung dieses Problems hat es

sich gezeigt, daß die privaten Wirtschaftsführer der Welt entschieden mehr weltwirtschaftlich denken und abgestimmt sind als die offiziellen Regierungskreise der einzelnen Staaten. Daher ist das Problem der deutschen Außenhandelsbeziehungen, das rein an sich schwer zu lösen ist, weil in ihm tatsächliche, große, echte oder vermutete Interessengegensätze, besonders finanzieller Art, mitsprechen, für uns von sehr schwerwiegender Tragweite geworden. Nächst dem Export bildet der Import den anderen wichtigen Fragenkomplex einer gesunden Handelspolitik. In der Vorkriegszeit war 1 Milliarde Goldmark der Jahresdurchschnittssatz unserer wirtschaftlichen Verschuldung an das Ausland. Diese Passivseite der deutschen Handelsbilanz wurde aber durch ein Aktivum der Zahlungsbilanz – des eigentlichen wirtschaftspolitischen Schicksalsfadens der Völker und Staaten – vollauf ausgeglichen. Dieses Aktivum der Zahlungsbilanz ergab sich bekanntlich aus den Gewinnen der deutschen Transport- und Schifffahrtsunternehmungen, wie aus den Erträgnissen der deutschen im Auslande arbeitenden Kapitalanlagen. Beide Faktoren sind durch das Diktat von Versailles bewußt und systematisch zerstört worden. Jedoch ist es der Wirtschaft mit Unterstützung des Reiches gelungen, unsere 1919 völlig vernichtete Handelsflotte auf 60 Prozent des Volumens von 1914 wiederaufzurichten, wobei wir im Augenblick noch den Vorzug haben, nur ganz moderne und technisch vollkommene Schiffe zu besitzen.

Mit dem 10. Januar 1925, dem Tage, der uns unsere handelspolitische Freiheit zurückgab, ist es in kurzer Zeit erreicht worden, mit einer Reihe von Staaten Handelsverträge abzuschließen, die auf der gegenseitigen Meistbegünstigung fußen. Dies hat bekanntlich zur Folge, daß deutsche Erzeugnisse zu den gleichen Einfuhrbedingungen in das betreffende Vertragsland hineingelassen werden, wie die Waren gleicher Gattung aus dritten Ländern. Bei der Vielgestaltigkeit des deutschen Exportes, dessen größerer Teil auch heute noch in Europa abgesetzt wird, – trotz des Wiederaufbaulebens des Transitverkehrs –, ist jede Einschränkung der Meistbegünstigung durch andere Staaten für uns bedenklich. Es gilt namentlich von der listenmäßigen Meistbegünstigung — dem sogenannten Tarifsystem – abzukommen. Dieses System wendet z. B. Frankreich an, indem es jedem einzelnen Lande je nach Gunst besondere Vorteile für den Zolltarif, der tausende von Warenpositionen enthält, gewährt. Auf Grund seiner heutigen Machtstellung huldigt also dieser Staat gleich England dem Gedanken der Autarkie und des Handelsprotektionismus, so daß die Gefahr naheliegt, daß Polen und die Tschechei als Vasallen Frankreichs sich diesem Vorgehen anschließen werden.

Von besonderer Wichtigkeit erscheint aber ferner für Handel und Industrie die Langfristigkeit der Handelsverträge, da es für beide Faktoren unseres Wirtschaftslebens fast ausnahmslos vielfach wichtiger ist, auf bestimmte Zeit im voraus kalkulieren zu können, als daß sie von einer augenblicklichen kleinen Zollermäßigung Vorteile haben. Die Stetigkeit der Wirtschafsverhältnisse ist nach der Unrast der vergangenen Jahre für die Gesundung und das Wiedererstarken unserer Wirtschaft, und somit letzten Endes auch für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft von größter Bedeutung. Die deutsche Wirtschaft ist in zäher und opferbereiter Arbeit willens, sich den Weg der Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft zu bahnen, es ist aber Sache der deutschen Politik, sie in dieser Richtung wirksam zu unterstützen. Hierbei darf auch die deutsche Kolonialfrage nie und nimmer aus den Augen gelassen werden! Es muß uns aber unter allen Umständen gelingen, die Weltmeinung dergestalt zu überzeugen, daß wir ein Recht darauf haben, uns an der kolonialen Erschließung des Erdballes zu beteiligen.

In Genf muß auch einmal die heikle Frage des Verhältnisses zwischen National- und Weltwirtschaft gelöst werden; es wird sich zeigen, ob man zur Gründung einer Europäischen Zollunion gelangt, oder aber ob die durch den Versailler Vertrag neugeschaffenen Staatsgebilde unseres Kontinents weiterhin bei ihren autarkischen Tendenzen, die fast an wirtschaftlichen Imperialismus grenzen, verharren werden. Einige dieser Länder mögen vielleicht wirtschaftlich stark genug sein, um die von ihnen verfolgte Hochschutzzollpolitik noch weiter durchhalten zu können, aber soviel ist sicher: Deutschland kann auf die Dauer den gegenwärtigen Zustand im Außenhandel nicht ertragen. Selbst als Optimist kann man bei Kenntnis der Sachlage nur glauben, daß der augenblickliche Zustand der weltpolitischen Konstellation in Verbindung mit unserer wirtschaftlichen und politischen Einengung zunächst nur kurze Kurven einer wirtschaftlichen Besserung gestattet. An dieser Tatsache kann auch die augenblicklich in langsamer, aber stetiger Steigerung begriffene Ausfuhr — nach Asien und Teilen von Afrika nichts ändern, die bereits in beiden Ländern den Vorkriegsstand überschritten hat.

Es muß ferner ein weiteres Endziel unserer wirtschaftlichen Rationalisierung sein, alle brauchbaren Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern, sowie die Hebung der Kaufkraft und eine bessere Lebensgestaltung weitester Kreise unserer Bevölkerung zu erreichen. Hierbei ist jedoch jede weitere Schwächung unseres inneren Marktes zu vermeiden, denn in einer von der Inflation zerrütteten Volkswirtschaft stellt die Gesamtsumme der Löhne und Einkommen die Kaufkraft der Bevölkerung dar.

Im Rahmen des gestellten Themas kann auch das schwierige und vielumstrittene Problem der Arbeitszeit nicht unerwähnt bleiben, da es sowohl die Rationalisierung der Wirtschaft als auch die Frage des inneren Marktes berührt. Der nach dem Umsturze bei uns eingeführte Achtstundenarbeitstag bildete einen der wichtigsten Programmpunkte der Sozialdemokratie. In dem Augenblick aber, wo nur angespannteste Mehrarbeit uns vor dem völligen Ruin schützen konnte, diesen sozialpolitischen Fortschritt zu verwirklichen, war — rein wirtschaftlich gedacht — zumindestens eine große Torheit. Zwar mußten auch die anderen am Kriege beteiligten Nationen 1918 den Massen ihrer werktätigen Bevölkerung eine Entschädigung für die Strapazen des Weltkrieges bieten. Sie beschränkten sich aber im wesentlichen darauf, in Genf ein „Internationales Arbeitsamt" zu gründen. Hier wurde beschlossen, daß der achtstündige Arbeitstag zwar die Norm sein sollte; die Einführung und die praktische Handhabung der 48stündigen Arbeitswoche sollte aber der Gesetzgebung der einzelnen Länder vorbehalten bleiben. Dieser Entschluß wurde später auf der Washingtoner Übereinkunft sanktioniert; daß diese Konvention aber zum Weltgebot wird, diese Aussicht ist immer mehr geschwunden. Nun ist eine schematische Regelung der Arbeitszeit für alle Industrie- und Agrarvölker der Erde auch deshalb nicht durchführbar, weil eine Nation mit kürzerer Arbeitszeit — und infolgedessen verringerter Produktion — einem Volke gegenüber, das mehr arbeitet, stark benachteiligt ist. Kein Staat hat sich jedoch bis heute auf Grund der erwähnten Abmachungen in die internationale Zwangsjacke stecken lassen, wenn es sich um das Wohl und Gedeihen seiner eigenen nationalen Wirtschaft gehandelt hat. Andererseits ist diese Konvention von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen, da die Verschiedenheit der Lebenshaltung, der Unterschied der Lohnverhältnisse und das ungleiche Lebenstempo, sowie die verschiedene Arbeitsintensität, endlich auch Klima und Bodenschätze eine einheitlich durchgeführte internationale Regelung der Arbeitszeit von vornherein zur Unmöglichkeit machen. Heute gilt es aber immer noch die Schäden des Weltkrieges durch eine gesteigerte Produktion wettzumachen, und erst, wenn dieses Ziel erreicht ist, dann mag man mit vollem Recht dazu übergehen, die Ar-

beiter an dem erhöhten Gewinn zu beteiligen; dies könnte entweder in Form von Lohnerhöhungen oder in Gestalt einer verkürzten Arbeitszeit geschehen.

Was nun noch das System der Tarif- und Meistbegünstigungsverträge betrifft, so sind hierbei in den letzten Jahren wohl einige Fortschritte zu verzeichnen, aber totzdem kommt man zu dem Gesamtergebnis, daß weder die ersten, noch die reinen Meistbegünstigungsverträge recht befriedigen können. Wir haben unseren Vertragskontrahenten beträchtliche Zollermäßigungen zugestehen müssen, die z. T. vom Gesichtspunkte der Stärkung unseres inneren Marktes zu denken Anlaß geben; andererseits ist es uns nicht immer gelungen, die Zölle der Vertragspartner so herabzudrücken, wie dies für unseren Export wünschenswert erscheint. Auf Grund solcher Erfahrungen muß aber erstrebt werden, das System der beschränkten Meistbegünstigung mit demjenigen der Reziprozität zu vertauschen, da reine, bzw. beschränkte Meistbegünstigungsabkommen, solange wir noch neben solchen Tarifverträge abschließen, immer ein großes Risiko bleiben werden. Was nun die Tarifverträge anbetrifft, so sind bei ihnen die Auslandszölle fast durchweg — trotz mancher Ermäßigungen — noch immer viel zu hoch. Es gilt hier für das gegenseitige Überbieten beim Hochschrauben der Zölle dasselbe wie für das Wettrüsten der Staaten untereinander, wobei jede Nation dem Nachbar zuvorkommen will.

Die Wirtschaftskreise aller Staaten haben aber ein lebhaftes Interesse daran, daß der unerträgliche Zollwirrwarr, der in der Welt jetzt besteht, beseitigt wird und ein Ende findet, da er eine direkte Verhöhnung jedes ökonomischen Wirtschaftssystems bedeutet. In der Frage der Annäherung der Zolltarifschemata könnten aber die Wirtschaftsminister aller Länder dem privaten Unternehmertume zwecks Rationalisierung der einzelnen Volkswirtschaften mit gutem Beispiele vorangehen, wodurch sie der gesamten Weltwirtschaft einen sehr großen Dienst erweisen würden. Der wirtschaftliche Nationalismus nämlich, wie er gegenwärtig in den europäischen Staaten zur vollsten Blüte gekommen ist, bedeutet nicht nur eine schwere Gefahr für die Entwicklung des Warenaustausches in Europa, wie auch für die eigene Wirtschaft der einzelnen Staaten, sondern er gefährdet zugleich die Stellung unseres Erdteiles gegenüber den emporblühenden überseeischen Gebieten. Vielleicht ist es nun der Technik vorbehalten, dem deutschen Volke Brot und Arbeit zu geben, wonach sich weit über 1 Million unserer Volksgenossen sehnen. Die Errungenschaften der Technik brachten uns im 20. Jahrhundert die Überwindung von Ort und Zeit. Es gab hier kaum noch Hemmnisse. Bestehen blieb nur die Gebundenheit an den Stoff, an die Materie — also an die Monopole der Natur, als da sind: Kohle, Erze, Öle, Mineralien. Die Naturschätze eines Landes waren sein Nationalreichtum; ihretwegen führte man Kriege, um sich derselben zu bemächtigen. Die Erkenntnisse der Chemie sollen uns diese Befreiung vom Stoffe ermöglichen. Wir haben es gelernt, uns den Stickstoff aus der Luft zu holen, um mit seiner Hilfe unsere Ernte zu vermehren; die Kohle ist uns nicht mehr nur Kohle, sondern eine Anhäufung von Kohlenstoffverbindungen, die wir verwandeln und zerlegen können, wie wir sie gerade gebrauchen wollen. Wir stehen somit am Anfang eines Zeitalters, in dem unser Volk bodenständig auf eigener Scholle werden kann, wenn es nur den Willen und Fleiß zur Selbstbehauptung aufbringen mag. Hier ist deutschem Findergeiste und deutscher Arbeitsintensität eine Richtung gewiesen, in der sich unsere Nation vielleicht auf friedlichem Wege von den Sklavenketten des Versailler Diktates befreien kann!

GERHARD HERRMANN:

WIRTSCHAFTLICHER LITERATURBERICHT

Conférence Economique Internationale. Guide des Documents Préparatoires de la Conférence. Secrétariat de la Société des Nations. Génève 1927. (C. E. I. 40.)

Fast ein Vierteljahr ist bereits seit der Genfer Weltwirtschaftskonferenz verflossen und einer noch ungewissen Zukunft bleibt es überlassen, ob die gefaßten Beschlüsse, über ihre gedankliche Konzeption hinaus, konkrete Gestalt gewinnen werden. Noch ungewisser erscheint es schließlich, ob, selbst bei geglückter Realisation, hierdurch eine Heilung des mit politischen Giften durchsetzten weltwirtschaftlichen Organismus möglich ist. Bei aller Skepsis in diesen Fragen bleibt auf einem anderen Gebiet der Weltwirtschaftskonferenz ein großes Verdienst unbestritten, das sich als „Nebenprodukt" ergeben hat und von Skeptikern sogar als ihr Hauptprodukt bezeichnet wird: Die Vorbereitung und Bereitstellung eines umfangreichen und schlechthin erschöpfenden Materials über die heutige weltwirtschaftliche Lage. Um eine objektive und zuverlässige Berichterstattung zu gewährleisten, hat das Völkerbundsekretariat die Memoranden nur zum Teil selbst verfaßt, im übrigen sich auf eine redaktionelle Tätigkeit beschränkt. Neben der wirtschaftlichen Sektion des Völkerbundes hat man aus der ganzen Welt Experten, teils Organisationen, teils Wissenschaftler, zur Mitarbeit herangezogen. An führender Stelle haben sich das Internationale Arbeitsamt, Genf, und das Internationale Institut für Landwirtschaft in Rom beteiligt. Monographien über einzelne Industriezweige wurden meist von den betreffenden Fachverbänden angefertigt. An Gelehrten deutscher Zunge wurden zur Mitarbeit herangezogen: E. Großmann, Zürich (Systeme der wirtschaftlichen Verständigung), Kurt Wiedenfeld, Leipzig (Kartelle und Trusts) und Julius Hirsch, Berlin (Die nationalen und internationalen Monopole). Von Praktikern und Mitgliedern des Vorbereitenden Ausschusses wirkten mit Staatssekretär Trendelenburg und Generalsekretär Lammers. Ferner erstattete Prof. G. Cassel ein Gutachten über die monopolistischen Tendenzen in Industrie und Handel.

Systematisch schließt sich die Gliederung des ca. 60 Bände umfassenden Memorondenmaterials eng an die Tagesordnung der Konferenz an. Der Riesenstoff ist danach in vier Teile eingeteilt: I. Die allgemeine weltwirtschaftliche Lage. II. Handel. III. Industrie. IV. Landwirtschaft. Teil I wird eingeleitet von den bereits bekannten Memoranden des Völkerbundes über die Zahlungs- und Handelsbilanzen, über die Zentralnotenbanken und über die öffentlichen Finanzen in den wichtigsten Staaten der Welt. Neben den Berichten über Handel, Industrie und Landwirtschaft vom internationalen Gesichtspunkt ist von besonderer Wichtigkeit der „Rapport" der Internationalen Handelskammer über „die Hindernisse und Hemmungen, die sich dem internationalen Handel entgegenstellen". In einem zweiten Unterabschnitt des ersten Teils sind einige Berichte über die erwerbstätige Bevölkerung der Welt und über die Ein- und Auswanderungsprobleme der wichtigsten Staaten zusammengefaßt. Gibt also Teil I den allgemeinen Rahmen der zu behandelnden Probleme, so beschäftigen sich die folgenden Teile mit den zahlreichen Einzelfragen, die zum Teil technischer Natur sind. Aufbauend auf dem obenerwähnten Referat Großmanns ist die Abteilung „Handel" den Zolltarifen und Handelsverträgen gewidmet, wobei die Frage des Dumping besondere Beachtung erfährt. Abteilung „Industrie" behandelt in einem ersten Unterteil die wichtigsten Industriezweige in monographischer Form. Der zweite Unterabschnitt beschäftigt sich mit der Rationalisierungsfrage und der industriellen Verbandsbildung. Wie sehr man hierbei bemüht gewesen ist, sich objektive und den verschiedensten Gesichtspunkten gerechtwerdende Gutachten zu verschaffen, erhellt daraus, daß allein über das Thema „Kartelle und Trusts" fünf verschiedene Arbeiten vorliegen. Die letzte Abteilung „Landwirtschaft" enthält in

einem fast 700 Seiten langen Gutachten des Internationalen Landwirtschaftsinstituts eine erschöpfende Ausdeutung der vorliegenden Agrarstatistiken. Die übrigen kleinen Aufsätze behandeln die Zusammenhänge mit der Weltwirtschaftskrise, die Bedeutung der Arbeitskosten in der Landwirtschaft und die Genossenschaftsfrage. Inhaltlich auch nur andeutungsweise auf die vorliegenden Gutachten einzugehen, würde ein besonderes Referat erfordern. Die Durcharbeitung dieses überreichen Materials kann dem weltwirtschaftlich interessierten Wissenschaftler wie Praktiker nicht dringend genug nahe gelegt werden. Der vorbereitende Ausschuß der Weltwirtschaftskonferenz hat sich hiermit ein über den unmittelbaren Anlaß weit hinausgehendes und bleibendes Verdienst erworben.

Denkschrift über die Maschinenindustrie der Welt. Berlin-Charlottenburg, Oktober 1926. Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA.) Karl Lange.

Die Deutsche Maschinenindustrie. Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten über die Jahre 1925 und 1926. 33. und 34. Geschäftsjahr.

Der VDMA. hat seine der Weltwirtschaftskonferenz gelieferte Denkschrift mittlerweile dem deutschen Publikum unmittelbar vorgelegt. Auf 194 Seiten, wovon 130 auf einen alles erreichbare — meist amtliche — Material erfassenden statistischen Anhang entfallen, wird die Weltlage der Maschinenindustrie in den Jahren 1913 und 1925 vergleichend gegenübergestellt. Mögliche und tatsächliche Produktion, Zahl, Leistung und Entlohnung der Arbeiter, Zollfragen, Aus- und Einfuhr, Verbrauchs- und Preisentwicklung in den USA., Großbritannien und Deutschland — auf diese drei Länder entfielen 1925 fast 85% der Gesamtproduktion — werden knapp und klar dargestellt. Am umfangreichsten und für eine allgemeine Information am wichtigsten ist das erste Kapitel „über die wesentlichen Entwicklungsbedingungen der Maschinenindustrie in den letzten Jahren“. Hiernach entfielen 1913 auf die Weltmaschinenproduktion von insgesamt 13,5 Milliarden Mark auf die USA. 50%, auf Deutschland 20,6% und Großbritannien 11,8%, während sich 1925 (auf Vorkriegswerte reduziert) das Verhältnis zuungunsten Europas im allgemeinen und Deutschlands im besonderen verschoben hat: Gesamtproduktion 14,7 Milliarden Mark, davon USA. 57,6%, Großbritannien 13,6% und Deutschland 13,1%. Genau dasselbe Bild ergibt sich bei einem Vergleich der Weltmaschinenausfuhr. Auch hier wird Deutschland 1925 von Großbritannien überholt und an die dritte Stelle verdrängt. Ein näheres Eingehen auf die zum Teil sehr interessanten Ergebnisse dieser Denkschrift wäre Aufgabe einer Sonderbesprechung.

In glücklicher Ergänzung hierzu steht die zweite Publikation des VDMA. Die Arbeit enthält weit mehr als der Titel ahnen läßt, gibt sie doch als Einleitung auf 22 umfangreichen Seiten einen hervorragenden Überblick über die Wirtschaftsentwicklung 1925/26, wie man ihn in dieser Prägnanz und Objektivität nur selten erhält. Infolge des beschränkteren Stoffgebietes gegenüber der vorigen Arbeit ist es möglich gewesen, mehr in die Tiefe zu dringen und wichtige Spezialprobleme aufzuwerfen, z. B. den Zusammenhängen zwischen Maschinenabsatz und Handelspolitik und der Rationalisierungsfrage im einzelnen nachzugehen. Dankenswerterweise bringt der Bericht auch genaue Angaben über das Verhältnis von Inlands- und Auslandsabsatz, die in so vielen Industriezweigen vermißt werden und gerade für alle handelspolitischen Verhandlungen von großer Bedeutung sind. Auch eine so ausgesprochene Exportindustrie wie die Maschinenindustrie findet — was oft vergessen wird — ihre Hauptstütze im Binnenmarkt, fanden doch 1925 von einer Gesamtproduktion von 2,9 Milliarden Mark nicht weniger als 2,2 Milliarden Mark in Deutschland selbst Absatz. Die wichtigste Bedeutung hat der Export nicht als solcher, sondern dadurch, daß er ausgleichend und krisenmildernd wirkt. Schwächungen des Binnenmarktes haben regelmäßig eine relative, oft sogar absolute Zunahme des Exports zur Folge, wodurch natürlich die Produktionsverhältnisse des betr. Industriezweiges stabilisiert werden. Während die Maschinenerzeugung in Deutschland von 1925 zu 1926 von 2,9 auf 2,5 Milliarden Mark um 14% abnahm, fiel der Binnenabsatz von 2,2 auf 1,7 um 23%, während der Export von 0,7

Milliarde auf 0,8 Milliarde zunahm. Dieser Zusammenhang ist um so ausgeprägter, je stärker der Binnenmarkt im Verhältnis zum Außenmarkt entwickelt ist, wie das z. B. in der USA.-Wirtschaft der Fall ist. Sehr instruktiv sind auch einige Angaben über die Ursachen des Rückganges des Maschinenexports um 218 Millionen Mark (in Vorkriegswerten) von 1913—1926. 37,1% des Rückganges entfallen auf die Ausfuhr nach Rußland und Polen, 28,1% auf Frankreich, 16,4% auf Österreich-Ungarn bzw. die Nachfolgestaaten, überwiegend also Länder, deren Kaufkraft stark zurückgegangen ist — Rußland, Österreich — oder auf solche, mit denen Deutschland noch keinen Handelsvertrag abgeschlossen hat oder gar im Handelskrieg steht. Eine wie zweischneidige Waffe ein Zollkrieg ist, zeigt der rapide Rückgang des Maschinenexports nach Polen von fast 13 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr 1925 auf knapp 4 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1926. — Zusammenfassend kann von beiden Publikationen des VDMA. gesagt werden, daß sie sich von der Unzahl von Berichten der verschiedensten Verbände und Organisationen aufs angenehmste abheben durch ihr sichtliches, nur ganz selten mißglücktes Bemühen um Objektivität, durch das Streben, die einschlägigen Fragen in weite Zusammenhänge zu stellen und nicht nur vom Interessentenstandpunkt aus zu behandeln.

Neue Weltwirtschaft. Die Lehre von Genf. Von Arthur Feiler. Mit dem Wortlaut der Entschließungen der Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1917. Frankfurter Sozietätsdruckerei 1927.

Diese flott geschriebene Broschüre ist für rasche Orientierung sehr gut geeignet und vor allem durch die Übersetzung des authentischen Textes der Entschließungen recht brauchbar. Feiler, der der Konferenz beigewohnt hat, beurteilt die Ergebnisse der Tagung grundsätzlich sehr optimistisch und stellt in seiner Einleitung den Gedanken in den Vordergrund, daß es sich in Genf um die Lösung der europäischen Wirtschaftskrise gehandelt habe.

Hjalmar Schacht: Die Stabilisierung der Mark. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Berlin u. Leipzig 1926/27.

Dieses Buch hat ein Politiker geschrieben, d. h. es ist aus der Logik des Handelns, und nicht aus der Logik des Denkens gestaltet. Es zeigt wie Geschichte gemacht wurde und verzichtet bewußt darauf, in gedankenblasser „Objektivität" aufzuweisen, wie Geschichte „wirklich" gewesen ist. Dies berechtigt, ja verpflichtet fast den Verfasser dazu, an den Höhepunkten der Darstellung Bekenntnisse statt Deduktionen zu geben und erlaubt ihm, sein Bildnis an den Anfang zu setzen, ohne sich dem Vorwurf der Eitelkeit auszusetzen. Diese Lebendigkeit und blutvolle Erlebnisnähe macht den Wert und die Eigenart des vorliegenden Buches aus, das dadurch nicht nur inhaltlich, sondern auch nach seiner methodischen Stellung in die Nähe des bekannten Bergmannschen Buches rückt*).

Beginnend mit den ersten Inflationserscheinungen während des Krieges und mit interessanten Einzelheiten über die Errichtung von Zwischenwährungen in den verschiedenen besetzten Gebieten, gelangt Schacht über Waffenstillstandsverhandlungen und Ruhreinbruch zur Darstellung der Markstabilisierung, wobei die heftigen Kämpfe hinter den Kulissen lebendig geschildert werden. Die — naturgemäß gegnerische — Auseinandersetzung mit Helfferich und die Frage der Vaterschaft der Rentenmark werden mit großem Takt behandelt. Fast dramatische Gestalt nimmt der Konflikt mit den rheinischen Wirtschaftsführern im November 1923 anläßlich der Abschaffung des Notgeldes an. Die Darstellung ergibt ferner klar, daß die Stabilisierung im November 1923 durchaus noch nicht à la longue geglückt war, daß die Währung endgültig erst durch die Kreditrestriktion vom 7. April 1924 gesichert wurde. Vielleicht erforderte sogar der Restriktionsbeschluß eine noch größere Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit als die Aktion im November 1923, denn während damals die gesamte Nation, um nur um jeden Preis aus dem Währungschaos herauszukommen, hinter der Regierung bzw. dem Währungskommissar stand, stellte die Restriktion ein Novum in der Geschichte der Notenbanken dar und mußte

*) K. Bergmann, Der Weg der Reparation, Frankfurter Societätsdruckerei 1926.

gegen das, nicht völlig unberechtigte, Zetermordio der gesamten „Wirtschaft" erzwungen werden.

Die zweite Hälfte des Buches schildert die Verhandlungen Schachts mit dem Daweskomitee, das allmähliche Zustandekommen des neuen Bankgesetzes. Die Schlußkapitel beschäftigen sich mit dem Wiederaufbau des Geld- und Kapitalmarktes: (Einbürgerung des Wechsels, die Frage der Verwendung der öffentlichen Gelder, scharfe Abwehr der Aufwertungsbestrebungen) und der Frage der Auslandskredite; die bekannten Zusammenhänge mit Produktionssteigerungen, Export- und Reparationspolitik werden aufgewiesen, enthalten aber wenig Neues.

Leider, doch mit einer gewissen inneren Notwendigkeit, zeigt der Schluß („Internationale Zusammenarbeit") eine bedenkliche Senkung des Niveaus, da er nicht aus Tat heraus, sondern aus einer recht abstrakten Ideologie konzipiert ist. Als Ganzes verstärkt dieses Buch den bereits anderweitig gewonnenen Eindruck, daß Schacht zu den wenigen Männern in Deutschland gehört, von denen sich sagen läßt: „Der rechte Mann am rechten Platz".

Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus. Dritter Band: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig 1927.

Es ist unmöglich, auf so knappen Raum wie hier eine gemäße Würdigung des neuesten Werkes von Sombart zu geben*). So sollen diese Zeilen nur ein kurzer Hinweis sein. Äußerlich als dritter und letzter Band des Sombartschen Lebenswerkes „Der moderne Kapitalismus" erschienen, nimmt „Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus" methodisch wie inhaltlich einen durchaus selbständigen Platz ein. Auf mehr als 1000 Seiten wird uns, ungewöhnlich großzügig und durch und durch dynamisch angelegt, die Wirtschaftsentwicklung der letzten 150 Jahre bis zum Beginn des Weltkrieges vor Augen geführt. Und doch ist das Ganze mehr als eine Wirtschaftsgeschichte, gerade hierin liegt die Eigenart des dritten Bandes gegenüber den beiden ersten. Man spürt, daß der Verfasser sich in der Zwischenzeit stark mit soziologischen und methodologischen Studien befaßt hat, unter dem Einfluß Max Webers stehend. Ein weites System von Begriffshülsen, Idealtypen im Weberschen Sinn, dient dazu, in den uferlosen Stoff Ordnung zu schauen. Freilich ist die naheliegende Gefahr eines Begriffsrealismus nicht immer vermieden. Das Ganze nimmt zwischen historischer und theoretischer Betrachtungsweise (auf letzterer liegt oft der stärkere Akzent) eine durchaus originale Mittelstellung ein und zeigt Sombart als unerreichten Meister geschickter Disponierung. Drei starke Pfeiler stützten den Gesamtbau; A. Die Grundlagen: a) Der neue Menschentyp. b) Der Staat. c) Die Technik). B. Der Aufbau. a) Das Kapital. b) Die Arbeitskräfte. c) Der Absatz). Besonders die bevölkerungstheoretischen Kapitel enthalten eine Fülle neuer Gedanken. Die Hälfte des ganzen Werkes nimmt ein C. Der Hergang (Prozeß). Nach einigen theoretischen Kapiteln, die jedoch nie in logische Spielereien ausarten, sondern immer wirklichkeitsnah bleiben, über Bedarfs-, Markt- und Betriebsbildung, über Konkurrenz und Konjunktur geht Sombart auf „die Gestaltung des wirtschaftlichen Prozesses in der Geschichte" ein, hierbei den Gedanken der Rationalisierung oder „Vergeistung" in den Mittelpunkt stellend. Für alle Teilgebiete der Wirtschaft wird dieser Versachlichungsprozeß gezeigt: In der Bedarfsbefriedigung, in der Markt- und Preisbildung, vor allem aber in der Rationalisierung der Betriebe, die in ihrer mannigfachen Integration und Konzentration in erster Linie die Träger dieser Vergeistungstendenz sind.

Stilistisch ist das Werk ein echter „Sombart": geistreich, oft geistreichelnd und bisweilen durchaus nicht davor zurückschreckend, Tatsachen im Sinne einer Lieblingsthese umzubiegen. Mit der von ihm selbst verdächtig oft erhobenen Forderung der „Wertfreiheit" kommt Sombart jedenfalls häufig in Konflikt. Doch können diese Schönheitsfehler wohl nur dem unkritischen Anfänger gefährlich werden, der freilich vor der Lektüre ebensosehr zu warnen ist, wie sie dem Geschulten anzuraten ist. Leider beschränkt Sombart selbst durch seine ausgesprochene Abneigung

*) Vgl. Edgar Salin, Hochkapitalismus, in Weltwirtschaftliches Archiv, 25. Band (1927), S. 314 f.

gegen dialektische Methode den Erkenntniswert seines Buches, indem er dadurch stets in einer vorletzten Schicht „funktionaler Abhängigkeiten" stehen bleibt. Seine eigene historische Stellung in der Wissenschaft drückt er treffend aus*): „Was Marx sprach, war das stolze erste Wort über den Kapitalismus, in diesem Werke wird das bescheidene letzte Wort über dieses Wirtschaftssystem, soweit es rein ökonomisch in Betracht kommt**), gesprochen." Die bewußte und Sombart selbst sichtlich quälende Beschränkung auf das Teilgebiet Wirtschaft bedingte die Ausschaltung aller kulturphilosophischen und geschichtsmethaphysischen Erwägungen. Und doch zeigt gerade diese imposante Phänomenologie der kapitalistischen Wirtschaft, die uns Sombart geschenkt hat, wie notwendig es ist, nun mit der Sinnfrage an das Phänomen Wirtschaft heranzutreten. Diese Aufgabe aber ist Angelegenheit einer späteren Generation. Verheißungsvolle Ansätze dazu finden sich in dem neuesten Buche Leopold Zieglers, dem künftig noch einige Worte gewidmet werden sollen*).

*) Sombart, a. a. O. Geleitwort S. XXI.

**) von mir gesperrt.

*) Leopold Ziegler, Zwischen Mensch und Wirtschaft. Darmstadt 1927, Otto Reichl Verlag.

GUSTAV BRAUN:

NATIONALITÄTENFRAGEN IN NORDEUROPA

I. Finnen, Schweden und Norweger

Gegenüber den vielen drängenden Nationalitäten- und Minderheitenfragen in unserem engen Mitteleuropa ist es fast unbekannt, daß auch der Norden Europas teilweise eine völkische Durchmischung zeigt, die sich bei der knappen Basis der dortigen Lebensbedingungen trotz der Weiträumigkeit gelegentlich politisch auswirkt.

Ich möchte darüber auf Grund vielfach wiederholter Bereisung jener entlegenen Gegenden, von Unterhaltungen mit eingeweihten Kennern der Dinge und von Literaturstudien kurz berichten. Von einem „zwischenstaatlichen" Volk, den Lappen, sehe ich dabei zunächst ganz ab, da sich aus ihrer Existenz und Lebensweise wohl sehr wichtige Fragen ergeben, aber doch anderer Art als bei den seßhaften Bevölkerungen, von denen hier die Rede sein soll.

Kurz sei der Raum umrissen: Das skandinavische Grenzgebirge läuft mit seinen Erhebungsachsen in nördlicher Richtung gegen das Eismeer aus; so entstehen die tief und einförmig von Norden her in das Land eingreifenden Fjorde, die so ganz verschieden sind von denen des südlichen Norwegen. Das Meer selbst ist hier noch relativ warm, durchflutet von den Ausläufern atlantischen Wassers, immer eisfrei und fischreich, aber auch stürmisch und nebelreich.

Das Innere bilden treppenartig gegen Westen und Norden ansteigende Hochflächen, die in Finnmarken 300 bis 400 m hoch liegen, gegen das Gebirge 1000 m Höhe erreichen und in einförmiges Flachland zum Bottnischen Meerbusen absinken. Ihre tieferen Teile verhüllt dichter Nadelwald, durchsetzt mit Laubbäumen. Wenn man nach Norden wandert, bleibt zunächst die Fichte zurück, dann die Kiefer, so daß eine fast reine Birkenzone die „Tunturi" (= Tundra, baumlose Erhebungen) in vielen Kilometern Breite schließlich säumt. Ackerbau in unserem Sinn hört etwa am Polarkreis auf; nördlich gedeihen noch Gerste, Hafer, Kartoffel, sehr gut die Wiesen. In der Viehzucht ersetzt das Renntier die Kuh, Schafe und Ziegen dringen mehr und mehr ein. Das Klima ist je mehr nach innen desto kontinentaler mit oft sehr heißen Sommern, sehr kalten Wintern, ziemlich trocken und gesund. Eine fast unerträgliche Plage sind die Mückenschwärme des Hochsommers.

In diesen unwirtlichen Erdraum teilen sich drei Staaten: Schweden, Finnland, Norwegen. Die Grenzen verlaufen recht verzwickt und sind vor langer Zeit am grünen Tisch gemacht worden, als man von dieser Gegend keine brauchbare Karte hatte. Doch gehört dieses interessante und abwechslungsreiche Kapitel politischer Geschichte nicht hierher. Tatsache ist, daß unabhängig von den Grenzen im inneren Lappland und Finnmarken, z. T. auch an der Küste, der finnische Volksteil zahlenmäßig die Oberhand hat. In diesen finnischen Bestandteilen wurzelt die Nationalitätenfrage für Nordschweden und Nordnorwegen.

Betrachten wir Schweden. Schon an der Erzbahn von Luleå und Narvik treten finnische Namen auf und die bekanntesten — Kirunavaara und Gellivaara (— vaara = Hügel) — gehören diesem Sprachstamm an. Die Sprachgrenze, wie sie Norrbottens Läns Jubiläumswerk von 1921 malt, verläuft von oberhalb Haparanda (finn. ranta = Strand) in die Gegend von Gellivaara und folgt dann der Bahn bis zur norwegischen Grenze. Nordöstlich dieser Linie „sprechen nur noch die Beamten von Hause aus schwedisch".

Eine kleine Tabelle erläutert das.

Schweden, Finnen und Lappen in der schwedischen Provinz Norrbotten

Bezirk	Schweden			Finnen			Lappen		
	1870	1910	1920	1870	1910	1920	1870	1910	1920
Torneå	2 125	4 528	6 447	11 580	17 400	19 000	113	221	310
Torne-Lappmark	344	7 790	8 650	1 230	3 480	4 630	1573	1465	1520
Gellivaara	761	12 660	14 100	1 164	3 050	4 500	766	537	620
Übrige Lappmarken	4 145	12 500	15 850		106	138	1545	1965	1860
Übriges Küstengebiet	50 400	94 500	104 460	41	688	800	263	143	133
Gesamt	57 775	131 808	149 507	14 014	24 760	29 068	4260	4330	4440

Das finnische Element nimmt also langsam zu, langsamer jedoch als — in der ganzen Provinz — die schwedische Bevölkerung. Immerhin wird im Gebiet des oberen Kalix-, des Torne- und Muonio-Flusses ganz überwiegend finnisch — und nur finnisch gesprochen, so daß die Bereisung für den Nicht-Sprachkundigen schwierig ist.

Verwickelter aber noch liegen die Dinge in Norwegen, da hier die finnische Besiedlung das Meer erreicht hat. Eine sprachliche Bemerkung ist hier notwendig: im Norwegischen wird mit „Finne" ursprünglich der Lappe bezeichnet, der Finne dagegen als „Kvaene". Das führte und führt natürlich zu unzähligen Verwechselungen, die schwer tragbar sind, seit Finnland selbständig ist, und es auch der Staatsangehörigkeit nach erforderlich ist, von Finnen zu sprechen. Deshalb pro-

pagiert man jetzt in Norwegen für die Lappen den Namen „Samen", mit dem sie selbst sich bezeichnen. Ich glaube nicht, daß sich das einführen wird und gebrauche hier jedenfalls die Bezeichnungen „Finne" für Angehörige des finnischen Volkes, „Lappe" für die des Lappenstamms.

Die anökumenische Zone ohne Besiedlung liegt, wie ich vor Jahren schon auf einer Karte darstellte, etwa an der Wasserscheide zwischen Eismeer und Bottnischem Busen, die man sich doch nur als breite Schwelle vorzustellen hat. Nördlich dieser Schwelle liegen die norwegischen Provinzen (Fylke) Tromsö und Finnmarken. Die Nationalitätenverteilung zeigt nachstehende Tabelle:

Norweger, Finnen und Lappen in Nord-Norwegen

Jahr	Provinz Tromsö						Provinz Finnmarken					
	Norweger		Finnen		Lappen		Norweger		Finnen		Lappen	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1845	24 489	78,1	995	3,2	5 867	18,7	4 500	35,3	1 692	13,3	6 545	51,4
1855	29 400	76,8	2 077	5,4	6 793	17,8	6 580	40,2	2 568	15,6	7 240	44,2
1865	34 483	76,0	3 157	7,0	7 700	17,0	8 200	40,4	4 050	19,9	8 076	39,7
1875	41 500	76,8	4 135	7,7	8 380	15,5	10 173	42,3	5 828	24,2	8 074	33,5
1881	51 950	80,0	3 798	5,8	9 260	14,2	13 270	45,2	6 790	23,2	9 280	31,6
1891	53 850	82,8	2 390	3,7	8 770	13,5	13 920	47,5	5 930	20,2	9 490	32,3
1900	63 340	86,8	1 770	2,4	7 852	10,8	18 410	55,1	5 410	16,2	9 572	28,7
1910	72 375	90,2	1 620	2,0	6 279	7,8	23 396	59,8	5 398	13,8	10 332	26,4
1920	78 858	86,9	3 220	3,4	8 670	9,6	25 428	57,5	7 416	16,8	11 346	25,7

[nach der Volkszählung 1920.]

Die Veränderungen sind also im ganzen auch hier gering, und Alarmrufe als Warnrufe vor zielbewußter Fennisierung, wie sie im Herbst 1926 wieder einmal in der norwegischen Presse laut wurden, erscheinen verfehlt und konnten von der Presse Finnlands leicht zurückgewiesen werden.

Immerhin ist in der Neuzeit gegenüber dem früheren Zustand eine Veränderung eingetreten, die ihre Rechtfertigung in der Begründung der Republik Finnland und der neuen Grenzziehung im Norden im Dorpater Frieden von 1920 findet. Finnland erhielt freien Ausgang zum Meer. Es ist nur selbstverständlich, daß es diesen nicht nur auf der Karte, sondern in Wirklichkeit zu besitzen wünscht. So nahm der Staat alsbald mit großer Energie den Straßenbau in Angriff, der unbesiedelte Zonen durchsticht und schon 1921 durch Automobilverbindung die finnischen Siedlungen Törmänen und Ivalo südlich des Enare-See leicht erreichbar machte. Inzwischen ist die Straße nach Petsamo nahezu vollendet und hat die finnischen Siedler im Patsjoki-Tal — 1907 etwa 330 um Salmijärvi herum — mit ihrem Mutterland verbunden. 1907 hatte J. F. Rosberg von ihnen noch schreiben können, es gäbe kaum irgendwo sonst so ungebildete Finnen,

heute ist Neukolonisation und staatliche Pflege im Petsamo-Gebiet bis ans Eismeer zu spüren, und die finnische Bevölkerung zieht weiter und weiter nach Norden, genügsame Kolonisten die sie sind.

Damit berühren wir die Ursachen dieser Nationalitätenverteilung. Sie sind wirtschaftlicher Art. Rektor Qvigstad in Tromsö hat der Frage eine eigene Abhandlung gewidmet, der ich folgendes entnehme, es durch mein eigenes Material ergänzend. Es waren zuerst Mißwuchs und die Verheerungen durch die Russen, die Finnen aus den nördlichsten Teilen dieses Landes zur Wanderung trieben, bei der sie hinter dem Gebirge (Kölen) Schutz und bessere Lebensbedingungen suchten. Die Einwanderung in Norwegen im Gegensatz zu den Handelsbeziehungen ist daher auch keineswegs alt, sie begann im 18. Jahrhundert und richtete sich da meist aus dem Tornetal nach Lyngen, Skjervöy und Alta, wurde im 19. Jahrhundert stärker in West-Finnmarken, zuletzt nach 1850 auch in Ost-Finnmarken durchs Tanatal und über Enare-Südvaranger. Im 19. Jahrhundert zogen die großen Fischereien im Varanger-Fjord und an der Eismeerküste jährlich einige hundert Bewohner des Inneren an, da die Ernährung zum großen Teil auf (eingesalzenem) Fisch beruht und die Süßwasserfische mit zunehmender Bevölkerung abnahmen. 1852 und 1897 wurden einschränkende Bestimmungen von norwegischer Seite erlassen und seither haben diese Fischerwanderungen, bei denen eben ein gut Teil an der Küste zurückblieb, sehr nachgelassen. Die Bevölkerung in den Außenbezirken ist daher auch, wie obige Zahlen zeigen, leidlich unverändert geblieben. Dagegen wurde nun das Innere von Finnland her aufgefüllt:

Zahl der Bewohner in	1880	1921
Muonnioniska . . .	935	1533
Enontekiö	644	1031
Kittilä	2078	4280
Sodankylä	2695	4489
Enare	860	1667
Utsjoki	390	517

Schweden ist ebenfalls und zwar viel früher Ziel der durch die Not erzwungenen Auswanderung der Finnen gewesen. Hier waren es die Waldgegenden in Inner-Dalarne und Värmland, die von den anspruchslosen Kolonisten im 16. Jahrhundert aufgesucht und gerodet wurden. Sie sind heute von den Schweden fast völlig assimiliert, wenn auch in der Erinnerung, in Namen, Bauten und Wirtschaftsform der finnische Grundcharakter fortlebt; nur im sogenannten „Finnskog“ in Ober-Värmland wird heute noch finnisch gesprochen. Dagegen behauptet sich das finnische Element in Norrbotten durch seine Zähigkeit und wirtschaftliche Tätigkeit, steht es doch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem finnischen Sprachgebiet hinter der Grenze.

So sind also z. Z. die Nationalitätsverhältnisse im äußersten Norden unseres Erdteils. Wie sie sich künftig gestalten werden und ob die Anordnung der Gruppen jemals politische Bedeutung gewinnen wird, das läßt sich erst diskutieren, wenn auch die Lappenfrage dem Leser bekannt ist. Darüber möge ein zweiter Abschnitt unterrichten.

Fortsetzung folgt.

FRIEDRICH LANGE:

DAS SÜDLICHE SCHWEDEN

Schwedens Schwerpunkt liegt im Süden. Zwischen Trelleborg und der Linie Uddevala—Oxelösund liegt der Fläche nach nur der vierte Teil des schwedischen Reiches, jedoch fast die Hälfte seiner Einwohner; der Anteil ist nur deshalb nicht noch größer, weil die Reichshauptstadt Stockholm eine Ausnahmestellung im Norden einnimmt.

Das südliche Schweden wird also im Norden durch die Kette der großen Seen begrenzt, im Westen durch das Kattegatt und den Sund, im Süden und Osten durch die Ostsee. Der größte Teil dieses Gebietes wird von Fels und Wald bedeckt, zwischen denen sich teils kleinere, teils aber auch ziemlich große Seen befinden, erreicht doch z. B. der weltabgeschiedene und sagenumkränzte Bolmensee eine Fläche von 183 Quadratkilometern! An den Küsten finden sich 20—30 Kilometer breite Streifen, die den Ackerbau begünstigen, besonders im Westen, während im Süden fast ganz Schonen, eine aus der Ostsee emporgestiegene Gneisplatte, geologisch zu Pommern gehört, wie ja auch heute in bezug auf Landschaftsgepräge, Landbebauung, Siedlungsweise und Lebensgewohnheiten oft gesagt wird: „Schonen könnte Pommern und Pommern Schonen sein!“

Die großen Wald- und Felsgebiete im Innern des Landes erschweren die Lebensbedingungen. Nur mit größter Anstrengung war es im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende möglich, ganz beschränkte Flächen wenigstens von den kleineren und mittelgroßen Steinen zu befreien, sie in kleinen Dämmen aufzuschichten und den dazwischenliegenden Bodenflecken karge Nahrung abzugewinnen. Die harten, langen und dunklen Winter erschwerten ebenfalls von jeher die Lebensbedingungen. Seit den ältesten Zeiten hat daher das südliche Schweden eine starke Auswanderung zu verzeichnen. Nach einer weitverbreiteten Ansicht liegt hier die Urheimat der Germanen, von der sie strahlenförmig über die benachbarten Meere gingen und insbesondere auch allmählich Mitteleuropa in Besitz nahmen. (Jedenfalls längst vor der slawischen Einwanderung, was gegenüber einigen tschechischen und polnischen „Theorien“ festgehalten sei.) Nachdem mit den napoleonischen Wirren — dem letzten Krieg, an dem Schweden teilgenommen hat — die ständigen

Aderlässe aufgehört hatten, machte sich der Bevölkerungsdruck im südlichen Schweden erneut stark bemerkbar. Von 1850—1925 wanderten nicht weniger als 2 Millionen Schweden in den Jahrgängen stärkster Lebenskraft aus, meist nach Amerika, wo sie trotz vorbildlicher Schutzarbeit kaum dem Schicksal der Aufsaugung entgehen können. Ähnlich wie bei dem deutschen Volke wohnt der dritte Teil des Schwedentums außerhalb des politischen Mutterlandes. Daß im südlichen Schweden immer wieder versucht wurde und wird, der Fels- und Waldwüste weiteren Boden abzugewinnen, verdient festgehalten zu werden.

Der Unsegen dieses Fels- und Waldgebietes wäre noch stärker zum Ausdruck gekommen, wenn nicht das südliche Schweden einen großen Vorzug aufzuweisen hätte, seine günstige Verkehrslage inmitten hochentwickelter, aber verschieden gearteter Staaten. Seine Bedeutung veranschaulicht man sich am besten, wenn man sich das ganze südliche Schweden einmal von der Landkarte wegdenkt. Es ist dann sofort ersichtlich, wie hier die Fäden zwischen Norwegen, Dänemark, Deutschland, Litauen, Estland, Lettland, ja zwischen England und Rußland zusammenlaufen oder doch wenigstens zusammenlaufen können. Die Verkehrshemmungen im Innern des Landes, vor allem der fast vollständige Mangel schiffbarer Flüsse, hat nun freilich von jeher den größten Teil des Verkehrs zwischen den genannten Staaten nicht durch Südschweden geführt, sondern um es herum, und nicht einmal als Umschlagsplatz hat ein südschwedischer Ort überragende Bedeutung erlangt: Falsterbo und Simrishamn konnten wohl einige Zeit eine geachtete und gewinnbringende Stellung einnehmen, allein den Hauptgewinn der natürlichen Lage Südschwedens zog fast stets eine nichtschwedische Stadt: Kopenhagen. Wohl fehlte es nicht an Versuchen, diesem Schlüsselpunkt seine sich selbst zugelegte Bedeutung streitig zu machen; an die älteren Kämpfe der Hanse reihte sich im 19. Jahrhundert die Schaffnng einer schiffbaren Verbindung zwischen Ostsee und Kattegatt in dem Götakanal im Norden und in dem deutschen Nordostseekanal im Süden. Trotzdem hat sich Kopenhagen im wesentlichen seine Bedeutung zu erhalten gewußt. Die südschwedische Wettbewerbsgründung Malmö kann sich demgegenüber nicht entfernt vergleichen, vielmehr steht gerade Malmö geistig und teilweise auch seelisch durchaus im Banne der benachbarten dänischen Hauptstadt.

Die Frage der Beeinflussung Südschwedens hat oft die Gemüter erhitzt. Stockholm liegt weit, und die Wege dorthin waren zur See durch Sturm gefährdet, zu Lande jahrhundertelang kaum gangbar. Erst die Eröffnung der immer noch größtenteils eingleisigen Bahn Malmö—Stockholm im Jahre 1880 schuf ein wenig Wandel. Auch heute noch liegen aber nicht nur Trelleborg und Malmö, sondern auch Ystad, Helsingborg und das halländische Halmstad weiter entfernt von der schwedischen Hauptstadt als von Berlin, von Kopenhagen ganz zu schweigen. Es verdienen daher jene Wege besondere Beachtung, auf denen fremdländische Ein-

flüsse in das Land dringen. Es gibt deren vor allem vier: zwei führen von Dänemark her, nämlich durch die Fährverbindungen zwischen Kopenhagen und Malmö für die Züge nach Stockholm und zwischen Helsingör und Helsingborg für die Züge nach Gotenburg; beide dienen weniger dem durchgehenden Fernverkehr als der engen wirtschaftlichen und geistigen Verknüpfung des südlichen Schwedens mit der dänischen Hauptstadt. Über Gotenburg dringen englische und amerikanische Einflüsse ein und üben an der nördlichen Westküste eine nachhaltige Wirkung aus. Von Süden her bringt die 1909 vollendete Fährverbindung Saßnitz-Trelleborg deutschen Einfluß.

Schon diese Übersicht zeigt, daß der dänische Einfluß weitaus am stärksten ist. Hier wird jene Geistesrichtung gestärkt, die für eine allskandinavische Selbstgenügsamkeit eintritt und in der Sprachverwandtschaft der drei nordgermanischen Völker ebenso ihre Grundlage findet wie in den überaus vorteilhaften wirtschaftlichen Erfahrungen, welche der Norden mit seiner übereinstimmenden Neutralität im Weltkrieg gemacht hat. Dadurch erklärt sich auch gleichzeitig die auffallende Erscheinung, daß der Sitz der ausgesprochenen Deutschfreundlichkeit in Schweden nicht so sehr im Süden liegt, sondern in dem von Deutschland weiter entfernten mittleren Landesteil, um Stockholm und Upsala. Es ergibt sich also die dankbare Aufgabe, gemeinsam mit der schwedischen politischen und der wissenschaftlichen Hauptstadt das südliche Schweden mit dem Gedanken zu durchtränken, daß die gegebene geistige und seelische Ergänzung für das allzukleine eigene Sprachgebiet am besten und natürlichsten im germanischen Süden jenseits des Meeres zu finden ist.

Schweden leidet nämlich wie viele kleine Völker unter dem Nachteil seiner zu geringen Bevölkerungszahl. Die häufig verkündete Forderung, ein Volk solle nicht viele Kinder aufziehen, sondern „Edelkinder“, ist eben falsch; nur erstklassige und viele Kinder sichern einem Volke freie Entwicklungsmöglichkeit. Kleine Völker sind auch im Zeitalter des Völkerbunds an allen Enden irgendwie unfrei: Ihre Sprache nützt ihnen wenig jenseits ihrer Grenzen, während Weltsprachen wie die deutsche oder englische in zahlreichen Ländern Bewegungsfreiheit geben; ihre Wirtschaft kann nicht auf allen Gebieten sich selbst genügen. Entweder machen sie den Versuch einer Wirtschaftsautarkie und sich selbst dadurch lächerlich, wie etwa die bisher führenden Slowenen, oder sie beschränken sich auf die Herstellung einzelner Qualitätswaren, in denen sie Spitzenleistungen auf dem Weltmarkt erreichen, und stellen sich im übrigen ganz auf Bezug aus dem Auslande ein. Beispiele für die letztere Art sind Dänemark mit seiner entwickelten Milchwirtschaft und besonders Schweden mit seiner hervorragenden Holzbearbeitung, Kugellagerherstellung, Edelstahlerzeugung und seinem die Welt beherrschenden Zündholztrust. Heute benutzt Schweden als Bezugsquelle für die übrigen Wirtschaftserfordernisse alle möglichen Länder, vor allem England und die Vereinigten Staaten, aus denen

z. B. der größte Teil des riesigen Kraftwagenbedarfes gedeckt wird. Deutschland nimmt demgegenüber einen immer bescheideneren Platz in der Handelsbilanz ein. Im Jahre 1913 lieferte Deutschland noch 34,2 v. H. der gesamten Einfuhr, 1924 nur noch 24,8 v. H. Hier könnte ein planmäßiges Zusammengehen zwischen Deutschland und Schweden gewaltige Möglichkeiten eröffnen, ohne daß dadurch Schweden Schaden leiden müßte (Vorteile fester Lieferungsverträge usw., gemeinsames Vorgehen auf dem Weltmarkt u. a.). Ein wirtschaftliches Zusammen gehen, das beiden Teilen Gewinn bringt, würde auch die geistigen Zusammenhänge fördern.

Diese müssen aber auch unabhängig davon gepflegt werden. Nie war die Ostsee eine strenge Kulturscheide und darf es auch jetzt nicht werden. Der Einfluß wogte vielmehr abwechselnd herüber und hinüber wie Ebbe und Flut. Nachdem einst unsere Vorfahren aus dem Norden kamen, brachte das Zeitalter der Hanse Deutsche nach dem Norden, wo in Wisby, Kalmar, Stockholm und vielen anderen Orten jahrhundertelang die Hälfte der Stadtverordneten aus Deutschen bestand. Alsdann sahen wieder einige Jahrhunderte Schweden auf der südlichen Seite der Ostsee, in Vorpommern, Wismar usw. Gemeinsam hatten Deutschland und Schweden das Erlebnis der Reformation, gleichzeitig die Ausbildung ihrer Schriftsprachen, leider aber nicht auf Grund der so ähnlichen Mundarten in Schonen und Pommern, sondern weit voneinander entfernter Gegenden; das Schriftdeutsch wurde auf das Sächsische gegründet, das Schriftschwedische auf die Mundarten von Upsala usw. Unvergessen ist die wahrhaft neutrale Haltung Schwedens im Weltkrieg, seine Beharrlichkeit gegenüber der feindlichen Verleumdungspropaganda, seine selbstlose und reichliche Hilfe für Kinder und Studenten in den Jahren der Not.

Daß die Beziehungen zwischen hüben und drüben nicht noch enger sind, liegt wohl vor allem daran, daß die unmittelbare Anschauung fehlt. Wohl fahren viele akademisch gebildete Schweden nach Deutschland und benutzen dann gern den „Schwedenweg", den einst die schwedischen Heere zogen, nämlich über Berlin, Wittenberg, Leipzig, die Wartburg nach Heidelberg und Straßburg — ein Musterbeispiel geopolitischer Wegweisung —, aber die Bilder dieser Städte wurzeln nicht im Bewußtsein des Volkes. Neuerdings verstärken auch die Luftverkehrslinien von Kalmar und Karlskrona nach Stettin sowie von Malmö nach dem auch heute eine beachtliche schwedische Kolonie aufweisenden Lübeck die Beziehungen zu Deutschland.

Ein engeres Zusammengehen zwischen Deutschland und Schweden ist nur denkbar auf dem Wege der Gleichberechtigung, möglichst auch unter Ausschaltung rein politischer Fragen. Wirtschaftlicher Nutzen und wechselseitige geistige Befruchtung sind Triebfedern genug. Die engen Beziehungen des südlichen Schwedens zu Dänemark brauchen darunter nicht zu leiden, im Gegenteil wäre zu hoffen, daß Schweden noch weit mehr als bisher ein Mittler zwischen unserem Volke und den übrigen nordischen Verwandten werden würde.

P. Asmussen:

DEUTSCHTUM UND DÄNENTUM

Den deutschen Schleswigern zu beiden Seiten der Grenze wird vorgeworfen, sie stören das gute Einvernehmen Deutschlands mit Dänemark, ja mit ganz Skandinaviens. Der Vorwurf ist schwer, trifft aber nicht zu. Wem könnte friedliches Nebeneinanderleben und Zusammengehen Deutschlands mit dem Norden angenehmer sein als uns im Grenzgebiete!

Der politische Kampf zwischen Deutschen und Dänen ging immer um Schleswig, von vorgeschichtlicher Zeit an bis heute und ist noch nicht entschieden. Das Ziehen einer Grenze durch ein Land, welches immer eine geschichtliche, geographische und wirtschaftliche Einheit bildete, befriedigt niemand. Das abgeschnittene Stück will zum Ganzen zurück oder den Rest nach sich ziehen. Deutschland kann Nordschleswig entbehren, Dänemark will nicht Nordschleswig allein, sondern ganz Schleswig, auf das es ein uraltes Besitzrecht zu haben glaubt. Das sagt nicht viel, Grenzen sind wandelbar. Um Grenzänderungen dreht sich ein Hauptteil der politischen Geschichte aller Länder in der Welt.

Das Altbesitzrecht Dänemarks steht auf schwachen Füßen. Lange bevor die Dänen kamen, haben germanische Stämme Schleswig bewohnt, die keine Nordgermanen, sondern Südgermanen waren. Erst vor tausend Jahren kamen die Dänen vom Norden und eroberten das Land. Aber die Bevölkerung des Landes suchte Anschluß an Holstein und fand ihn. Seit 1460 gibt es kein Schleswig mehr, nur ein Schleswig-Holstein. Dänemark müßte nicht Nordschleswig, nicht Schleswig, sondern Schleswig-Holstein fordern, wenn es nicht ein Band zerreißen will, welches es als unauflöslich gewährleistet hat und welches in der Bevölkerung als unauflöslich empfunden wird.

Es gibt in Nordschleswig Leute, die politisch zu Dänemark neigen, auch in Südschleswig gibt es einige wenige. Das politische Dänentum ist nicht natürlich gewachsen, sondern künstlich geschaffen und bestand vor hundert Jahren noch nicht. Da nannten sich die Schleswiger bis zur Königsau hinauf Holsteiner. Erst jenseits der Königsau fing Dänemark an. Die Leute hingen treu am dänischen König, der ja auch ihr Herzog war, und wollten von keiner Trennung wissen. Das änderte sich, als die Dänen Schleswig von Holstein loszureißen trachteten und als 1863 die in Schleswig-Holsein erbberechtigte Linie des dänischen Königshauses ausstarb.

Man behauptet auch, die Kultur Schleswigs sei nordisch. Man weist auf Personen-, Orts- und Flurnamen hin, die nordisch gebildet sind, auf Brauch und Sitte mit nordischem Anklang, auf die Landessprache, die noch vor 150 Jahren dänisch gewesen sein soll usw. Genau so gut kann man aber auch Beispiele dafür

beibringen, daß Schleswigs Kultur seine nächste Verwandtschaft im deutschen Süden hat. Die Frage, ob das nordische oder das südische Kulturgut in Schleswig das älteste Heimatrecht habe, ist nicht zu beantworten. Die älteste Kulturgeschichte des Landes liegt im argen. Falsch ist es, zu sagen, die deutsche Kultur gleiche einem dünnen Firnis, werde der abgekratzt, so trete unverfälschtes Dänentum zutage. Es ist falsch, nordisch und dänisch zu verselbigen. Nicht einmal, daß alles nordische erst mit der dänischen Eroberung gekommen sei, ist richtig. Nordgermanentum und Südgermanentum berühren, durchkreuzen und durchdringen sich in Schleswig seit mindestens 1000 Jahren.

Nordschleswig liefert das Beispiel. Als das Land unter deutscher Herrschaft stand, behauptete die Mehrzahl der Bewohner, sie seien Dänen. Nun sie dänisch geworden sind, empfinden sie, daß sie es eigentlich doch nicht sind. Die Altdänen möchten sie zu richtigen Dänen machen, das betonten sie gleich nach der Einverleibung, sie aber wollen Schleswiger bleiben. Der Unterschied ist da und wird von beiden Seiten gefühlt. Nicht einmal, daß die Nordschleswiger dänisch sprechen, ist richtig, wenn schon die Sprache gewöhnlich als plattdänisch bezeichnet wird. Sie ist aber westjütisch und nur mundartlich verschieden von der Sprache der Bewohner Mittel- und Westjütlands. Das Westjütische war früher viel weiter nach Süden Haussprache, je weiter nach Süden, desto mehr mit deutschem Sprachgut vermischt. Der Rückgang zugunsten des Niederdeutschen erfolgte nicht aus politischen Gründen. Kultursprache ist das Westjütische nie gewesen.

Die jütische Sprache läßt auf jütische Bevölkerung schließen. Wer waren die Jüten? Man denkt an einen dänischen Stamm. Sie haben auch in ihrer Sprache viel Dänisches, aber doch auch in Sprachbau und Sprachgut manches, was nach dem Süden weist. Obgleich seit etwa 1000 Jahren unter dänischer Herrschaft stehend und vom Dänentum beeinflußt, haben sie doch in Sitte und Eigenart manches Nichtdänische. Selbst körperlich stimmen Dänen und Jüten nicht völlig überein. Sind also die Jüten verdünnte Südgermanen? Sind sie dänische Nordgermanen, die in das Gebiet eines südgermanischen Stammes eindrangen, mit dem sie sich vermischten? Sind sie ein Übergangsvolk zwischen Nord- und Südgermanen? Wir werden auf diese Fragen schwerlich jemals eine ausreichende Antwort bekommen.

Nordgermanische und südgermanische Kultur sind nicht wesensverschieden. Seitdem man die Urheimat der Indogermanen nicht mehr in Hochnstein, sondern im Norden Europas sucht, muß man annehmen, daß die Germanen in ihrer Urheimat eine Eigenkultur herauszubilden vermochten, weil dort eine Beeinflussung durch fremde Kulturvölker unmöglich war. Was sie von da auf ihrer Wanderung nach Süden mitnahmen und weiter entwickelten, kennt man aus Gräber- und anderen Funden. Dürftige Knochenreste lassen die Rasse der

Bestatteten, aber nicht den Stamm erkennen. Diesen aus Grabbeigaben erkennen zu wollen, führt zu unsichern Ergebnissen.

Die Germanen gehören der nordischen Kulturwelt an, damit aber nicht der dänischen. Dänisch ist ein viel engerer Begriff als nordisch. Die Nordgermanen haben die rein nordische Kultur natürlich viel länger beibehalten als die erst abwandernden Südgermanen, die wenigstens in Deutschland schon Bewohner vorfanden, von deren Kultur sie berührt wurden. Sie nahmen an, was ihnen gefiel, gaben aber nicht auf, was sie hatten. Weiter wandernd, kamen sie mit der antik-griechisch-römischen Kultur zusammen und wurden von ihr beeinflußt.

Zwischen Nord- und Südgermanen war keine große Kluft befestigt. Kultureinflüsse gingen von Norden nach Süden, aber auch von Süden nach Norden, und das blieb so. Das Christentum haben die Nordgermanen über, die Reformation aus Deutschland bekommen. Durch das Mittelalter hindurch bis auf unsere Tage hat Skandinavien unter dem bestimmenden Einflusse deutscher Kultur gestanden, ohne zur Eigenschöpfung unfähig zu werden. Es fand im Geben, Nehmen und Befruchten ein steter Wechsel zwischen Süden und Norden statt, auch einmal ein Kulturkampf.

Das soll bleiben. Germanische Eigenart ist vom Slawentum und Romanentum ebenso verschieden, wie vom Amerikanertum, das nur nach Gelderwerb strebt. Will das Germanentum wieder zur Weltgeltung kommen, so muß es sich auf seine Eigenart besinnen und einig sein. Das gilt auch von Deutschen und Dänen. Sie sollen sich nicht in erster Linie bekämpfen, sondern verstehen und jeder am andern achten, was ihm heilig ist.

Davon ein Beispiel. Um zwischen 1851 und 64 in Mittelschleswig das Deutschtum zu unterdrücken, wurde die Kirchensprache zur Hälfte, die Schulsprache fast ganz dänisch gemacht. Und niemals ging die westjütische Haussprache rascher zurück, als in den Jahren. 1889 ordnete die preußische Regierung für die Schulen Nordschleswigs rein deutsche Unterrichtsansprache an, nur die Sprache des Religionsunterrichts blieb wahlfrei. Das geschah aus reinen Nützlichkeitsgründen, selbst dänische Nordschleswiger erkannten an, daß die Kinder in den Schulen nicht genug Deutsch lernten. Aber den Nordschleswigern war die dänische Schulsprache ein Kulturgut, das sie nicht entbehren wollten. Das hat die preußische Regierung nie verstanden.

Und heute soll in Nordschleswig die deutsche Minderheit in kürzester Frist und restlos vom Dänentum aufgesogen werden. Dänemark soll ein Nationalstaat werden, in dem nur das Dänentum Berechtigung hat. So hat man gesagt, danach handelt man, wenn deutsche Schulen, deutsche Gottesdienste verlangt werden. Aber der deutsche Nordschleswiger kann verlangen, an seiner deutschen Kultur festhalten zu wollen, auch wenn er zu Hause westjütisch spricht. Westjütisch ist nicht dänisch. Hat die Berliner Regierung in der Schulsprache einen Fehler gemacht, so ist die Kopenhagener nicht berechtigt, ihn nachzumachen.

Die Verquickung von Kultur und Politik hat ein Jahrhundert hindurch die Lösung der schleswigschen Frage gehindert. Man geht bis zu Olims Zeiten zurück, um Besitz- und Rechtstitel festzustellen, man liest auch einmal aus der Geschichte heraus, was nicht darin steht, und man vergißt darüber das Recht der Lebenden. Schleswig ist Kulturgrenzland, von beiden Kulturen beeinflußt. Jeder einzelne wird vor die Frage gestellt, welcher Kultur er angehört. Bleiben wir bei der Schule stehen. Die deutsche Schule hat ihre Kinder in den deutschen, die dänische Schule die ihrigen in den dänischen Kulturkreis einzuführen. Auf die Sprache allein kommt es nicht an. Jeder Bewohner zu beiden Seiten der Grenze muß das Recht haben, seine Kinder in die Schule zu schicken, in die sie nach seiner Meinung gehören. Dabei darf keinerlei Kulturkataster angewandt werden, aber erst recht keine Werbung.

Die Schule müßte von der Elternschaft der besuchenden Kinder durch einen Vorstand geleitet und, wenn Minderheitsschule, von dieser unter staatlicher Beihilfe unterhalten werden. Die staatliche Schulaufsicht hätte sich darauf zu beschränken, daß das Schulziel erreicht wird. Gibt die Schule den Kindern nicht, was die Eltern erwarten, so muß ihnen eine Umschulung gestattet sein, aber nur eine einmalige. Ein Hin- und Herpendeln von einer Schule zur andern, liegt nicht in den Belängen der Kinder.

Die leidige Politik mit ihrem hie deutsch — hie dänisch! tritt hindernd in den Weg. Sie hat es darauf abgesehen, im Grenzgebiete Proselyten zu machen. Leute zu sich hinüberzuziehen, die nicht zu ihnen gehören, scheint aller Werbung Zweck und Ziel. Daß die Deutschen kaum, die Dänen eifrig werben, auch mit unlauteren Mitteln, muß zur Steuer der Wahrheit gesagt werden. Aus dem Ergebnis der Werbung will man Grenz- und Kulturfragen beantworten. So wird aber die Kluft zwischen Deutschland und Dänemark nur verbreitert, nie geschlossen. Zwischen Deutschland und Dänemark wird nur Friede, wenn die schleswigsche Frage endgültig gelöst ist! sagte jüngst ein Redner. Nur schade, daß die Lösung, welche eine Seite für endgültig hält, von der Gegenseite nur für vorläufig gehalten wird.

Für Deutschland ist der Besitz von Nordschleswig, ja von ganz Schleswig keine Lebensfrage, es kann ohne Schleswig bestehen. Aber auch für Dänemark ist der Besitz von ganz Schleswig so wenig, als der von Nordschleswig Lebensfrage, es hat viel friedlichere Zeiten durchlebt, als es Nordschleswig mit seinen Wirtschaftsnöten und anderen Dingen noch nicht hatte. Nordschleswig macht Dänemark arm! klagen die Dänen. Es liegt etwas Wahres darin, obgleich die anfängliche Großzügigkeit der Dänen im Geldausgeben für Nordschleswig mitschuldig daran ist. Däs Land wird noch viel dänisches Geld verschlingen, und dann weiß man noch nicht, wohin man mit dem nordschleswigschen Warenüberschuß soll. Die Absatzgebiete fehlen.

Könnten sich Dänemark und Deutschland auf den Boden der Gleichberechtigung dänischer und deutscher Kultur in Schleswig stellen, beide unter gleicher Selbstverwaltung stehend, beide auf gleiche staatliche Unterstützung Anspruch habend, dann bedürfte es nur noch einer Volksabstimmung unter Ausschluß jeder Werbung, um die schleswigsche Frage endgültig zu lösen. Das ganze Schleswiger Land müßte abstimmen, und nach dem Ergebnis der Abstimmung könnte eine neue Grenze gezogen werden, und da weder Deutschland noch Dänemark an dem Besitze Schleswigs ein Lebensinteresse haben, können beide sich mit ihr zufrieden geben, ohne Hintergedanken. Schleswig wäre dann nicht mehr der trennende Keil, sondern die verbindende Brücke zwischen Deutschland und Dänemark, zwischen Deutschland und Skandinavien.

Dr. Taraknath Das:

CHINAS KAMPF UM SEINE BEFREIUNG
(SIEGESZUG DES CHINESISCHEN NATIONALISMUS)

1. Es können wohl Staaten ihrer Souveränitätsrechte verlustig gehen, indem ihr Gebiet nach einer Niederlage in andre Hände übergeht oder infolge vertraglicher Freiheitsbeschränkungen; eine Nation kann aber ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung niemals verlieren, auch wenn sie Jahrhunderte hindurch der Fremdherrschaft unterworfen gewesen wäre. Als Belege hierfür diene die Geschichte der Befreiung Spaniens von der Herrschaft der Mauren, die der Balkanstaaten und Griechenlands von der Herrschaft der Türken, die Befreiung Polens, Finnlands, Ungarns, Irlands (nach 700jährigem Kampfe gegen England), dann die im Wachsen begriffene Bewegung in Ägypten und Indien und auf den Philippinen zwecks Erstreitung ihrer Unabhängigkeit. Diese Beispiele erhärten die Tatsache, daß bewußt und lebendiggebliebene Nationen sich immer wieder gegen Fremdherrschaft auflehnen, bis sie ihre völkischen Hoheitsrechte wieder erlangt haben. Mit der Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung als eines Ideals für alle Völker ist auch das Recht auf Revolution von allen Rechts- und Staatsrechtslehren ausgesprochen worden. Wurden die Lehren vom Recht auf Selbstbestimmung auch seit dem Weltkriege erst aller Welt laut verkündet, so sind sie dennoch weit älteren Ursprungs, ja so alt wie die Geschichte der Völker, die ihre Unabhängigkeit um jeden Preis verfochten haben. Jedenfalls ist diese Lehre so alt als die Unabhängigkeitserklärung Amerikas. Es ist daher kaum nötig, hervorzuheben, daß dem Kampf des chinesischen Volks um Freiheit und völlige Unabhängigkeit ein mit ihm geborenes Recht zugrunde liegt.

2. Die derzeitige revolutionäre Phase des Nationalismus in China stellt nur eine besonders auffallende Seitenansicht eines Geschehens allergrößter Tragweite dar,

nämlich der endgültigen Befreiung des Ostens von der Herrschaft des Westens; das Streben nach dieser Befreiung setzte vor etwa 100 Jahren ein und dürfte gegenwärtig auf dem besten Wege zum Erfolge sein.

Während des ersten Viertels des 19. Jahrhunderts begannen alle Nationen des Orients, die Türkei, Persien, Indien und China den Druck des vordringenden Westens zu verspüren. Ihre Bemühungen, die Hochflut des übergreifenden Westens zu hemmen, verliefen erfolglos. Die herrschenden Westmächte, die ihre gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts erreichten Erfolge gegen die Souveränitätsrechte der asiatischen Völker ermutigt hatten, begannen nun, diesen ihren Willen aufzunötigen, so ungerecht dies auch jeweils sein mochte, und gingen dabei so weit, das Vorrecht für sich in Anspruch zu nehmen, eine ganze „Nation" zu vergiften, um Vorteil daraus zu ziehen. Es geschah dies vermittels des sog. „Opiumhandels". China, das die schlimmen Folgeerscheinungen dieses Handels mit dem Rauschgift empörte und entsetzte, eines Handels, den die Ostindische Gesellschaft in China betrieb, versuchte, sich dieser westländischen Handelsherrschaft zu entziehen, ein Unternehmen, das zum Opiumkriege der Jahre 1839—42 führte. In diesem Kriege siegte England und drängte China den Frieden von Nanking auf.

Dieser Opiumkrieg hat die verschiedensten Beurteilungen erfahren. Einige Gelehrte des Westens treten auch heute noch für seine Berechtigung ein, mit der Begründung, China habe den englischen Handel beeinträchtigt, britisches Hab und Gut vernichtet und den Engländern das Leben im Lande gefährdet. England sei daher im Rechte gewesen, als es in Kanton und an andern Orten durch Beschießungen die Einwohner haufenweise niedermachte; es seien dies eben kriegerische Maßnahmen gewesen. Diese Gelehrten unterschlagen aber die Tatsache, daß es sich die Engländer ihrerseits hatten angelegen sein lassen, das chinesische Volk durch jenes Rauschgift systematisch zugrunde zu richten. Den Nationalisten Chinas und denen, die an die gerechte Sache der endgültigen Befreiung Asiens von der Herrschaft des Westens glauben, erscheint dagegen der Opiumkrieg als erfolgloser Versuch der Mandschuherrscher, die Engländer daran zu hindern, das chinesische Volk zu vergiften, und daher auch als ein Versuch, die Souveränität Chinas aufrechtzuerhalten, indem von den fremdländischen Handelsbeflissenen in China verlangt wurde, sie sollten die Gesetze des Landes befolgen; es darf dabei nicht vergessen werden, daß diese Gesetze die Abschaffung des Opiumhandels verlangten. Die Niederlage Chinas in diesem Kriege hatte zur Folge, daß die Exterritorialitätsrechte eingeführt, die Freiheit, die Zollsätze zu bestimmen, eingeschränkt und eine bedeutende Kriegsentschädigung im Betrage von 21 Millionen Dollars gefordert wurden. China verpflichtete sich im Frieden von Nanking, den Fremdmächten fünf chinesische Vertragshäfen zu öffnen, nämlich Kanton, Amoi, Futschau, Ningpo und Schanghai; Großbritannien wurden außerdem noch verschiedene Handelsvorrechte, einschließlich des „Rechts auf bevorzugte Behandlung" zuerteilt. Man darf

wohl sagen, daß hiermit die Zeit des Zusammenwirkens der Westmächte — der sog. Vertragsmächte — begann, das darauf ausging, China unter ihre wirtschaftliche, politische und richterliche Botmäßigkeit zu bringen.

Der „Pfeilkrieg" des Jahres 1856 folgte auf diesen ersten Opiumkrieg. 1860 belagerten die vereinigten Streitkräfte Frankreichs und Englands die Stadt Peking. Im Vertrag von Tientsin, geschlossen im Jahre 1860, forderte Frankreich dem besiegten Lande eine bedeutende Entschädigung ab, und England annektierte Kaulun. 1860 gelang es dann Rußland durch geschickte Diplomatie der Überredung und Bedrohung, die chinesische Seeprovinz im Osten des Usuri zu annektieren.

Damals sicherten sich die Fremdmächte endgültig ihre exterritoriale Gerichtsbarkeit und gründeten fremde „Konzessionen" in den sog. Vertragshäfen; die Mandschuherrscher ließen das Unvermeidliche geschehen. Das chinesische Volk hingegen war empört über die Demütigung der Nation und begann mit dem vaterländischen Werk der Abschaffung der unfähigen Mandschuregierung, die es versäumt hatte, China gegen die Fremden zu verteidigen. Diese vaterländische Bewegung verbreitete sich von Südchina nach dem Norden und nahm die Gestalt des sog. Taipingaufstands an. Er dauerte 20 Jahre und wurde erst mit Hilfe der Fremden bewältigt. (Es mag hier erwähnt werden, daß, während China diesen Aufstand durchzumachen hatte, die Türkei sich gegen das Vordringen Rußlands wehrte und Indien seine sog. Sipoirevolution der Jahre 1856—57 erlebte.)

So endete der zweite Versuch des chinesischen Volks, sich der Übergriffe der Westmächte zu erwehren und ihre eigene bestechliche und schwächliche Regierung loszuwerden.

Nach dem Versagen des Taipingaufstandes taten die Mandschus, was in ihrer Macht stand, um durch gewisse Reformen ihre Stellung wieder zu stärken. Da aber die Regierungsorgane durchaus unfähig und bestechlich waren, gelangten diese frommen Wünsche niemals zur Verwirklichung. Mittlerweile wurden die fremden Übergriffe gegen die chinesische Souveränität allseits in verstärktem Maße fortgesetzt. China verlor die Suzeränität gegenüber Birma während der Jahre 1862—86, die über Indochina im Verlauf der Zeit von 1862—85, und es begannen nun die verschiedenen Völker, Teile des chinesischen Landbesitzes untereinander aufzuteilen. Nach dem Chinesisch-japanischen Kriege des Jahres 1894—95 büßte China die Suzeränität über Korea ein, und die Schwäche des Reichs der Mitte trat so augenscheinlich zutage, daß die Vertragsmächte, insbesondre Frankreich, England, Rußland und Deutschland, im Verfolg der Politik der „Aufteilung Chinas" sich durch gegenseitige Verträge besondere Einflußsphären im chinesischen Reichsgebiete sicherstellten. Der Erfolg war der, daß mehr als 85% des Reichsgebietes als „besondere Bezirke" der einzelnen Mächte abgesteckt wurden. Wieder organisierten chinesische Patrioten in ihrer Verzweiflung eine die ganze Nation um-

fassende Bewegung, um die „fremden Teufel" in China loszuwerden und die Mandschuherrschaft abzuschütteln. Diese patriotische Bewegung mit dem Ziel, durch Vertreibung der Fremden die chinesische Souveränität zurückzugewinnen, ist als der „fremdenfeindliche Boxeraufstand" des Jahres 1900 gröblich mißverstanden worden. Es sollten nämlich dieser Unternehmung keine anderen Beweggründe zugrunde gelegen haben als die, christliche Fremde ums Leben zu bringen.

Durch die Anstrengungen der Mandschus und die gemeinschaftliche militärische Aktion der Großmächte gegen die Erhebung des chinesischen Volks wurde der „Boxeraufstand" überwältigt. Die Westmächte hielten es für angezeigt, sich daraufhin eine weitere Kontrolle über die chinesischen Finanzen zu verschaffen, indem sie sich die Kontrolle der Seezölle zur Sicherstellung der Zahlung der ungeheuren Entschädigungssumme für den Boxeraufstand übertragen ließen, die dem chinesischen Volke auferlegt wurde. Zugleich wurde auch eine militärische Kontrolle ins Auge gefaßt: Es sollten die fremden Besatzungstruppen in Peking verstärkt und auch die in den verschiedenen Vertragshäfen vermehrt werden.

So schlug also auch der dritte Versuch zur Befreiung Chinas anfangs des 20. Jahrhunderts fehl.

Nach der Niederwerfung des Boxeraufstands konnten sich die Westmächte, die an der gemeinschaftlichen Kontrolle Chinas interessiert waren, über die Verteilung der Beute nicht einigen. Ihre Absichten gingen dabei auseinander. Die Angloamerikaner wünschten gleiche Gelegenheit für die Betätigung des Handels für alle in China Beteiligten, auch innerhalb der verschiedenen Interessensphären. Die Russen, die von Frankreich unterstützt wurden (Frankreich war ja der eine Teil der europäischen Doppelallianz) und die selbst seitens Deutschland dazu ermutigt wurden, wünschten Teile der Mandschurei und Mongolei zu annektieren. Aus diesem Interessenwiderstreit unter den Westmächten, die China auszubeuten verlangten, entstand dann die sog. Politik der Offenen Tür der Angloamerikaner, die dann auch Japan eifrig unterstützte. Die Rivalitäten zwischen den Angloamerikanern einer- und den Slawen andererseits führten in der Folge zum Englisch-Japanischen Bündnis, das seitens der amerikanischen Regierung und öffentlichen Meinung volle Unterstützung genoß. Japans Sieg über Rußland in jenem Russisch-Japanischen Kriege, in dem mehr als 100 000 Japaner ihr Leben ließen und Japan eine Milliarde Dollars verausgabte, gewährleistete eine Zeitlang die Sicherheit Chinas gegen ein weiteres Vordringen seitens der Russen. Zugleich aber erleichterte er England die Aufgabe, die chinesische Souveränität in Tibet wie auch in andern Teilen der chinesischen Südprovinzen zu schmälern. Trotzdem kann behauptet werden, daß Japans Sieg über Rußland einen Sieg der Sache der chinesischen Patrioten bedeutete, die mit Japan aufrichtig sympathisierten und es gerne sahen, daß den Übergriffen der Westmächte in China und andern Teilen Asiens ein Riegel vorgeschoben wurde. Und es war denn auch in der Tat dieser

Sieg Japans ein bedeutsamer politischer und geistiger Sieg, der ganz Asien zugute kam, das unter dem Joch des westlichen Imperialismus seufzte.

Die chinesischen Vaterländischen empfanden nun nach dem japanisch-russischen Feldzuge mehr denn je, daß China, wenn es gegen fernere europäische Übergriffe sichergestellt werden sollte, zunächst seine eigene bestechliche und unfähige Regierung abschaffen mußte. Sie wußten, daß China sich wie einst Japan der Neuzeit anschließen mußte. Politische Geheimgesellschaften chinesischer Patrioten, die überall auf der Welt ins Leben traten, und unter der Führung des verstorbenen Dr. Sun Yat Sen standen, machten sich an die Aufgabe, die Mandschudynastie zu stürzen und die Chinesische Republik ins Leben zu rufen. Das Leben des Dr. Sun Yat Sen und seine Tätigkeit im Dienst des chinesischen Nationalismus und der Revolution ist das reine Epos. Seine Anhänger haben es zuwege gebracht, die Vorstellungen des chinesischen Volks und Militärs gänzlich umzuschaffen. Sie haben also mit einem Mindestmaß von Blutvergießen ihr Ziel erreicht: 1911 wurde der Mandschukaiser zur Abdankung gezwungen, und China wurde Republik. Es war das der Anfang des Siegeszugs des Nationalismus in China.

Es mag hier erwähnt werden, daß die außerhalb Chinas wohnenden Chinesen Dr. Sun Yat Sen mit Geld unterstützten. Auch erhielt dieser nicht unbedeutende Hilfe verschiedener Art von weitschauenden Japanern, die für die Unabhängigkeit Asiens auf dem Wege über eine chinesisch-japanisch-indische Verbrüderung eintraten.

Dr. Sun Yat Sen legte, um Streitigkeiten unter den Chinesen selbst zu vermeiden, seine Stellung als erster Präsident der Chinesischen Republik nieder zugunsten des Generals Yuan Schi Kai, der die Sache der Chinesischen Republik weiterzuführen versprach. Diese Maßregel aber führte zu einer ernsthaften Gegenrevolution; denn Yuan Schi Kai schaffte innerhalb kurzer Zeit das Parlament ab und machte sich selbst zum Diktator; seine militärischen Untergebenen standen ihm hierin bei. Später, als Yuan Schi Kai sich zum Kaiser ausrufen lassen wollte, genoß er die bereitwilligste Unterstützung der englischen Regierung bei diesem seinem Staatsstreich. Die chinesischen Vaterländischen aber erhoben sich unter der Führung des Dr. Sun Yat Sen gegen Yuan, um die Chinesische Republik zu retten. 1917, als die chinesische Regierung auf das Drängen der Ententemächte in den Weltkrieg eintrat, widersetzten sich Dr. Sun Yat Sen und die Seinen dieser Politik aufs nachdrücklichste. Die chinesischen Vaterländischen hatten die Empfindung, daß China im Kampf mit Deutschland nichts zu gewinnen hatte; wurde dadurch ja nur Englands Macht gestärkt. Sie waren vielmehr der Ansicht, China müsse alle Energien der Aufgabe der eigenen Wiedergeburt widmen. Die britische Regierung haßte Dr. Sun Yat Sen dieser seiner politischen Überzeugung wegen.

Eine Zeitlang schien die Sache der chinesischen Revolution dem Untergang geweiht zu sein; denn der Militarismus und Opportunismus der chinesischen Kriegs-

herrn verdrängte die chinesische Volksregierung von ihrem Platze. Zum Glück für China brachte aber der Weltkrieg das eine Gute, daß Japan durch seine Macht und Voraussicht Deutschland aus China verdrängte und China seine 21 Forderungen überreichte. Das Überhandnehmen des japanischen Einflusses auf die Verhältnisse in China brachte den Angloamerikanern schwere Sorgen. Sie verlegten sich daher darauf, eine antijapanische Propaganda durchzuführen, um China gegen Japan aufzubringen. Dies aber verhalf den chinesischen Nationalisten zu einer Unterstützung von seiten des Auslands. Dann hatte die Gruppe der Ententemächte, um Chinas Eintritt in den Weltkrieg zu erreichen, die Zahlung der Entschädigungen aus dem Boxeraufstande für einige Zeit suspendiert. China durfte auch alle deutschen Konzessionsrechte und die Exterritorialität in China aufheben. Der Weltkrieg ließ wie zur Zeit des Russisch-Japanischen Kriegs erkennen, daß die Westmächte untereinander uneins waren, was die Politik gegenüber China betraf.

Als der Weltkrieg beendet war und alle Rechte Deutschlands an Japan übergingen (infolge gewisser geheimer Abkommen zwischen Japan einer- und Frankreich, Italien, England und Rußland andererseits), erkannten die Chinesen, daß sie seitens der Staatsmänner der Ententemächte und des Präsidenten Wilson der Vereinigten Staaten betrogen worden waren. Diese Erkenntnis erregte die größte Empörung und kam somit dem chinesischen Nationalismus zugute. Die nationalistische Agitation zwang die chinesischen Staatsmänner dazu, die Unabhängigkeit Chinas zur Geltung zu bringen, indem sie den Mächten trotzten und sich weigerten, den Vertrag von Versailles zu unterzeichnen. Dieser Widerstand Chinas stellt den Anfang seiner Verselbständigung auf dem Gebiete der internationalen Politik dar, und zwar ausschließlich zu dem Zweck, seine Souveränitätsrechte wiederzugewinnen. Bei der Versailler Friedenskonferenz brachten es die chinesischen Nationalisten zuwege, daß den Mächten mitgeteilt wurde, chinesische Rechtsansprüche könnten nicht zum Gegenstand eines Kuhhandels anderer Mächte gemacht werden, die geheime Verträge untereinander zu schließen beliebten. Während die chinesischen Nationalisten sich darin betätigten, daß sie die Nation für die Sache des Nationalismus gewannen, Studentenbewegungen ins Leben riefen, einen nationalen Boykott gegen Japan durchführten, wurde der Sieg ihrer Sache schließlich durch den Erfolg auf dem Gebiete internationaler Politik errungen; er war zu verdanken chinesischen Staatsmännern, die sämtlich jung an Jahren waren und in den Ländern des Westens westliche Methoden gelernt hatten. — —

Durch amerikanische Staatsmänner und Journalisten brachten die Chinesen eine Agitation in der Schantungfrage zuwege. Sie wurde hierdurch zu einem gewichtigen politischen Faktor, was die Opposition in Amerika gegen die Zustimmung zum Versailler Vertrag betrifft, und zwar im amerikanischen Senat. Amerikanische Idealisten sowohl als Imperialisten nahmen sich der Sache Chinas an und forderten, Japan dürfe nicht gestattet werden, Schantung zu behalten und dadurch, nämlich

durch einen so bedeutenden Zuwachs an Rohstoffen, im pazifischen Gebiete die Vorherrschaft zu erlangen. Die chinesischen Nationalisten arbeiteten unermüdlich an der Aufgabe, Schantung mit internationaler Hilfe wiederzugewinnen und wußten sich die Unterstützung der Amerikaner und Engländer gegen Japan auf der Washingtoner Konferenz zu verschaffen. Ihre Bemühungen waren von Erfolg gekrönt.

Etwa um diese Zeit einigten sich die chinesischen Nationalisten über ein Verfahren, das im Verkehr mit den Fremden einzuschlagen wäre: China müsse nämlich mit den Fremdmächten jeweils für sich, unabhängig und auf gleichheitlichem Fuße mit ihnen verhandeln. China schloß dementsprechend einen Separatvertrag mit Deutschland und Österreich und befreite sich dadurch von einseitig wirksamen Verträgen. Nach der Washingtoner Konferenz und der Kündigung des Englisch-Japanischen Bündnisses war sich Japan darüber klar geworden, daß ein ungeschriebenes angloamerikanisches Übereinkommen gegen es bestehe. Um der Möglichkeit einer völligen Vereinzelung in der Weltpolitik vorzubeugen, mußte also Japan gute Beziehungen zu China und Rußland zu pflegen unternehmen; Sowjetrußland, das seinerseits der Isolierung entgehen und die Hilfe verschiedener asiatischer Staaten gewinnen wollte, verzichtete auf gewisse besondere Vorrechte in China, Persien und Afghanistan. Zur weiteren Bekräftigung guten Einvernehmens verzichtete Rußland auch auf die russischen Konzessionen, einseitigen Verträge und das Recht der exterritorialen Gerichtsbarkeit in China. Daraus ergibt sich nun offensichtlich, daß, obwohl China durch Bürgerkriege, die die Generale führten, zerrissen war, die chinesischen Nationalisten auf dem Gebiete der Weltpolitik große Siege erfochten.

1925, als die chinesischen Nationalisten unter Führung des Dr. Sun Yat Sen den Einfluß und die Macht der Kuo-Min-Tang-Partei in Südchina und im Gebiet des Yangtse zur Geltung brachten, waren die Vertragsmächte bereits in Gruppen zerfallen, und ein gemeinsames Verhalten ihrerseits in der Richtung auf Unterwerfung Chinas konnte als ausgeschlossen gelten. Von den europäischen Mächten hatten Deutschland und Österreich die einseitigen Verträge aufgehoben: Eines der Ergebnisse des Weltkriegs. Rußland gab diese einseitigen Verträge auf, um sich der Anerkennung Chinas und des guten Einvernehmens mit China zu versichern.

Japan wollte China gerne zum Behuf der Aufhebung der einseitigen Verträge Beistand leisten, weil es dabei hoffte, im Fernosten ein Zusammenwirken Chinas und Japans zum Zwecke seiner eigenen Sicherheit und der Förderung der Unabhängigkeit Asiens in die Wege leiten zu können. Amerika konnte nicht wohl für eine Politik eintreten, die den Bestrebungen Chinas weniger Entgegenkommen zu erweisen den Anschein haben würde als die japanische Politik. Frankreich mit seiner so verwickelten und leicht verletzlichen internationalen Stellung in Europa,

zumal was das Mittelmeer betrifft, wählte den Weg der Mäßigung und Versöhnlichkeit China gegenüber und schloß sich Japan an. England allein von allen den sogenannten Vertragsstaaten stellte sich endgültig gegen die Sache der Nationalisten. Die chinesischen Nationalisten verfochten dafür mit Nachdruck die Politik der Agitation gegen Großbritannien, wie sie es kurz zuvor Japan gegenüber getan hatten. Britische Behörden versuchten, die chinesischen Nationalisten durch Massentötungen einzuschüchtern und verübten auch mehrere derartige Tötungen im Stil des Massakers von Amritsar, und zwar in Shanghai, Shamin und Wanshien. Dies veranlaßte die Chinesen, wie ein Mann aufzustehen, und brachte das antienglische Gefühl in China, wie es seit den Tagen des Opiumkrieges bis auf die jüngste Zeit infolge der vielen Vergewaltigungen entstanden war, zur Verfestigung. Es versteht sich, daß Rußland diesem antibritischen Unternehmen der chinesischen Nationalisten begeisterte Unterstützung angedeihen ließ. Vor 150 Jahren verhalfen die Rivalität der Engländer und Franzosen und die internationale Lage der Dinge in Europa der Sache der Unabhängigkeit Amerikas zum Siege. Heute bildet die Feindschaft zwischen Rußland und England, das Mißtrauen Amerikas gegen Japan und der allgemeine Zustand der weltpolitischen Dinge ein wertvolles Unterpfand für die Sache der Freiheit Chinas. Und außerdem ist der Geist des Nationalismus in China nicht etwa seicht und unreif; er ist vielmehr im Verlauf der Kämpfe des vergangenen Jahrhunderts reif geworden, die mindestens 80 Jahre gewährt haben. Es braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, daß trotz aller Hindernisse der chinesische Nationalismus sich im vollen Siegeszuge befindet.

3. Die chinesische Revolution ist nicht nur eine politische; sie umfaßt vielmehr alle Lebensbeziehungen des chinesischen Volks. Es handelt sich auch um eine Revolution auf dem Gebiet der Literatur, die es auf eine raschere geistige Ertüchtigung und Erziehung der Massen abgesehen hat.

Dann um eine gesellschaftliche Umgestaltuug der Verhältnisse, die auf die Entmündigung der Frauen und die Einimpfung neuer Gesellschaftsideale abzielt. Um die Bewegung unter den Studierenden und Arbeitern, eine Kundgebung des militärischen Geist des neuen China. Um die Revolution auf religiösem Gebiet, die an einigen Orten eine gegenchristliche Haltung angenommen hat. Viele unter den Nationalisten legen die Lehren des Kongfutse in einer bisher nicht dagewesenen Weise aus, die ja einen so großen Wert auf die bürgerlichen Tugenden legen. Unter den jüngeren Nationalisten vertritt die Verehrung des Geistes des Dr. Sun Yat Sen vielfach bereits die frühere Ahnenverehrung. Herr S. Yui, Hilfsprofessor des Völkerrechts an der Tsing Hua Universität in Peking, hat die augenblicklichen Verhältnisse in China ganz vorzüglich darzustellen gewußt: „Die Zeit, in der China heute lebt, ist eine Zeit des Kampfs um Befreiung. Die 1911 begonnene Revolution ist ein Kampf um Befreiung von einem despotischen Re-

giment. Dieser Kampf wird sich fortsetzen, bis die Republik auf festen Füßen steht.

Die chinesische Renaissance-Bewegung, die 1917 einsetzte, ist ein Kampf um die Befreiung von dem Nachteil der Unbildung und um Gedankenfreiheit. Dieser Kampf wird so lange dauern, bis die Ungebildetheit zur Vergangenheit gehört. Aber der Hauptkampf dieser Tage ist der gegen die EINSEITIGEN VERTRÄGE, die seit mehr als 80 Jahren China in Fesseln geschlagen haben. Und dieser Kampf wird so lange währen, bis die Mächte begriffen haben, welche völkerrechtliche Ungerechtigkeit sie gegen China begangen haben und dem Lande seinen rechtmäßigen Platz in der Familie der Nationen einräumen.

Was China heutigen Tags zu erreichen strebt, sind nicht etwa Konzessionen seitens einer Fremdmacht. Es will lediglich die Wiederherstellung seiner verlorenen Unabhängigkeit — weiter nichts — nichts als dies — aber auch nicht weniger."

Der Geist der politischen Umwälzung in China hat vortrefflichen Ausdruck gefunden durch den „christlichen General"-Feng, der die Kasernen seiner Truppen mit dem Weckruf: „Ein fremdem Imperialismus untertäniges Volk ist ein Rudel obdachloser Hunde" plakatieren ließ. Das chinesische Volk will künftighin nichts mehr wissen von einem solchen Zustand obdachloser Hunde. Der revolutionäre Geist hat sich dergestalt vertieft, daß sogar ein Straßenkärrner sich ungestraft von keinem Fremden mehr mißhandeln läßt, wie das früher der Fall war.

China will frei und unabhängig werden. Und die Forderungen Chinas an die Mächte sind von einem amerikanischen politischen Orientalisten folgendermaßen deutlich veranschaulicht worden:

„Abgesehen von nebensächlichen Ansprüchen, die lediglich Kuhhandelszwecken dienen, wie sie in der internationalen Diplomatie im Schwange sind, will China nicht mehr als drei Dinge durchsetzen, in denen die Mächte auf chinesischem Boden Wandel schaffen sollen. Diese drei Dinge betragen: 1. Die Berichtigung der Verhältnisse in Schanghai. 2. Freiheit der Bestimmung der Zollsätze. 3. Abschaffung der Exterritorialitätsvorrechte der Fremden, soweit sie dem seitens aller zivilisierten Staaten anerkannten Grundsatz zuwiderlaufen, daß jeder souveräne Staat das ausschließende Recht besitzt, innerhalb seiner Grenzen, die politische Gerichtsbarkeit auszuüben", vgl. „Our Eastern Assignment"; Felix Verlag. New York 1926. —

Es liegt auf der Hand, daß das Auswärtige Amt Englands und das amerikanische Staatssekretariat diesen Ansprüchen schroffen Widerstand entgegensetzen, sind sie doch die unentwegten Verfechter des Lausanner Vertrags, durch den die Türkei auf dem Wege über die völlige Beseitigung der Kapitulationen ihre nationalen Ziele verwirklicht hat. Der folgende Absatz der türkischen Staatsgrundsätze drückt zugleich die Forderungen des chinesischen Volkes aus: „Es gehört zu den Grundbedingungen unsres staatlichen Lebens und Fortbestehens,

daß wir, wie jedes andre Land, völlige Freiheit und Unabhängigkeit genießen in der Bereitstellung der Mittel und Wege zu unserer Fortentfaltung; nur dadurch kann unsre nationale und wirtschaftliche Fortentwicklung ermöglicht werden, und können die Regierungsgeschäfte in einer der Neuzeit entsprechenden regelmäßigen Art und Weise geführt werden. Wir sind daher gegen Einschränkungen, die unserer Fortentwicklung zuwiderlaufen, was politische, finanzielle, Angelegenheiten der Rechtspflege und andre Belange betrifft."

Nachdem die chinesischen nationalistischen Streitkräfte sich Schanghais bemächtigt hatten, gewährte General Tschiang Kai Schek amerikanischen Reportern eine Unterredung. Dieser chinesische Patriot erklärte bei dieser Gelegenheit:

„Ich bekenne mich zu der Forderung, daß China allenthalben von Chinesen regiert werden muß. Die derzeitige Revolution kann nicht zum Stillstand kommen, bevor die Exterritorialitätsrechte, Konzessionen und einseitigen Verträge abgeschafft sind.... Unsere Beziehungen zu Amerika sind freundschaftliche; doch halten wir Amerika für imperialistisch gesinnt, weil es den Philippinen die Unabhängigkeit verweigert. Die Mächte, die gewillt sind, alle früheren Verträge rückgängig zu machen, die Konzessionen aufzuheben und China auf der Grundlage gleichrechtlicher Verträge Anerkennung zu gewähren, werden dadurch ihre Wohlgesinntheit dartun und auch von seiten Chinas anerkannt werden. Die neue chinesische Regierung wird sich nicht in die Tätigkeiten der Missionare in China einmischen... Wir streiten nicht wieder das Christentum.—"

Es gibt Leute, die die Nationalisten Chinas als „Rote" bezeichnen, die von den Bolschewiken inspiriert sind, die den Kommunismus und die Abschaffung des privaten Eigentums auf ihre Fahnen geschrieben haben. Es darf aber nicht vergessen werden, daß 1911, als Dr. Sun Yat Sen und seine Anhänger die Mandschudynastie stürzten und die Republik ins Leben riefen, es noch keine Russische Kommunistische Regierung gab. Die Mehrzahl der chinesischen Nationalisten, die sich der Lehre Sun Yat Sens angeschlossen haben, sind keine Kommunisten, sondern im Gegenteil nationalistisch gesinnt.

„Die Übersetzung des Wortes Kuomintang ins Englische erklärt den Geist der nationalistischen Bewegung in China recht deutlich. Im Chinesischen bedeutet ‚kuo' Land, ‚min' Volk und ‚tang' oder ‚tong' Verein. ‚Kuomintang' heißt also: Vereinigung, um das Land in den Besitz seiner Bewohner zurückzubringen. Dieser Verein bekennt sich zu drei Grundsätzen. 1. Nationalismus der Bewohner des Lands. Befreiung Chinas von den Fremden, die das Land durch Verträge in Fesseln geschlagen haben, die ihm mit Waffengewalt aufgedrungen wurden. 2. Souveränität des Volkes. Entwicklung der Volksbildung und politischen Demokratie. 3. Lebensbedingungen für den chinesischen Arbeiter."

Gewiß sind die meisten unter den chinesischen Nationalisten, die dabei keinesfalls Kommunisten genannt werden können, Sowjetrußland dankbar für seine

Haltung China gegenüber. Sie wollen die Freundschaft Rußlands ausbauen, ohne aber deshalb zum Werkzeug der Sowjetregierung zu werden. Die Politik der Sowjets gegenüber China hat bisher zwei Hauptbeweggründe gehabt: 1. Selbsterhaltung. 2. Schwächung Großbritanniens in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß seit dem Aufkommen der bolschewistischen Revolution in Rußland die englische Regierung sich eine Politik zu eigen gemacht hat, die direkt oder indirekt den russischen Interessen zuwiderlief. Britische Truppen haben in Südrußland und Archangel interveniert. Die englische Regierung hat jede gegenrevolutionäre Bewegung wider die Sowjets unterstützt. „Rußland ist immer wieder heimgesucht worden von fremden und hauptsächlich von England geförderten Invasionen der Wrangels, Denikins, Udenitsch, Koltschak, Semionoff und Ungern." Die englische Politik ging darauf aus, Sibirien von Sowjet-Rußland abzulösen nnd einen neuen Staat zu schaffen, wodurch Rußland vom Meer abgeschnitten und der Nachbarschaft Chinas entzogen werden sollte. Die englische Regierung versuchte, Persien zu einem Vasallen Englands zu machen und griff Afghanistan an, um es in ein englisches Protektorat zu verwandeln. Die britische Unterstützung Griechenlands gegen die Türkei war eine indirekte Maßregel, die Sowjetrußland galt. Die Unterstützung Rumäniens seitens Englands in der bessarabischen Frage stellte gleichfalls einen Angriff auf England dar. Sowjetrußland konnte damals auf direktem Wege nicht gegen England losschlagen, half aber der Türkei, Persien und Afghanistan, die britische Oberherrschaft loszuwerden und rief damit neue, ihm freundliche Staaten ins Leben, die dem britischen Imperialismus entgegen waren. Russische Staatsmänner sind sich völlig klar über den Wert der Freundschaft Chinas im Politischen, Wirtschaftlichen, Weltpolitischen, wie insbesondere was die Sicherheit des sibirischen Besitzes betrifft. Vom Bevölkerungsstandpunkte aus gesehen, in Hinsicht auf strategische Lageverhältnisse und wirtschaftliche Interessen ist die Freundschaft Chinas für Sowjet-Rußland wichtiger als die Unterstützung, die ihm die Türkei, Persien und Afghanistan mit vereinten Kräften gewähren könnten. Vom Standpunkt russischer Staatsmänner aus gesehen kann mit der Zeit eine russisch-chinesische Interessengemeinschaft sich zu einer Einigung Rußlands, Japans und Chinas entwickeln, die gegen die Macht Englands in Ostasien gerichtet ist. Jedenfalls aber bedeutet die Stärkung der chinesischen Souveränität einen neuen und sehr wirksamen Faktor im „Kräftegleichgewicht" des pazifischen Gebietes. Ein auferstandenes China wird ganz gewiß im Fernosten dem britischen Imperialismus den Weg verlegen.

In diesem Geiste der Selbsterhaltung, des Wunsches, Großbritannien zu schwächen und China zu unterstützen, hat Tschitscherin schon 1919 Verhandlungen mit China und namentlich mit Dr. Sun Yat Sen gepflogen. Dieser ließ anläßlich einer Unterredung mit Herrn Joffe keinen Zweifel darüber bestehen, daß

die Sowjetbehörden nicht damit rechnen könnten, China würde die Wege des Kommunismus beschreiten. Aber er brachte seine Ansichten über die Beziehungen zwischen China und Rußland folgendermaßen zum Ausdruck:

„Es kommt der Tag, und zwar bald, wo die verbündeten sowjet-sozialistischen Republiken in einem starken und freien China einen Freund und Verbündeten begrüßen dürfen. Beide Verbündete werden im großen Kampf um die Befreiung der unterdrückten Völker der ganzen Welt Hand in Hand gehen."

Diese Botschaft des Dr. Sun Yat Sen hängt heute in der Aula der Universität seines Namens, die die Russische Regierung in Moskau unter der Leitung Radeks für die Schulung junger Chinesen gegründet hat.

Schon 1919 und wiederum 1920 machte die russische bolschewistische Regierung ernstliche Versuche, sich der Unterstützung Chinas zu versichern. Als Entgelt für formelle Anerkennung versprach Moskau, auf die Entschädigung für den Boxeraufstand, auf die Niederlassungen in den Vertragshäfen, auf die Exterritorialität und Beschränkung der Freiheit, die Zollsätze zu bestimmen, zu verzichten; außerdem wurde die chinesische Ostbahn in eine rein kommerzielle Unternehmung verwandelt, die China jederzeit in der Zukunft zurückkaufen konnte. Die Verhandlungen wegen der Anerkennung wurden durch Yiurin, Joffe und Karachan geführt, die einander ablösten, und 1924 erreichte der letztere, daß das Sowjetsystem in Rußland anerkannt wurde; die Stellung des russsischen Geschäftsträgers in Peking wurde daraufhin in die eines Botschafters umgewandelt.

Ungefähr um diese Zeit beantragte Dr. Sun Yat Sen bei den Vereinigten Staaten und andern Mächten die Anerkennung der nationalistischen Regierung in Kanton und bat um Amerikas Unterstützung zwecks Herbeiführung eines einheitlichen nationalistischen Systems in China. Amerika aber ließ diesen Vorschlag unter den Tisch fallen. Dr. Sun Yat Sen wandte sich darauf an Sowjet-Rußland um Ratgeber auf zivilem und militärischem Gebiete; sie wurden bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Die Offiziere der Sowjet-Union betätigten sich in der Folge bei der Ausbildung junger chinesischer Offiziere in der nationalen Militärausbildungsanstalt, die die Kantoner Regierung in Wampoa errichtete. Diese Offiziere sind heute die Führer der nationalistischen Streitkräfte. Man braucht kein Kommunist oder Agent der Sowjets zu sein, um die Wahrheit der Äußerung eines amerikanischen Staatsmanns über die chinesisch-russischen Beziehungen einsehen zu können: „Sowjet-Rußlands Politik in Asien und insbesondere China gegenüber ist die gewaltigste Leistung aufgeklärter Menschenfreundlichkeit von Volk zu Volk gewesen, seit Frankreich mitwirkte, aus Amerika eine Nation zu machen." „Revolt of Asia", Upton Close. New York 1927.

Die chinesische nationalistische Bewegung ist auch als ausgemacht fremdenfeindlich bezeichnet worden. Das chinesische Volk besteht ja nicht aus lauter Engeln; es sind Menschen: Würden alle wichtigen Seehäfen Englands von Frank-

reich besetzt, und hielten die Japaner die pazifische Küste Amerikas unter ihrer Kontrolle, würden die Engländer und Amerikaner ganz gewiß bis auf den letzten Mann kämpfen, um die fremden Eindringlinge loszuwerden. Die chinesische Auffassung von nationaler Ehre verlangt, daß China seine nationale Souveränität behaupte, auch wenn dies einigen Großmächten gegen den Strich gehen sollte. Seine Exzellenz Saoke Alfred Sze, der chinesische Geschäftsträger in Washington, führte in einer kürzlich gehaltenen Ansprache aus, daß die Chinesen nicht von Haus aus fremdenfeindlich seien, und daß Fremde in China keine Gefahr zu gewärtigen hätten, wenn sie sich innerhalb der chinesischen Gesetzgebung betätigten. Er sagte unter anderm: „Diejenigen unter Ihnen, die um die fernöstlichen Verhältnisse nicht wissen, werden vielleicht erstaunt sein, von mir zu hören, daß von den Westländischen, die zur Zeit in China leben — die Japaner abgerechnet — eine größere Anzahl unter der chinesischen Rechtsordnung leben als außerhalb ihrer. Mit anderen Worten: Die Anzahl der Fremden mit einem auf Bevorrechtungsverträgen gegründeten Status ist geringer als die Zahl derer, die keine solchen Rechte und Vorrechte genießen. Dies beweist unwidersprechlich, daß Fremde ohne solchen Bevorrechtungsstatus in China zu leben vermögen."

„Sie haben in letzterer Zeit viel reden hören von Kriegsschiffen, Marinesoldaten und Truppenverschiffungen nach China, die angeblich nur dem Schutz der Fremden dienen sollen, als ob es sich um Angriffe auf das Leben Fremder handelte oder gehandelt hätte, die ohne Herausforderung geschehen wären. Dies ist unzutreffend. Aber es ist chinesisches Blut vergossen worden, und das Leben von Chinesen ist durch das Tun der Fremden vernichtet worden. Während die Engländer und gewisse andre Regierungen ernste Gefahr befürchten für Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen, fahren Deutsche, Österreicher, Russen und Angehörige andrer Länder fort, in China zu leben und Handel zu treiben, ohne daß ihre Regierungen daheim militärische oder Seestreitkräfte nach China beordern. Niemand hat gehört, daß Berlin, Wien oder Moskau See- oder Landstreitkräfte zum Schutz ihrer Staatsangehörigen nach China geschickt hätten. Die Zwistigkeiten zwischen den Mächten und China werden durch die Drohung mit Schießpulver nicht beigelegt. Aber ich bin der festen Überzeugung, daß sie sich zuletzt dadurch schlichten lassen, daß dem Volke, das das Pulver erfunden hat, Gerechtigkeit widerfährt.

Meine Landsleute sind nicht fremdenfeindlich gesinnt; aber wir sind gegen die Übergriffe der Fremden. Es besteht ein ebenso großer Unterschied zwischen dem Fremdenfeindlichsein und dem Wider-fremde-Übergriffe-Sein wie zwischen Licht und Finsternis. Uns beseelt der ernstliche Wunsch, die berechtigten Interessen der Fremden sicherzustellen. Wir wollen keine Ungerechtigkeiten begehen oder anderen das Leben sauer machen; dagegen wollen wir auch von den andern gerecht und billig behandelt werden und wünschen, daß sie uns die geraubten

Souveränitätsrechte zurückerstatten. Wofür die Chinesen bisher gekämpft haben, ist die Befreiung von dem fremden Überstaat in China. Der Kampf wird, wie billig, fortgesetzt, bis das Ziel erreicht und China innerhalb seiner Landesgrenzen wirklich und wahrhaftig unabhängig ist."

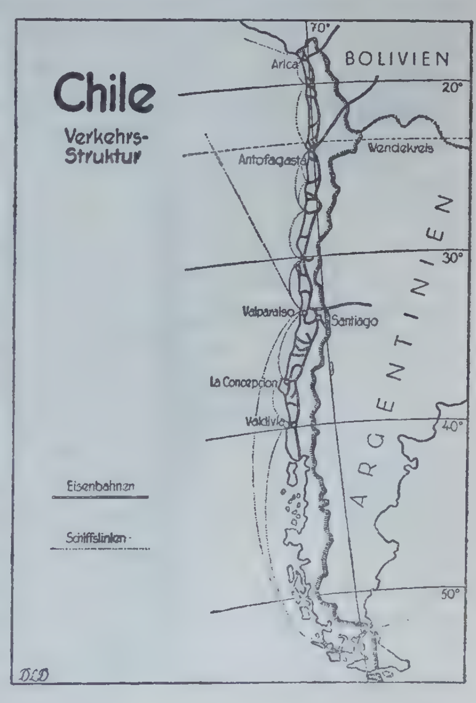
Die chinesischen Nationalisten kämpfen für die Freiheit und für ihr Recht unter den Völkern. Sie sollten von allen freiheitliebenden Völkern der Erde dabei unterstützt werden.

JOACHIM HEINRICH SCHULTZE:

DIE POLITISCH-GEOGRAPHISCHE STRUKTUR CHILES

(Eine Analyse)

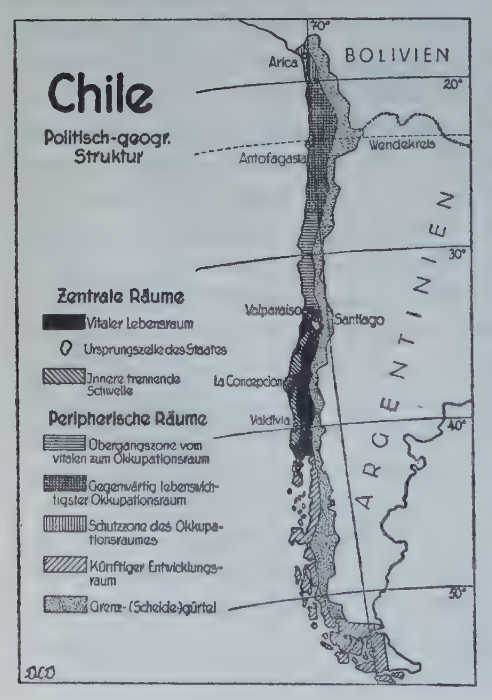
Einer der ausgeprägtesten Längsstaaten ist Chile. Wie ein Wurm zwischen Anden und pazifischen Ozean geklemmt, dehnt es sich von den Tropen bis an die Grenze der südlichen Polarzone. Mit 750 572 qkm ist es kleiner als seine Anrainer Peru, Bolivien und Argentinien; auch an Bevölkerungsgröße zeigt es sich Peru und Argentinien unter- und nur Bolivien überlegen[1]). Fassen wir Gebiets- und Bevölkerungsgröße zusammen, um Chile für eine erste Orientierung in die Maullsche Größenübersicht der Staaten einreihen zu können[2]), so sehen wir es zwar in die Mitte der Raum-, aber erst in die vorletzte Reihe der Bevölkerungsklassen rücken: ein Zeichen, daß es sich um keine Großmacht, sondern im besten Falle um einen Staat mittleren Ausmaßes handelt.



In Chiles Gestalt erscheint nur die Länge betont. Die nordsüdliche Erstreckung vom 18. bis zum 56. Grad südl. Br. (4200 km) gleicht der Ausdehnung Europas vom Nordkap bis Malta, so daß die durchschnittliche Breite von 150—200 km kaum den einundzwanzigsten Teil dieser Länge erreicht. Wenn Chile bei einer Gestalt von so ausgeprägter Grenzentwicklung durchaus lebensfähig ist, so verdankt es das in hohem Maße seiner Lage

und Struktur. Wichtig erscheint sogleich die Einteiligkeit dieses Staates. Denn außerhalb seines Hauptgebietes liegen nur die wenigen Inseln im großen Ozean, aber da es mehr oder weniger öde Klippen sind[3]), die auch als etwaige Flottenstützpunkte in absehbarer Zeit nicht in Betracht zu kommen scheinen, können sie hier vernachlässigt werden.

Die Grenzen des Längsstaates, lange Zeit umstritten, liegen teilweise auch heute noch nicht fest. Denn Chile ist ja ein Teil Südamerikas, eines Kolonialkontinentes also, in dem die Staaten mit dem Raum kämpfen, während Europa nur noch den Kampf um den Raum kennt. So wuchs auch Chile erst allmählich in das Land hinein. Die Grenze gegen Argentinien wurde erst 1902, gegen Bolivien 1904 gefunden. Gegen Peru muß sie erst noch bestimmt werden; sie pendelt hier im Tacna-Arica-Gebiet in einem Grenzsaum hin und her. Durch die Klärung einer geographisch unhaltbaren Angabe hat Chile seine Grenze um ein Stück zurückziehen und den Bezirk von Tarata hergeben müssen[4]). Die Grenze gegen Bolivien läuft auf weite Strecken ohne natürliche Leitlinie. Bolivien ist durch Chile vom Meere abgeschnürt worden; nur durch die Bahn von La Paz nach Arica hat es einen Auslaß. Bereitwillig geht es daher auf den Vorschlag der Vereinigten Staaten ein, den Tacna-Arica-Streit durch eine Abtretung dieses Gebietes an Bolivien zu regeln[5]). Das mag erweisen, wie labil noch die bolivianische Grenze ist.



Weiter im Süden scheidet die Mauer der Anden als breiter Grenzgürtel Chile von seinem Nachbarn. Die Grenze gegen Argentinien liegt heute fest. Als Patagonien noch nicht genug bekannt war, forderte Argentinien den Hauptkamm der Anden als Grenze. Jedoch fehlt in Wirklichkeit eine gleichmäßig nordsüdlich verlaufende, durch Höhe gekennzeichnete Kammlinie. Auch fällt das Gebirge nicht mit der Wasserscheide zwischen atlantischem und pazifischem Ozean zusammen, die Chile als Leitlinie vorschlug. Vielmehr greifen viele Flüsse durch die Anden hindurch. Die Lage der Wasserscheide östlich vom Andenabfall erklärt sich durch die rückschreitende Erosion der pazifischen Flüsse — ein Einschneiden also, das durch die stärkeren Niederschläge der Westseite und

eine aufsteigende Bewegung Patagoniens seit der letzten pliozänen Transgression ermöglicht wurde[6]). So entstand ein immer wieder aufflackernder Grenzstreit zwischen Chile und Argentinien, der vorübergehende Beruhigung durch die Verträge von 1856, 1881, 1893, 1895, 1898 und 1902 erfuhr. 1896 und 1902 beschloß man, die Königin bzw. den König von England durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen. 1907 war die Grenzregulierung endgültig durchgeführt. Die neue Grenze nimmt wenig Rücksicht auf geographische Gegebenheiten, sondern folgt als wahre Kompromißlinie bald dem einen, bald dem anderen Wunsch und wurde wesentlich bestimmt durch den Stand der Landnahme argentinischer und chilenischer Staatsangehöriger zur Zeit der Demarkation[7]).

Die eben kurz umrissenen Grenzsäume scheiden Chile von drei Anrainern. Ihre Nachbarschaftslage bedeutet einen Druckquotient von 4,6. Er ist aber nur zu Lande errechnet, und die außerordentliche Länge der Küste bringt eine weitere, jedoch schwer meßbare Erhöhung des Quotienten mit sich. Der Druckquotient bleibt ein einstweilen problematischer Wert, und interessanter erscheint ein Vergleich der Bevölkerungsdichte[8]) auszufallen. Hier ist Chile allen Nachbarn überlegen, und wirklich hat es sich auf ihre Kosten ausgedehnt.

Am erns testen dürfte die Nachbarlage Perus sein, das Chile an Gebiets- und Bevölkerungsgröße überlegen ist und aus dem Tacna-Arica-Streit immer neuen Haß gegen den Sieger im pazifischen Krieg schöpft. Bolivien ist Chile an Kräften weit unterlegen, aber es kann nicht leicht vergessen, daß Chile ihm den eigenen Weg zum Meere versperrt und ihm und Peru die Salpeterfelder entrissen hat. — Argentiniens Nachbarschaft ist ruhiger. Im Gegensatz zu Chile, Peru und Bolivien ist sein Gesicht nach dem Atlantik gekehrt. Auch hat die Unwegsamkeit des andinen Hochgebirges entschieden für einen ruhigen Ausgleich etwaiger Spannungen gesorgt. Ist doch die Querverbindung zwischen beiden Staaten äußerst dürftig — die einzige Bahnlinie (Valparaiso—Buenos-Aires) schneit in jedem Winter mindestens auf einige Tage bis zur Unbrauchbarkeit ein. Und im ferneren Süden läßt die spärliche Besiedelung und Unbekanntheit weiter Landstriche seit der Entscheidung der Grenzfrage Reibereien kaum mehr entstehen.

Bei seiner langen, schmalen Gestalt ist es für Chile sicherlich ein Glück, daß es keine weiteren Nachbarn hat. Mit der Hälfte seiner Grenzlänge etwa stößt es ans Meer. Die Küste des besiedelten Raumes ist südlich bis zum 42.° hafenarm und bricht in einem so unwegsamen Steilabfall zum Meer ab, daß besonders in den Wüstenregionen des Nordens kaum Platz für Hafensiedlungen bleibt. Südlich des 42. Grades hat sich die Küste durch das Sinken des Landes in ein Gewirr von Inseln aufgelöst; diese Vergrößerung der Angriffsfläche vermag aber bei dem geringen Reiz des Hinterlandes gegenwärtig kaum Besorgnis zu erregen. Trotz ihrer weitgedehnten Verschlossenheit würde aber die Küste Chiles trotzdem

eine leicht verwundbare Angriffsfläche bieten, wenn ein fremdes Gestade ihr drohend gegenüber läge. Ein solches Gegenland aber fehlt, weil Chile als ein Teil des Spitzendes Südamerikas in die Wasserhalbkugel hinausragt und auf die Wasserwüste des südlichen großen Ozeans hinausschaut. So fehlen ihm Gegengestade und vorgelagerte Inseln — die wenigen, dort liegenden Eilande hat Chile sich angeeignet. Kohlen- und Ölstationen würden einer feindlichen Flotte in weitestem Umkreise fehlen. Nur eine weitere Vergrößerung des Aktionsradius der Schiffe durch die Technik einerseits und der Panamakanal andererseits können diesen für Chile so bequemen Schutz der Weiträumigkeit verblassen lassen. Seit langer Zeit schon hat sich das Land vorgesehen und es besitzt eine Flotte, die in Südamerika nur der argentinischen an Stärke unterlegen ist. Ihre Besatzung rekrutiert sich aus der wetterharten, seetüchtigen Bevölkerung des Südens.

* * *

Gestalt und Lage werden erst richtig beurteilt werden können, wenn die innere Struktur des in diese Umgebung eingefügten Raumorganismus eingehend geprüft worden ist. Zunächst ein Blick auf die Naturlandschaft. Meridional gliedert sie sich in drei Zonen: als rauhe, wilde Hochgebirgsmauer steigen im Osten die Anden auf. Zu ihren Füßen ein terrassenförmig gegen die Küste hin fallendes Land, an dessen Stelle in Mittel- und Südchile (südlich des 33.°) eine Senke tritt — das Längstal, der wichtigste chilenische Lebensraum, dessen durchgängiger Charakter südlich des Rio Cautin unterbrochen wird. Von den Anden vorgeschobene Querriegel und Flüsse kammern diesen Teil des Längstales und erschweren den Bau von Bahnen[9]). An Anden und Längstal schließt sich nach W als drittes Gebiet die Küstenkordillere an, die mit dem schon erwähnten Steilabfall gegen das Meer absetzt.

Von der Straße von Chacao an nach Süden ist das Land unter Wasser getaucht. Auch hier besteht die Dreigliederung in Anden, Längstal und Küstengebirge fort, erscheint aber durch die teilweise Wasserbedeckung verändert. Zwar erreichen die Anden noch Höhen bis zu 3800 m, das Längstal aber ist völlig untergetaucht und zeigt sich als lange, nur durch den Hals der Halbinsel Taitao unterbrochene Wasserstraße. Von der Küstenkordillere sind nur die höheren Teile als ein Gewirr von Inseln sichtbar.

Quer über die morphologische legt sich eine klimatisch-pflanzengeographisch bedingte Dreiteilung von nicht minder wesentlichem Einfluß auf das Staatsleben. Von Norden nach Süden nehmen die Niederschläge zu. Mehr Niederschlag als Verdunstung haben alle Gebiete südlich einer vom Rio Biobio zum Tolten (Provinz Cautin) verlaufenden Linie, nördlich von ihr herrscht Wasserarmut[10]). Regenzauber fand sich deshalb in Nordchile, Gegenregenzauber wurde im südlichen Lande betrieben.

Nordchile ist seiner großen Trockenheit wegen Land der Wüste und Wüstensteppe, das bis zur Südgrenze der Provinz Atacama (29° s. Br.) zu rechnen ist. Dort setzt Mittelchile an, das sich in Strauchsteppe und lichtes Waldland teilt. Das nördliche Mittelchile empfängt vornehmlich im Winter Regen, so daß es bei seiner Breitenlage mediterrane Wesenszüge trägt und von Strauchsteppe bedeckt wird. Ursprünglich reichte diese Strauchvegetation etwas bis 33°, heute aber geht sie weiter nach Süden, etwa bis zum Rio Maule. Dort setzt das Waldland an, und es mag schon hier darauf hingewiesen werden, eine wie wichtige Rolle dieser Grenzfluß zwischen dem nördlichen und südlichen Mittelchile, zwischen Steppe und Wald, dadurch für die politische Geographie gespielt hat. Das südliche Chile zeigt lichte Buchenwaldbestände, die bis zum Beginn des untergetauchten Teiles des Längstales reichen. Mit ihrem Ende beginnt Südchile als Gebiet inniger Verzahnung mit dem Meer, starker Niederschläge und dichten Waldwuchses. Ein düsterer Regenwald von Nadelhölzern (Alerce) überzieht die inselreiche Fjordlandschaft, deren Besiedelung nicht durch zu niedrige Temperaturen gehemmt wird, sondern durch den Überfluß an Niederschlägen, die schon allen Humus aus dem Boden gewaschen hätten, wenn nicht der Blätterfall für immer neue Zufuhr sorgte. Südchile liegt in der Zone der Westwinde, die derartige Massen von Regen und Schnee auf es heruntergehen lassen, daß schon in der Breite der französischen Westküste von La Rochelle ein Gletscher das Meer erreicht. Weiter nach Süden hin folgt auf den Nadelwald antarktisches Buchendickicht und schließlich Steppe.

Interessant sind die Wiederholungen des nordsüdlichen Profiles auf engem Raum in der ost-westlichen Quergliederung Chiles. Da folgen mit dem Aufstieg zu den Anden schnell aufeinander subtropische und gemäßigte Vegetationsgebiete, Laub- und Nadelwald, Knieholz und Matten, schließlich Fels und Schnee.

* * *

Ursprünglich besiedelt war das Waldgebiet Mittelchiles und — jedoch nur äußerst spärlich — Westpatagonien und Feuerland. In diesen beiden Gebieten Südchiles führten Indianervölkchen ein dürftiges Dasein, wie sie es heute noch tun. Eine Umgestaltung der Naturlandschaft haben sie nur in den kleinsten Teilen vollzogen (so beobachtet man größere Muschelhaufen als Reste ihrer Mahlzeiten), und es dürfte sich daran bis heute wenig geändert haben. Nur stellenweise setzen Wald- und Schafwirtschaft verändernd ein. Noch heute sind Einzelheiten der Küstengestaltung (Wellingtoninsel) überhaupt nicht genau bekannt.

Im Waldgebiet Mittelchiles hingegen lag die Heimat der Araukaner, und sie kamen schon in der Mitte des 15. Jahrhunderts mit einer Hochkultur in Berührung. Die Inkaperuaner stießen nach Chile vor, und bezeichnend ist es,

daß sie, die aus dem innerandinen Hochsteppengebiet kamen, nur bis an die Grenze des Waldgebietes, bis zum Rio Maule gelangten. Von Peru aus ist Chile auch durch die Spanier aufgegriffen worden. Pizarro sandte Almagro nach Süden aus, der auf seiner nicht sonderlich glücklichen Expedition von Osten aus nach Chile gelangte.

Auch Pedro de Valdivia erwies sich Chile noch spröde. Während der ganzen Kolonialzeit war und blieb es überhaupt für die Spanier ein Land ohne große Anziehungspunkte, eine Tatsache, die sich auch in der erst 1797 erfolgten Erhebung zu einer selbständigen Verwaltungseinheit, zum Generalkapitanat Chile, äußert. Vor allem wurden keine Minen entdeckt — mit Ausnahme der Bergwerke von Quillota fehlten sie in Chile, und es hatte nichts, was es einem so großen Schatz wie den Silberminen von Potosi gegenüberstellen konnte. Da es den Spaniern auch fern lag, die Landwirtschaft in größerem Stile zu entwickeln, war die Besitznahme Chiles nur möglich mit Hilfe eines dauernden Nachschubes von Menschen und Material aus Peru. Valdivia durchstieß die für ihn wertlose Wüste und gründete in den 1540er Jahren im Steppengebiet La Serena, Valparaiso und Santiago. Zur Erkundung des Landes sandte er auf dem leichtest passierbaren, d. h. auf dem Wasserwege. einen Italiener südwärts. Dieser rekognoszierte die Küste bis zum Westausgang der Magellanstraße. Zu Lande gestaltete sich das Vordringen ungleich schwieriger. Mit dem Eintritt ins Waldgebiet traf Valdivia auf den erbitterten Widerstand der Araukaner. Zwar wurden zwischen Rio Maule und Biobio noch Chillan und Concepcion gegründet, südlich des Rio Biobio aber konnten sich die von dem Eroberer mit seinem Namen beschenkte Gründung (Valdivia 1552, neu gegründet 1645) und Osorno (gegründet 1553, erneut 1792) nicht halten. Immer wieder wurden die spanischen Siedlungen von den Araukanern zerstört. Hartnäckig und tapfer verteidigten die Indianer ihr Heimatland, und erst 1882 ist ihr Widerstand völlig gebrochen, sind sie endgültig „befriedet“ worden.

Unbestrittener Herrschaftsbereich der Spanier war von Anfang an das Gebiet von Santiago. Von hier haben sie sich ausgedehnt, und von hier aus nahm auch das Wachstum des selbständigen Staates Chile seinen Ausgang. Hier dürfte die Ursprungszelle des Staates zu suchen sein. Die Eigenart der Umgebung von Santiago hat Ähnlichkeit mit der Umgebung von Madrid, der heimatlichen Hauptstadt der Eroberer. Die klimatischen Bedingungen sind fast die gleichen. Und wenn Santiago damals noch im Grenzgürtel des Waldgebietes lag, so waren die Bestände sicherlich so licht und verstreut, daß auch damals schon der Wesenszug der Landschaft mediterran erschien. Ob die Zellmembrane einen weiteren oder engeren Raum umschlossen, könnte man mit Bestimmtheit nur auf Grund eines großen, mir leider nicht vorliegenden historischen Materials entscheiden. Vermutlich war es ein ziemlich kleiner Raum, denn die künstliche

Bewässerung, die allein eine verbreitetere Siedlung und einen ausgedehnteren Anbau ermöglicht hätte, wurde erst im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts eingeführt [12]). — Ob die ostwestliche Erstreckung der Zelle ihre Ausdehnung im Längstal überwog, wäre weiter zu untersuchen. Fraglich erscheint eine eventuelle Einbeziehung Valparaisos, daß seine Küstenlage mit einer Plünderung durch Drake zu bezahlen hatte. — Ihren Herrschaftsbereich allmählich nach Süden auszudehnen, gelang den Spaniern durch immerwährende Kämpfe mit den Araukanern im 17. und 18. Jahrhundert.

Die spanische Kolonialzeit fand ihr Ende in den Unabhängigkeitskämpfen, die 1810 begannen. 1822 konstituierte sich rechtlich die junge Republik. Auch sie mußte ihre Front schon während ihres Entstehens nach Süden richten, wie schon die Spanier es getan hatten. Unter Vermeidung des Landweges durch die nördliche Wüste gingen die Spanier auf dem Umwege von Süden aus gegen die aufständischen Patrioten vor: General Pareja warb eine Armee in Chiloe und nahm von der Seeseite aus Valdivia, Concepcion und Talcahuano. Die meisten Gefechte fanden im Längstal statt, in dem die Patrioten immer wieder von Süden aus bedrängt wurden. Dann aber kehrte sich Chiles Stoßkraft auch nach Norden, und es sandte 1820 eine Armee zu Schiff zur Unterstützung der peruanischen Freiheitskämpfer aus. Nebenher lief während des 19. Jahrhunderts eine Ausdehnung nach Süden: Punta Arenas wurde 1849, Puerto Montt 1853 gegründet, und die Reste der Araukaner mußten sich der Herrschaft der Chilenen fügen (1882).

Auffallender ist im Lauf des letzten Jahrhunderts die Entwicklung der Front nach Norden. Die früher öde Wüste, in der vornehmlich die Peruaner Salpeterbergbau zu treiben begannen, reizte die Begehrlichkeit Chiles. Die Entdeckung der Verwertbarkeit des Salpeters für die Schießpulververarbeitung und die neue Verwendung als künstlicher Dünger hatten einen lohnenden Minenbetrieb erweckt. Ein Anlaß zum Streit fand sich, und im pazifischen Krieg (1870—1883) konnte Balmaceda, der zielbewußte Präsident Chiles, den Peruanern ihre Reichtümer in der Erde von Tarapaca abnehmen. Dazu kam als strittiger Grenzraum Tacna und Arica, in dem die Bevölkerung 10 Jahre nach dem Friedenschluß selbst bestimmen sollte, ob sie zu Peru oder Chile gehören wollte.

So hat der Lauf der Jahrhunderte eine Umwertung mit sich gebracht: strömte früher alles Drängen nach dem Süden und lagen dort Gefahrenzonen, während die Wüste als isolierender, menschenfeindlicher Raum im Norden Chile selbst zurückhielt und vor Angriffen schützte, so liegt heute im weiter vorgeschobenen Süden ein unwegsames Waldland noch halb wertlos da und alle Aufmerksamkeit gebührt dem lebenswichtigen Norden.

* * *

Von Wichtigkeit für Wertung und Entwicklungsmöglichkeit der einzelnen Räume des chilenischen Staates sind Art und Struktur seiner Bevölkerung. Im großen eine Mischung der einheimischen Araukaner mit den einwandernden Spaniern, schwankt die Zusammensetzung des Blutes in den einzelnen Schichten. In den tieferen Schichten des Volkes wiegt araukanisches Blut entschieden vor, in den höheren klärt es sich zu einem reiner spanischen. Die oberen Schichten haben auch etwas englisches Blut, war doch der erste Präsident des Landes ein Ire, O'Higgins.

Ziemlich gering ist der Prozentsatz an Fremden; am 15. XII. 1920 waren es 115763. Allerdings zählt die chilenische Statistik nur die im fremden Land Geborenen noch als Ausländer. So gibt sie 8551 Deutsche an, während tatsächlich etwa 22500 Deutschsprechende in Chile leben[13]). Valparaiso, Santiago und Concepcion sind Häufungspunkte der Deutschen. Hauptsächlich aber leben sie im Süden, und Martin bezeichnet Valdivia als Mittelpunkt des deutschen Sprachgebietes. Oft geschlossen siedelnd, haben unsere Landsleute ihre Nationalität gut bewahrt und hätten es noch besser getan, wenn nicht die unselige Zerrissenheit in Protestanten und Katholiken öfters ihre gemeinsame Arbeit gehindert hätte. — Den größten Einfluß unter allen Fremden haben die Engländer (6899 Köpfe). Sie wohnen vorwiegend in Valparaiso, Santiago und Nordchile; in ihren Händen befindet sich großenteils das Handels- und Bergbaukapital des Landes. — Franzosen (6924), Spanier (24775) und Italiener (11535) mögen hier ihrer geringeren Wichtigkeit für die Bevölkerungsstruktur wegen übergangen werden.

Auf einen Nachteil Chiles den anderen südamerikanischen Staaten gegenüber sei hingewiesen: stärker wohl als das aller Länder ist sein Volk in Stände zersplittert. Scharf setzt die dünne Oberschicht gegen die Masse des Volkes ab; ein diese beiden verbindender Mittelstand bildet sich erst ganz allmählich aus mitteleuropäischen Einwanderern.

Fördernd für das Staatsleben ist andererseits die fast durchgängige Homogenität der Sprach- und Religionsgemeinschaft. Einheitlich wird Spanisch gesprochen, das ja das Idiom nicht nur der Chilenen, sondern auch der Irredenta nach innen (Peruaner, Bolivianer) ist. Die Religion ist vorwiegend katholisch — nur einige Nationalitätensplitter haben an ihrem andersartigen Glauben festgehalten. Nicht gleichmäßig ist die Kulturhöhe: während die Indianer Südchiles auf der Stufe der Primitiven stehen, ist für die Mitte und den Norden des Landes wohl die Stufe der europäischen Vollkultur anzusetzen. Das gilt zunächst für die materielle Kultur, die geistige hat, besonders in der Masse des Volkes, noch nicht die entsprechende Höhe erreicht. Ein Nationalgefühl hat sich einheitlich und stark auszuprägen vermocht. Eine Nation konnte und mußte sich bilden und fremde Einwanderer assimilieren, weil Chile einen ganz abgeschlossenen, eigenartigen Raum für sich bildet. Die spanische Herrschaft verhinderte das in

ihrer Zeit; die Inquisition diente ihr als Mittel, um die einzelnen Familien gegeneinander aufzuhetzen und das Entstehen eines Nationalgefühls zu vereiteln. Die Aufständischen nannten sich 1810 „Patrioten“ und noch nicht Chilenen.

Dank der regionalen Gliederung Chiles ist die Verteilung seiner Bevölkerung ungleichmäßig. Die Bevölkerungsdichte der einzelnen Provinzen schwankt zwischen 0,2 (Territorium Magellanes) und 70 Menschen qkm (Valparaiso). Dicht besiedelt sind das Kernland im Längstal und Teile der vorgelagerten Küste; nach Norden und Süden, zur Wüste und zum regnerischen Patagonien hin nimmt die Besiedelung dann ab. In Mittelchile, zwischen 32° und 41° südlicher Breite, leben 80% der gesamten Bevölkerung. Der Süden der Provinz Llanquihue ist schon recht menschenarm, die Insel Chiloe zeigt dann noch einmal (in ihrer NO-Ecke) eine kleine Zunahme. In bescheidenem Maße ist es Lieferant von Arbeitskräften; schon beim Beginn der Unabhängigkeitskämpfe raffte Pareja hier eine Soldateska zusammen.

Das Wachstum der Bevölkerung beträgt ungefähr 1,20% im Jahr[14]). Dabei ist die Zunahme in den einzelnen Teilen des Landes verschieden; während die Mitte sich ziemlich stationär verhält, wachsen die Flügel stärker. Die Bergbauprovinz Antofagasta, die Landwirtschaftsgebiete Cautin und Valdivia sowie die Schafzuchtregion im Magellanesterritorium verzeichnen die stärkste Zunahme. Die Städtebildung ist stark betont. 1886 lebten in Ortschaften von mehr als 1000 Einwohnern 34,3, 1920 46,6% der Bevölkerung. Daneben bestehen Einzelsiedlungen als Überreste araukanischer Eigenart, gegen die der spanische König durch eine wohl in zivilisatorischer Absicht erlassene Verordnung 1703 noch vergeblich ankämpfte[15]).

* * *

Zwingen morphologische und klimatische Tatsachen mit allen ihren Folgeerscheinungen die Bevölkerung zu einer ganz bestimmten Gruppierung, so äußern sie auch weiter ihren Einfluß auf die gesamte Struktur des Wohnraumes. Der Bevölkerungsverteilung entspricht das Siedlungsbild: in Südchile auf 1500 km keine Stadt, dann aber eine Häufung in der Landmitte im Längstal und an der Küste. Die Zweireihigkeit des Siedlungsbildes setzt sich im Norden fort; an der Küste Hafenorte, deren Größe mit dem Gedeihen ihrer tributären Bergbauregion schwankt, im Innern einige alte Wohnplätze [die ursprünglich nach dem Gebirge und nicht nach der zu weit entfernten See tendierten[16])] und daneben Bergbausiedlungen, bodenvag, die sich mit der Ausbeutung der Lagerstätten über den Wüstenboden fortschieben.

Der Verkehr ist, der Längsgestalt Chiles entsprechend, vorwiegend nordsüdlich orientiert. Er muß die so verschiedenartigen Zonen miteinander verknüpfen und den Austausch unter ihnen fördern. Die Längsbahn, der „Longi-

tudinal“, dessen nördlicher Teil auf Balmacedas Anregung planmäßig vorgetrieben wurde, faßt die Gebiete Nord- und Mittelchiles von Tacna bis Puerto Montt zusammen. Von ihm aus stoßen Querbahnen zu den Häfen und in einige Andentäler vor. Eine von diesen Querbahnen fährt nach Buenos Aires, zwei nach La Paz. Die Brauchbarkeit des Bahnnetzes wird herabgesetzt durch seine Verzettelung in fünf verschiedene Spurweiten. Vor der Fertigstellung des Longitudinal gab es nur eine Möglichkeit der Längsverbindung: die Küstenschiffahrt, und das Territorium Magellanes ist auch heute noch nur auf diesem Wege zugänglich. Das gleiche Bild zeigt das Telegraphennetz. Es umklammert das Land vom äußersten Norden bis südlich von Puerto Montt. Den Süden läßt es aus, und nach Punta Arenas gelangen telegraphische Nachrichten nur durch argentinische Vermittlung. Die Schiffahrt hat unter der geringen Verkehrseignung der Längsküste zu leiden, die Häfen liegen offen vor den West- und Nordwinden. Antofagasta vollendet gerade den Bau eines großen Wellenbrechers. Kaie sind nicht vorhanden, so daß Löschen und Laden nur mit Hilfe von Leichtern möglich ist.

Die Pflege des Verkehrswesens ist für Chile um so wichtiger, als es kein Selbstversorger ist und eine große Verschiedenartigkeit der einzelnen Landschaften zeigt. Erzeugnisse der Urproduktion hat es teilweise, wie den Salpeter, im Überfluß, dagegen fehlt ihm noch eine ausgebaute Industrie. Mittel- und Nordchile sind die Gebiete des Wirtschaftslebens, Landwirtschaft und Bergbau sind seine wichtigsten Zweige. Liegen die großen Kupferbergwerke in O'Higgins und Antofagasta, so ist der Salpeterbergbau naturgemäß auf die Wüstenregionen (Antofagasta und Tarapaca) beschränkt. Hatte einst der Silberbergbau der Provinz Atacama dem Lande viel Geld eingebracht, so ist seit einundeinhalb Menschenaltern der Salpeter an seine Stelle getreten. Des Salpeters wegen entspann sich der Krieg mit Bolivien und Peru, aus seinem Exportzoll deckte der chilenische Staat die größere Hälfte seiner Einnahmen, er bietet 40 000 Arbeitern Beschäftigung und Verdienst, und auch das übrige gesamte Wirtschaftsleben des Landes ist — schon wegen der Lieferung nach dem Norden und der Bezahlung der Einfuhr durch die Salpetereinkünfte — in hohem Grade vom Gedeihen dieses Bergbaues abhängig. — Kohlen finden sich, sehr zum Nachteil des Staates, anscheinend nicht in großer Menge in Concepcion und Arauco in der Nähe der Küste.

Den Bergbaugebieten des Nordens treten die landwirtschaftlich genutzten Flächen des Mittellandes gegenüber. Nördlich der schon erwähnten klimatischen Linie von Rio Biobio zum Cautin muß künstlich bewässert werden. Seit einem Jahrhundert ist das getan und das nördliche Mittelchile zu einem Obst- und Fruchtgarten umgewandelt worden, der gerne mit Kalifornien verglichen wird. Ausgedehnte Weinplantagen sind hier in Händen von Großgrundbesitzern, während man in den mehr steppenhaften Strichen Viehzucht treibt. Nach Süden hin verfügt die Technik über größere Wassermassen. So beginnt allmählich der Ge-

treidebau. Weizen ist das bevorzugte Produkt des Landes. Im Durchschnitt der Jahre 1920—1923 wurden nämlich angebaut mit[17])

Weizen	1 250 000	Acres
Wein	167 000	-
Gerste	130 000	-
Bohnen	110 000	-
Kartoffeln	80 000	-
Hafer	75 000	-
Mais	68 000	-
anderen Produkten	120 000	-

Nach Süden hin weicht der Weizen wiederum mit zunehmender Feuchtigkeit dem Kartoffel- und Haferbau sowie der Waldwirtschaft, so daß diese Gebiete im südlichen Längstal als Kartoffel- und Holzkeller des Landes bezeichnet worden sind[18]). Aufbauend auf den Erzeugnissen der Urproduktion, entstand während des Krieges mit staatlicher Förderung eine Industrie (Mühlen-, Möbel-, Bekleidungsindustrie), deren Zentren über die Städte des Kerngebietes verstreut sind. Aber sie steckt noch etwas in den Kinderschuhen.

* * *

So schälen sich aus dem über 4200 km gedehnten Gebilde des chilenischen Längsstaates zwei lebenswichtige Räume heraus: im Norden die Bergbaugebiete, in der Mitte die agraren Anbauflächen. Ganz abseits liegen die noch wenig von Waldwirtschaft und Schafzucht in Nutzung genommenen Gebiete Westpatagoniens und Feuerlands. Das Kernland ist Mittelchile: von der Zelle um Santiago umfaßt es nach Süden das ganze Längstal, dazu den schmalen Strich an der Küste mit dem Schwergewicht um Valparaiso und Concepcion. Dies Kernland blickt auf die Salpeterminen im Norden.

Weil die Wüste vitaler chilenischer Raum ist, ist es auch Tacna. Darum hängt Chile so zäh an diesem Gebiet, über dessen Zugehörigkeit zu Peru oder Chile eine Volksabstimmung eigentlich schon 1894 entscheiden sollte. Inzwischen hat Chile dies Grenzgebiet der Salpeterfelder mit aller Kraft chilenisiert[19]) in der Erkenntnis, daß im Falle eines Krieges eine Armee nur nördlich oder südlich von diesen stehen kann. Ein Standpunkt südlich der Salpeterfelder wäre gleichbedeutend mit ihrer Preisgabe; im Wüstengebiet selbst kann sich eine Armee der riesigen Ernährungsschwierigkeiten wegen nicht halten, und so bleibt denn nur die Provinz Tacna als wenn auch ungenügende Ernährungsbasis übrig. Wegen dieser vitalen Bedeutung Tacnas kann man sich auch kaum denken, daß Chile gutwillig für eine Abtretung des Gebietes an wen auch immer es sei stimmen wird; eine Aufgabe dieses Grenzraumes erscheint für Chile nur möglich, wenn es die Gewähr hat, daß er in wahrhaft neutrale Hände gelangt. Der Salpeterbergbau wird aber einmal erlöschen, entweder durch natürliche Erschöpfung der Lagerstätten oder — was

wahrscheinlicher ist und sich in den allernächsten Jahrzehnten entscheiden wird — durch die Konkurrenz des Lufstickstoffs[20]). Wenn bis dahin nicht neue große Werte in der Wüste entdeckt sein sollten, wird Tacna für Chile ein kostspieliger Außenposten und der Staat würde dann wohl gut tun, sich zurückzuziehungen und sich wieder wie früher in den Schutz der Wüste zu begeben, die doch der beste isolierende Grenzraum bleibt.

Noch ehe der Norden wirtschaftlich verloren ist, muß Chile an die Ausgestaltung seines Südens gehen. Die dicht bewaldete Insel- und Gebirgswelt ist noch ein großes Reservoir. Zum mindesten stellen die Wälder noch einen Holzstapelplatz im großen dar. In den südlichsten Teilen, im Gebiet der Magellanstraße bei Punta Arenas, wo der Wald durch weite Steppen ersetzt wird, sind schon große Schaffarmen angelegt worden. Vielleicht aber birgt der Andengürtel auch noch bergbauliche Schätze, an die man aber bisher nur noch nicht gelangte, weil die dichte Pflanzendecke sich schützend darüber breitet und eine Entdeckung bisher verhinderte. Auf Grund der Naturkräfte des Südens wird sich so in den nächsten hundert Jahren eine erneute Umwertung und Verlagerung der Lebensräume im chilenischen Staatskörper anbahnen. Wenn auch die Wüstengebiete zur Bedeutungslosigkeit herabsinken sollten, wird dann weiterhin die große zonare Verschiedenheit seiner Landschaften Chile das Gepräge der Mannigfaltigkeit geben. Eine Gefahr für den Zusammenhalt des Staatskörpers braucht sich daraus ebenso wenig wie bisher zu ergeben. Eine Verselbständigung der Peripherie könnte sich höchstens bei dem Gebiet um Punta Arenas erweisen, das ohnehin Beziehungen zu Argentinien hat. — Der Vorschlag des Präsidenten Alessandri, Provinziallandtage zu schaffen, kommt einer Anpassung der Regierungstätigkeit an die besonderen Belange der Einzellandschaften entgegen. Sehr ernsthafte dezentralistische Bewegungen jedoch sind bisher kaum beachtet worden und sie werden sich auch selten zeigen bei der Wucht, mit der die Summe geographischer Tatsachen hier die Bildung einer Einheit befürwortet.

ANMERKUNGEN

1)

Land	Gebiet 2 qkm	Bevölkerung		auf 1 qkm
Chile	750 572	3 753 799	(15. 12. 1920)	5
Argentinien . . .	2 978 590	8 698 516	(Berechnung 21. XII. 1920)	3,1
Bolivien	1 590 000	2 889 970	(Schätzung 1915)	1,9
Peru	1 355 054	5 550 000	(Schätzung 1921)	4

2) Otto Maull: Politische Geographie, Berlin 1925, S. 120 f.

3) Gesamtfläche 315 qkm, 445 Einwohner.

4) Maull in Z. f. G. 1926 I 71.

5) Deutsche Allg. Ztg. 7. XII. 1926; Z. f. G. 1927 I 31.

6) Hans Steffen: Westpatagonien. 1. Bd. Berlin 1919, S. 41.

7) Steffen a. a. O. S. 7, 26; auch über die anderen Grenzen vgl. Geogr. Review 1924, 632, 634, 637 f.

8) vgl. Anmerkung 1.

9) vgl. Steffen in Geogr. Zeitschr. 1914, 525.

10) Knoche in Meteorol. Zeitschr. 1923, 345.

11) Über den genauen Verlauf der Vegetationsgrenzen vgl. Carl Martin: Landeskunde von Chile. 2. Aufl. Hamburg 1923. (Das wichtigste Werk über Chile.) — Knoche in Z. Ges. Erdk. Berlin 1923, 41 ff.

12) Am Rio Maipo, wohl in unmittelbarer Nähe von Santiago. Karl Sapper: Zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte von Chile. Z. f. d. ges. Staatswissensch. LXXIX 530.

13) Carlos Keller im Mercurio vom 18. I. 1925. — Martin S. 431.

14) Zu- und Abwanderung werden nicht besonders erhoben; nach Ansicht des chilenischen statistischen Amtes sollen sie unerheblich sein und sich womöglich aufheben. Geogr. Zeitschr. 1922, 410.

15) Ernst Wagemann: Die Wirtschaftsverfassung der Republik Chile. München 1913. S. 205.

16) J. Bowman in Bull. Am. Geogr. Soc. XLI, 1909, S. 204.

17) Whitbeck: Economic geography of South America. New York 1926, S. 190.

18) Otto Maull: Südamerika (im 2. Bd. der Andree-Heiderich-Siegerschen Geographie des Welthandels, 4. Aufl. Wien 1927).

19) vgl. Maull in Z. f. G. 1925, I 285.

20) vgl. meinen demnächst in „Technik und Wirtschaft“ erscheinenden Aufsatz „Chiles Salpetererzeugung und der Wettbewerb des Luftstickstoffs“.

OTTO FORST DE BATTAGLIA:

ÜBER EINIGE GRUNDBEGRIFFE DES POLITISCHEN DENKENS UND GRUNDTATSACHEN DES POLITISCHEN SEINS

Chaos ringsum. Wie in den Tagen des Turmbaus von Babel. Man fordert Ziegel und bekommt Kalk. Bietet Brot und empfängt Steine. Wo soll, wenn überhaupt, jemals Verständigung über Taten geschehen, da doch zuvor das Verständnis der Worte mangelt, die genug gewechselt sind. Ziemte es nicht zunächst Klarheit über die Begriffe zu schaffen, um derentwillen sich die Menschen hassen, befehden, lieben, vertragen? Nebelhaftes Dunkel ist um sie, die viel zitierten, heiß umstrittenen gebreitet, um die Begriffe menschlicher Gemeinschaften, denen, die Verwirrung zu vollenden, Europas herrschende Sprachen verwandte und doch Verschiedenes bezeichnende Namen liehen; über die nicht nur der gemeine und mit dem angeblich gesunden Hausverstand begabte „Idiotes“, sondern auch die Gelehrten der scharfen, eindeutigen Vorstellung ermangeln. Es muß Verständnis werden. Der Ethiker, Prediger, Agitator bleibe mit seinem Maßstab eines erklügelten oder aprioristisch gesetzten Sollens beiseite. Nüchterne Beobachtung hingegen registriere, ohne sie zu werten, die soziologischen Phänomene des wirklichen Seins.

Sie findet vorerst die Binsenwahrheit, daß, je nach Ort und Zeit verschieden, eine ganze Reihe von Momenten die Menschen zu Gruppen verbindet. Daß in der ethischen und faktischen Bewertung dieser Momente eine große Mannigfaltigkeit bestand und besteht. Nüchterne Beobachtung erkennt, was schon weniger an der

Oberfläche liegt, daß zwischen den gemeinschaftsbildenden Tatsachen ein ewiger Kampf ums alleinige oder hegemonische Dasein stattfindet, der eines der treibenden Elemente der Weltgeschichte darstellt. Doch davon später. Und dieses, grundlegend, zum Beginn: Die menschlichen Gemeinschaften erwachsen aus Naturnotwendigkeit, aus äußerem Zwang oder aus freien Willen.

Gesetze der Vererbung, die uns langsam entgeheimnissen, verknüpfen alle die miteinander, die vom gleichen Ahnen abstammen. Keines Sterblichen Zwang oder Wunsch ist nötig, niemand kann es auch verhindern, daß verwandtes Blut die Wahrscheinlichkeit verwandter Physis und verwandter Seele mit sich bringt. Das ist nun, naturgeworden, historisch und dem primitiven Denken die erste menschliche Gemeinschaft: die der Herkunft aus einerlei Stamm, die Familie. Aus physischen Merkmalen erschlossene und durch psychische erhärtete Blutsgemeinschaft von Menschen, die sich im Gegensatz zu den Gliedern einer Familie des genealogischen Zusammenhangs nicht mehr bewußt sind, nennen wir Rasse. Niemand kann aus seiner Rasse, seiner Familie austreten. In dem haben, durch die sich unablässig mehrenden Ergebnisse der Vererbungslehre bestärkt, die Vertreter des Rassengedankens recht. Ob man die natürliche Gemeinschaft indes auch ethisch an die Spitze stellen und faktisch als die stärkste bezeichnen muß, das hängt von der Weltanschauung ab. Die Wissenschaft kann nur das eine energisch betonen: so wenig man die natürlichen Dispositionen hinwegleugnen kann, wie es der Liberalismus tat, so wenig ist zu übersehen, daß beim Menschen nicht wie beim Tier die Rassenzugehörigkeit ein unabwendbares Fatum der Seele bedeutet. Blutsgemeinschaft begründet eine Neigung zu gewissen Meinungen und Eigenschaften; sie ist kein zwingender Beweis für deren Vorhandensein. Rasse kann man, um in der Sprache der Juristen zu reden, als eine relevante Tatsache bezeichnen, die eine Vermutung, bis auf Gegenbeweis, für die Annahme einer bestimmten seelischen Struktur streiten läßt, doch durch aus der Erfahrung am Einzelindividuum geschöpfte Argumente stets zu entkräften ist.

Wirkt die natürliche Gemeinschaft so stark, daß man sich ihr physisch nie, seelisch nur in Ausnahmsfällen entziehen wird, so übt die durch Zwang geschaffene ihre Kraft nur solange wie die von ihm Betroffenen unfähig oder nicht willens sind, sich der Gewalt zu widersetzen. Die Zwangsgemeinschaft ist unmerklich aus der des Blutes entstanden. Die Familie erweitert sich zur Horde, die den einen oder den anderen als Mitglied zählt, der nicht vom Ahnherrn aller abstammt. Man wohnt räumlich einander nahe, weil man verwandt ist und fühlt sich in einem späteren Stadium gleichsam verwandt, weil man einander nahe wohnt. Die Horde hat sich zum Stamm gewandelt. Jetzt ist es nur nötig, daß sich der Stamm seßhaft mache und mit anderen Stämmen zu einer größeren Organisation verbinde und der Staat, die Zwangsgemeinschaft kat' exochen tritt als übermächtiger Konkurrent der natürlichen Verknüpftheit in die Erscheinung.

Nunmehr spielt die Tatsache, derselben oder benachbarter Scholle anzugehören eine größere Rolle als die Stimme des Blutes. Das Familiengefühl empfindet man weniger intensiv; der Patriotismus, letzten Endes aus räumlicher Zusammengehörigkeit entsprossen, hat es übertönt. Die geographische Grundlage des seßhaft gewordenen Lebens ist erst Faktum, dann Gewohnheit, liebgewordene Gewohnheit, schließlich ethischer Wert. Hinter dem steht nicht der naturgewollte, unentrinnbare, nur der durch die Gewalt der Schicksals- und Ortsgenossen geübte, schwer abzuschüttelnde Zwang. Gruppen der Gemeinschaft können sich dessen durch Gegengewalt oder gütliche Übereinkunft entledigen: Revolution, vertragsmäßige Unabhängigkeitserklärung. Einzelne, indem sie dem Staat entfliehen oder auch, mit dessen Zustimmung, von ihm aus der Gemeinschaft entlassen werden. Der Staat ist sonst ein eifersüchtiger Gott. Wohl erlaubt er, daß man sich von ihm abwende, doch nicht, daß er mit einer anderen Gottheit das Herrschen teile. Dem Staate sind, wie wir erwähnten, andere Zwangsgemeinschaften vorhergegangen. Er duldet keine, die nicht von ihm ihre Gewalt ableite. So erklärt es sich, daß heute neben dem Staat nur jene Arten des unfreiwilligen, doch nicht naturgegebenen Verbundenseins existieren, die des Tyrannen Geschöpfe, Handlanger, Teile sind. Administrative Glieder, wie Provinzen, Bezirke, Gemeinden; Korporationen wie Zwangsinnungen; Institutionen wie die obligatorische Waffengemeinschaft (Armee), Wissensgemeinschaft (Schule); alles Gesamtwesen, die ein Solidaritätsgefühl ihrer unfreiwilligen Mitglieder ausgebildet haben, als ihr Anrecht heischen, geliebt und vor anderem, freiwilligen Verknüpftsein hochgehalten zu werden. Frühere Epochen kannten als eine Mischform der natürlichen und erzwungenen Gemeinschaft die Kaste. Sie umfaßt, zu gleichem und von dem anderer Kasten streng geschiedenem Recht, erblich gewisse vom Staat nach seinem Gutdünken und in seinem Interesse vereinigte Personengruppen, denen das einzelne Individuum weder durch Zwang noch durch freien Willen, nur durch die Tatsache seiner Abkunft beigezählt wurde. Das war die eine Form, in der das Blutsprinzip neben dem des räumlichen Nebeneinander fortwirkte. Die andere dauert bis auf unsere Tage: Man gehört zum Staat nicht nur kraft der Gebietshoheit, sondern auch infolge der Abstammung von Staatsmitgliedern.

Während Familie und Rasse, der Staat mit den von ihm abgeleiteten Zwangsgemeinschaften den Einzelnen nicht befragen, ob in ihm der Wille zur Gesamtheit fortlebe, beruhen andere Gebilde des Kollektivdaseins auf der ausdrücklich bekundeten oder stillschweigend, durch konkludente Handlungen bewährten Zustimmung: des Individuums, der Gemeinschaft ein Teil zu sein; der Gemeinschaft, das Individuum sich einzugliedern. Es ist ein fortwährender, jederzeit kündbarer und im Zweifel als stets erneut anzunehmender, zweiseitiger Kontrakt, der im Gegensatz zu Rousseaus geträumtem wirklich vorhandene contrat social, auf dem jede im öffentlichen Leben und in der Geschichte bedeutsame freiwillige Ver-

bindung von Menschen beruht. Daß der einzelne da nach Belieben ein- und austreten kann, ist klar. Weniger bewußt wird in der Regel, daß dessen einseitiger Willensakt nicht genügt; eine Wahrheit, die beim Verhältnis von Rasse und Nation eine besondere Rolle beansprucht.

Bei den — heute — zwangsfreien Gemeinschaften unterscheidet man die auf Verwandtschaft (oder theoretischer Gleichheit) des Denkens aufgebauten von denen äußerlicher Veranlassung. Zu den ersten rechnen wir Gesamtheiten vermöge der Betrachtensweise des Übersinnlichen, die Kirchen und Konfessionen; kraft der Einstellung gegenüber dem irdischen Sein, die Parteien; endlich auf Grund einer Schicksalsgemeinschaft, des gemeinsamen und identischen Erlebens länger währender Vergangenheit und künstlerischen Ausdruckes, die Nationen. Äußerlichkeiten, die aber der Seele tiefe Spuren einprägen können, nähern die Angehörigen des von gleicher Rechtslage vereinten Standes; der durch wirtschaftliche Bedingnisse und die davon bestimmten Lebensgewohnheiten, Sitten geformten Klassen. Zuletzt darf man noch der Gemeinschaften gedenken, die geringeren Einfluß haben und auf den verschiedendsten, oft zufälligen, nichtigen, ja törichten und närrischen Momenten beruhen. Von den Geheimbünden, an deren Schwelle religiöse, nationale Ziele schwebten; die später in ihrer Gemeinschaft Selbstzweck sahen und lange bestanden, tief ins menschliche Sein eingriffen, bis zu den rasch wie eine Seifenblase vergehenden Zufallsgruppierungen, mit deren Soziologie und Philosophie sich der geistvolle Franzose Jules Romains so sehr beschäftigt hat. Alle die freiwilligen Gemeinschaften, nicht anders als die naturgewollten und vom Zwang gebotenen, haben gemeinsame Ziele, Ideale, trachten ein Solidaritätsgefühl zu schaffen, dieses als ethisch unerläßlich den Individuen einzuprägen und womöglich ohne Konkurrenz, jedenfalls vor anderen Kollektiv- und Einzelpersonen über Seele und Leib ihrer Mitglieder zu herrschen.

Es ist zwischen diesen zusammengesetzten Wesen ein ewiger nicht minder heftiger Kampf ums Dasein, um die Hegemonie wie zwischen den Individuen. Je nach dem Ort und nach der Zeit verschieden, erringt das eine oder das andere Moment der Gruppenbildung in der moralischen Vorstellung und in der tatsächlichen Reichweite die Oberhand. In grauer Vorzeit ist es das Blut, dem Altertum die Staatsangehörigkeit, die den Ausschlag geben. Während des Mittelalters nimmt die Kirche die erste Stelle ein. Die Renaissance und die Reformation schieben erneut den Staat in den Vordergrund. Seit der französischen Revolution dominiert das Nationalempfinden. In den letzten Zeiten rückt, wenigstens in manchen Gebieten, hier die Rasse, dort die Klasse an den obersten Platz. Wir können, von den weniger literarischen Urtagen abgesehen, diese Entwicklung stets im Schrifttum, besonders in den moralisierenden Werken und in den Schulbüchern der Epochen verfolgen. Das Gemeinschaftsgefühl der jeweils die Hegemonie erringenden Kollektivperson wird zur Tugend. Äußerungen überwundener und trotz-

dem von einzelnen noch als stärker bewahrten, älteren Gemeinschaftsempfindungen werden als Frevel gebrandmarkt. So ist die antike Literatur voll von Geschichten zur Verherrlichung des Patriotismus, voll des Preises für Helden (wahre oder erdichtete), die des Blutes Stimme zum Schweigen brachten, — die spartanische Mutter, die Horatier und Curiatier, das deutsche Hildebrandslied. Im Mittelalter hingegen wird glorifiziert, wer (was vordem todeswürdiges Verbrechen war) Gott mehr gehorcht als den Menschen, also das religiöse Gemeinschaftsgefühl dem staatlichen — und dem natürlichen — voranstellt. Die Heiligenlegenden des Mittelalters liefern dafür tausendfältig den Beleg. Humanisten, Aufklärer aber verspotten und brandmarken jene, die nicht ihr Land (und ihren Landesfürsten) über alles stellen, über alles in der Welt.

Die französische Revolution wurzelt in einem falsch verstandenen „Retournons à la nature". So rückt dann die lange als naturgewollte Gemeinschaft angesehene Nationalität vor die Zwangsgemeinschaft des Staates. Nur der Staat hat Lebensrecht, der auf das Nationalitätsprinzip sich stützt, also von ihm seine Befugnis ableitet. Folgerichtig die Parteinahme der öffentlichen Meinung: zugunsten aller derer, die im 18. Jahrhundert als verwerfliche Aufrührer gegolten hätten, der nach Emanzipation verlangenden, nach Einheit strebenden Nationalisten. Im allgemeinen ist diese Ansicht von gestern die von heute. Nur schüchtern kündet sich ein Morgen an, das die Nation hinter die Rasse zurücktreten läßt; während die Kommunisten Rußlands und der ganzen Erdkugel die Klasse als höchste Gemeinschaft verehren.

Betrachten wir die Gegenwart, so bestehen die verschiedensten Gemeinschaftsempfindungen nebeneinander. Der noch herrschenden Meinung, der öffentlich bekundeten Anschauung zufolge steht die Nation an erster Stelle — man wird es noch immer den Angehörigen nationaler Irredenten verzeihen, wenn sie gegen den Staat, dem sie unterworfen sind, konspirieren. Hernach folgt der Staat. Dann die Kirche. Nur in einzelnen Schichten werden, wie erwähnt, die Klasse (bei den Sozialisten in Konkurrenz, bei den Bolschewiken ohne Mitempfinden mit der Nation) und die Rasse (bei den deutschen Rassengläubigen und ihnen Gesinnungsverwandten in Osteuropa, zumal in Polen, Rumänien, Ungarn) als ethische Werte bekannt — in Parenthese muß bemerkt sein, daß die Katholiken angesichts des ungeschwächt fortdauernden Anspruchs der Kirche auf den ersten Rang, dem das Staatsgefühl und das Nationalbewußtsein der meisten Laien zu innerst widerstreben, einer deutlichen Kundgebung ausweichen, ob Staat, Nation, ob Kirche im Konflikt vorangehen —. Das sind die Gesamtheiten, zu denen man sich „Unter den Linden" als anständiger Mensch gesellen darf. Als verpönt betrachtet man dagegen, wie seit dem Altertum, das vorzüglich der Familie, der Partei, dem Stand, der Zufallsgruppierung geweihte Gefühl.

Man könnte manche Bände mit den Erscheinungen anfüllen, die ähnliche

affichierte Ansichten zur Heuchelei stempeln. Wie viele — ich bin so kühn zu behaupten, es sei die Mehrheit — werden den Lese- und Gesetzbüchern, den Zeitungen, dem Katechismus, dem Theater und dem Pathos zuwider, im Herzen wie im entscheidenden Moment dem Familieninstinkt gehorchen, was zwar schon im alten Hellas als sehr wenig fair betrachtet wurde, aber in noch älterer Urzeit seine Erklärung und den noch unüberwundenen Urgrund findet. Seltener als die heimlichen Gefangenen des Bluts und der Lebensgewohnheit sind die der Partei, des Vereins. Wer indes in soziologische Phänomene tiefer hineingeblickt hat, wird mir zugestehen, daß oft die absurdesten gruppenbildenden Momente, wenigstens eine knappe Weile lang, stärker wirken als die höchsten, erhabensten Motive. Ein Beispiel: zu einer ausverkauften Kinovorstellung in einem Pariser Lichtspieltheater der großen Boulevards sind in langer Kette Angehörige aller Länder, Nationen, Rassen, Stände, Religionen, Klassen angestellt. Der Verkehr ist gestört. Ein paar Polizeiagenten kommen, die Menge zu zerstreuen. Im Moment wird aus dieser heterogenen, durch die Solidarität des bedrohten, selbständig betrachtet ganz unbedeutenden Interesses am rascheren Besuch der Vorstellung, eine einheitliche Masse, die sich allen sonstigen Solidaritätsbanden entzieht. Ich sah einen vornehmen alten Franzosen, Kaukasier, Katholiken, Edelmann mit einem amerikanischen Nigger zweifelhafter Religion und unzweifelhaften Plebejertums in leidenschaftlicher Solidarität gegen einen Polizeikommissar protestieren, mit dem ihn Rasse, Nation, Staat, Religion, Stand verbanden. Ich bin überzeugt, auch die Bande des Blutes wären in dieser Stunde schwächer gewesen als die gemeinsamer um eine Stunde verschobener Schausucht.

Ergebnis und Lehre: Gemeinschaft und Verschiedenheit haben nicht mit dem Ethos und nicht immer mit dem Logos Zusammenhang. Wer anders, ist darum weder töricht noch frevelhaft. Dann aber, es ist weder töricht noch frevelhaft, anders zu sein. In dieser schlichten, doppelten Wahrheit birgt sich das Urteil — ach, daß es doch das Todesurteil wäre — über Ultrachauvinismus und falsche Sentimentalität des Weltumarmens. Wenn Verschiedenheit und Widerstreit der Kollektivwesen nichts als ein soziologisches Phänomen darstellen, dem naturhistorischen des struggle for life der Individuen parallel zu erachten, dann muß vernünftige Einsicht gebieten, auf jenes Unmögliche zu verzichten, daß sich unser Jammertal in ein Paradies der Eintracht verwandle; muß geläutertes Empfinden den berechtigten Kampf fürs eigene und seiner Genossen unverzichtbare Interesse vom ungerechten Haß gegen die an sich ebenso moralisch einwandfreien Gegner trennen.

Dieses nun ist der Weisheit letzter Schluß, das Ziel eines erstrebenswerten Fortschritts: Nicht nur den Anlaß und die Unabwendbarkeit des Konflikts zu mindern, sondern auch dort, wo er, vermutlich auf ewige Zeiten, unvermeidlich ist; dort, wo tragisches Verhängnis unlösbaren Gegensatz der Nationen schuf — ich

denke ans mir zunächst liegende Beispiel Deutschland-Polen —, Achtung und Gerechtigkeit dem Widersacher zu bewahren. Im Nebeneinander des Friedens, wie vor der Notwendigkeit des geistigen, ja des blutigen Kampfes. Darin liegt resigniertes Sich-Abfinden mit den Tatsachen; damit sind das edle Gefühl der Treue zu Staat und Volk wie die christliche Nächstenliebe vereinbar. Dahin strebt die Linie zu erhoffenden Aufstiegs.

K. Haushofer:

LITERATURBERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Prof. Dr. Heinrich Schmitthenner: „Nord- und Südchina." Petermanns Mitteilungen 1927. Heft 5/6.

Auf nur acht Seiten bringt der jüngst aus China zurückgekehrte V. die entscheidenden Züge der chinesischen Frage in einen nach großen Gesichtspunkten gesehenen, aber allseitig mit vortrefflich verarbeiteten Einzelzügen belegten Zusammenhang; er geht nur freilich weit über den der politischen Erdkunde (z. B. von Tiessen) angewiesenen Rahmen hinaus und fügt die Ergebnisse geschichtlicher Bewegung, volkswirtschaftlicher und soziologischer Erkenntnis des Chinesentums mit den geographischen Einsichten zu einer der vollendetsten geopolitischen Darstellungen zusammen, die wir kennen.

Als solche empfehlen wir sie unsern Lesern, als einstweilige Vertröstung auf das größere, bei Engelhorn in Vorbereitung befindliche Reisewerk des V., als das beste, augenblicklich greifbare Hilfsmittel zum Verständnis der Weiterentwicklung der chinesischen Frage. Nicht nur in den unmittelbar geographisch erweisbaren Grundzügen, sondern auch in Weltanschauung, Verhältnis zu Schrift und Sprache, Rassengefüge, Wirtschaft und Bauweise sind die Gegensätze und Unterschiede, aber auch Übergänge zwischen Nord- und Südchinesen herausgearbeitet. Die Begründung der Kleinräumigkeit der südchinesischen Städte im Verhältnis zu den nordischen, schließlich gipfelnd im Gegensatz Kanton-Peking, das Verhältnis zu Reis und brotartigen Speisen, zum Kang (Ofen-Bett) zeigen Wahrnehmungen von besonderer Feinheit. Mit Recht ist die Propaganda des Südens als „nationalsozialistische" bezeichnet worden. Das bringt tatsächlich die Eigenart des südchinesischen Nationalismus auf die kürzeste, in Mitteleuropa verständlichste Formel. Freilich bewegt sich die meisterhafte Schilderung der Leitzüge der Kantonregierung im nord-südlichen Grenzrain schon sehr auf dem Boden der Geopolitik; und gerade die Vertreter der Meinung, diese müsse von der Geographie aus ihren Hauptauftrieb erhalten, begrüßen Schmitthenners Meisterprobe aus seiner Ostasienreise ganz besonders an der rein geographischen Stelle, in der sie als Zierde zu stehen kam.

Seit Dofleins prächtiger „Ostasienfahrt" gehört es fast zu den vornehmen Verpflichtungen eines längere Zeit im fernen Osten arbeitenden Forschers, daß er außer seinen Spezialarbeiten auch ein allgemeiner gehaltenes Reisewerk für länderkundliche oder geopolitische und wirtschaftliche Zwecke beisteuere. In solcher Art liegen als Neuerscheinungen vor:

Johan Gunar Andersson: „Der Drache und die fremden Teufel." Leipzig 1927. Brockhaus. 208 Abbildungen, 1 Karte.

Richard Goldschmidt: „Neu-Japan." Berlin 1927. Julius Springer. 215 Abbildungen, 6 Karten.

Hans Molisch: „Im Lande der aufgehenden Sonne." Wien 1927. Julius Springer. 193 Abbildungen.

Robert Knauß: „Im Großflugzeug nach Peking." Berlin 1927. Union Deutsche Verlagsgesellschaft. 46 Abbildungen, 2 Karten.

Paul Schebesta: „Bei den Urwaldzwergen von Malaya." Leipzig 1927. F. A. Brockhaus. 150 Abbildungen, 1 Karte.

Alle diese Werke vereinigt in ihrem geopolitischen Wert die wichtige Tatsache, daß sie Nebenfrüchte ihrer eigentlichen Tätigkeit von Männern enthalten, die entweder in langen, stillen Entwicklungen oder in spannungsreichem Kampf mit gemeinsam bestandenen Schwierigkeiten den fernen Osten bei seiner Arbeit kennengelernt haben, und als Mitarbeiter zu großen Zielen, als Meister von ihm aufgenommen wurden. Daraus ergibt sich eine ganz andere Einstellung und eine ganz andere Eindringungstiefe, als sie dem Reisenden aus bloßer Aufnahmetätigkeit, bloßem Zusehen erreichbar ist.

J. G. Andersson hat elf Jahre lang als geo-

logischer Ratgeber des chinesichen Staates, als Nachfolger von F. Solger, die Aufbauarbeit von H. C. Chang, vor allem V. T. Ting und Wong Wen Hao geteilt; er ist, wie Wilhelm und viele gute Kenner, unter den ganzen Zauber geraten, den der Umgang mit hochgebildeten Ostasiaten zu üben weiß. Trotzdem hat er seine Augen auch für die dunklen und stürmischen Teile des von ihm mit seltener Klarheit — auch aus der Gunst seiner schwedischen Neutralität heraus — überschauten Kraftfeldes offen behalten, und zeichnet z. B. S. 29—31 mit überlegener Sicherheit die Charakterzüge der ostasiatischen Kultur, S. 32—41 den Nord-Süd-Gegensatz, dann das Wesen des Chinesen als Ackerbauer (in feiner Kritik des bekannten Werkes von King) und den zähen Fleiß im kleinsten des chinesischen Erwerbslebens.

Anderssons Schilderungen, durch persönliche Beziehungen zu führenden Männern, wie dem Spracherneuerer Ku Shi, bereichert, tragen die Farbe eines zwar in allen Einzelzügen wissenschaftlich beobachteten, aber immer in seinem ganzen Zusammenbau gesehenen vollen Lebens; sie sind, auch in ihrer Würdigung der Missionen in Vorzügen und Schattenseiten, von hohem Wert für die geopolitische Urteilsbildung. Das Schlußkapitel über die Ausgrabungsreise in Kansu ist wohl die beste neuere Schilderung des noch chinesischen Nordwestens und seines augenblicklichen Zustandes in jener für das Abendland so schwer erklärlichen Schwebelage zwischen inneren Unruhen und dennoch sich beharrlich weiter erhaltendem Dasein in seinen uralten Formen.

Richard Goldschmidt: „Neu-Japan", gibt gute Reisebilder über die als Neu-Japan zusammengefaßten Außenbesitzungen des japanischen Reiches, die seit der Vorkriegszeit zum erstenmal wieder von einem Deutschen so zusammengefaßt werden. Scharfe geopolitische Lichter fallen dabei auf sonst ohne weiteres schwer verständliche Vorgänge, wie die kurze, aber treffende Gegenüberstellung S. 237—38 am mandschurischen Zuge über das Los Koreas und den Unterschied zwischen dem guten Rassentyp der einzelnen Nordchinesen und der so viel besseren Gemeinschaftsleistung der japanischen Staatskultur. Im Anschluß daran ist die rassenbiologische Betrachtung über Südkoreaner und Japaner bedeutend.

So knapp zusammengefaßt die Schilderungen Koreas und des südmandschurischen Pachtgebietes sind: sie sind für uns vielleicht noch wertvoller, als die der freilich sonst vernachlässigten Bonin-Inseln, Formosas (über das wir kurz vor dem Kriege sehr gute Schilderungen seiner Wald- und Wasserwirtschaft von A. Hofmann: Aus den Waldungen des fernen Ostens haben), und der Ryu-Kyu (die Simon ausgezeichnet beschrieben hat, dessen Arbeit freilich Goldschmidts biologische Beobachtungsweise sehr glücklich ergänzt).

Im Gegensatz zu Goldschmidt, der mit scharfer Beobachtungsgabe die Außenposten des Inselreichs und „das künftige Sturmzentrum der Weltpolitik" betrachtet, wendet sich Hans Molisch, der in Sendai tätig gewesene österreichische Biologe, dem Stamm-Inselbogen selber zu, dem er neben seiner „Pflanzenbiologie in Japan" (Jena 1926) „ein volkstümliches Buch" widmen wollte.

Volkstümlich also gehalten, bietet die japanische Nebenfrucht der eigentlichen Arbeit des berühmten Biologen doch auf S. 38 treffliche Streiflichter auf die japanische Lehrfreiheit, S. 40 die lebendige Pietät, S. 51 eine große Auffassung der Totenmesse, S. 69 ein Urteil über das Volk, lauter geopolitisch Wertvolles. Glänzend lebendig ist das Kapitel 7. „Bei Affen und Walfischen zu Besuch" — ein Bild wirklichen Volkslebens seitab vom Globetrotterwege, wie wenig später, ab S. 81, die Darstellung der Lignitindustrie, ein Muster, wie solche Spezialaufgaben landeskundlich auf knappem Raum lösbar sind. S. 138 zeigen die Aufzeichnungen über die Nogi-Gedenkstätte, wie tief der V. in die Volksseele gesehen hat; von S. 179 an malt sich der Reflex der aus der Nähe miterlebten, beinahe geteilten Erdbebenkatastrophe vom 1. 9. 1923, und sehr deutlich ihr Rückschlag in die nahe gelegenen Landschaften hinein. S. 200 gibt eine Fuji-Besteigung mit vielen wertvollen Nebenbeobachtungen; S. 206 gut Gesehenes über den Selbstmord in Japan, der im Volksempfinden auch heute noch eine so völlig andere Rolle spielt, als in den Ländern mit christlich beeinflußter Kulturgrundlage, und mehr an die antike Auffassung erinnert. Die Schilderungen aus dem äußersten Norden Japans

endlich geben außerordentlich wertvolle, neueste Eindrücke in die Kolonisation auf Hokkaido, auf Sachalin, in dieses Verklingen japanischer Siedelungsfähigkeit und Tätigkeit in allzu nordische Lebensbedingungen hinein. Der Geograph wird sich seine landeskundlichen Einblicke in dem reich sprudelnden, in flüssigem Plauderton neben allem wissenschaftlichen Ernst dahinfließenden Reiseerinnerungsbuch etwas mühsam heraussuchen müssen; aber er wird durch vielseitige Ergänzungen seines Bildes von Japan belohnt werden.

Robert Knauß: „Im Großflugzeug nach Peking" ist eine geographisch und geopolitisch außerordentlich wertvolle Darstellung des gediegen vorbereiteten Einführungsunternehmens für den eurasiatischen Überlandflug, mit kluger Ergänzung durch treffsichere, zweckbewußte Aufnahmen, vortrefflichen Wahrnehmungen über den wichtigen Übergang von den Sowjetbünden zum mandschurischen und chinesischen Eindrucksbereich: ein Vorbild geradezu, wie der Flieger geopolitisch auffassen und berichten soll, und wie tief er dabei eindringen, wie Wesentliches er von oben her durchschauen kann.

Schebesta: „Bei den Urwaldzwergen von Malaya" ist, im Gegensatz zu dem hervorragenden geopolitischen Beobachter aus der Fliegerwelt, Knauß, der ganz der Zukunftsentwicklung zugewandt ist, zu den Anfängen der Hylaea-Kultur der Zwerg- und Negritorassen Südostasiens zurückgewandt. Aber ein Buch wie das seine schafft Bausteine zu jenen Einblicken, die mir beim Entwurf der Pazifischen Geopolitik im Abschnitt V: „Tragende Unterschichten im Rassenbau" vorschwebten.

Gewiß, die Semang Malayas in ihren reinen Urwaldwanderstämmen umfassen heute vielleicht nicht mehr als 2000 Seelen; aber sie stecken doch im Rassengefüge der fünf Millionen der Malayenhalbinsel, der fünzig Indonesiens mit viel größerem Blutanteil; gerade auf S. 37 ff. ist geschildert, wie tatsächlich Rassenmischung zwischen Waldmenschen des Innern und Trägern der Randkulturen entstand, trotzdem man sie später ableugnet, ganz ähnlich, wie auch im indischen, im japanischen Rassengemisch. Und die Rückschlagserscheinungen bezeugen nachher, was dennoch alles in den tragenden Unterschichten steckt, und auf einmal (siehe Morofrage der Philippinen, Hakkafrage in Südchina) wieder mit geopolitischen Nennwerten auftaucht. Auf S. 36 findet sich die Macht des Urwalds über den Menschen des tropischen Inneren. „. . . Wir müssen Bäume um uns haben!" Mit dem Urwald schwindet vor der Kautschuk-, Reis-, Zinn-, Monokultur auch die Daseinsmöglichkeit der Urbewohner. S. 151/52 ergänzt das über frühe Holz-Bambus-Kultur Gesagte, gute Beschreibungen von Frobenius über ähnliche Zustände in der afrikanischen Hylaea (Waldwüste). S. 65/66 finden sich zutreffende, einfache Feststellungen über die Wurzeln des Totemismus, die uns wahrscheinlicher klingen als manche übersteigerte kunstwissenschaftliche Theorien. Auf jeder Seite fast gibt der opferwillige Teilnehmer an den Freuden frühgeschichtlichen Urwaldnomadenlebens Zeugnis für das enorme, der Natur abgelauschte praktische Können der Negritozwerge, die gewiß zu den bedeutendsten Erfindern und Entdeckern der Menschheit gehören, aber eben erst sich weiter entwickeln können, wo sie aus dem Urwald an die Flußmündungen, das Meer oder in die Lößhochflächen treten, wo sie ihn erst überwinden lernen. Ein interessanter Zeuge des Wertes ethnologischer Bausteine für geopolitische Erkenntnis!

Volkswirtschaft und Soziologie steuern diesmal aus dem indopazifischen Bereich selbst und seinen Randmächten bei: die Fortsetzung der „Economic Review" der Kyoto University, Band I, Nr. 2, Dez. 1926, und zwei, ihrem Bestreben sehr entgegengesetzte Erscheinungen aus dem Bereiche der Sowjets, die eine der chinesischen, die andere der japanischen Volkswirtschaft gewidmet; „The Sowjets in China unmasked!" Documents revealing Bolshevistic Plans and Methods, seized in the U.S.S.R. Embassy Peking, 6. April 1927, Shanghai, North-China Daily News and Herald, Ltd. aber, mindestens in dem diabolisch-klugen Dokument Nr. 6, unzweifelhaft russischen Ursprungs (Die rote Agrarpolitik, vertraulich) und: K. Charinski: Japan in Vergangenheit und Zukunft." Moskau 1926 (Russisch).

Das japanische Selbstzeugnis zur heutigen wirtschaftlichen Grundlage enthält an geopolitisch

bemerkenswerten Beiträgen: E. Honjo, „The Agrarian Problem in the Tokugawa Regime", also eine Darstellung der Grundlage der heutigen japanischen Agrarpolitik in dem unmittelbar der Reichserneuerung vorangehenden Zeitalter von 1600—1868 (S. 75); S. Sakuda: „Einige Charakterzüge der chinesischen Volkswirtschaft" (S. 128); S. Kawada: „Landbauprobleme und ihre Lösung in Japan." Sehr originell ist auch S. Takarabe: „A birds-eye View of Japanese pickles" für den Kenner der Rolle, die sie volkswirtschaftlich in dem übervölkerten Lande mit seiner gefährlichen Neigung zu passiven Handelsbilanzen spielen. Die Arbeit von Honjo bebeleuchtet zunächst scharf den Zusammenhang zwischen Agrarproblem und Bevölkerungsstauung in der Tokugawazeit, in der wir die Hauptstütze des auf Reis-Naturalwirtschaft aufgebauten Staates zu künstlich niederer Lebenshaltung herabgedrückt sehen. Außerordentlich wertvoll ist die Verarbeitung des kurz charakterisierten japanischen, sonst schwer erreichbaren Quellenstoffs für eines der lehrreichsten bevölkerungspolitischen Erlebnisse der Menschheit: die zweihundertjährige Stauung und plötzliche Wiederbelebung der japanischen Bevölkerungsbewegung, in ihrem Zusammenhang mit der Bauernhebung. Sehr bemerkenswert ist auch, wie die moderne japanische Wissenschaft mit Sakuda die chinesischen Landfragen sieht und mit Kawada die Lösung der eigenen Schwierigkeiten sucht.

„Die Sowjets in China demaskiert" (The soviet in China unmasked) zu zeigen, und den Stoff dazu durch regelrechten Raubüberfall auf die Umgebung einer fremden Botschaft, noch dazu des Doyens in einem ganz besonders immunen und fremdmacht-verteidigten eigenen Gesandtschaftsviertel zu gewinnen, ist sicher ein ungewöhnliches Verfahren. Daß Agenten zur Ermietung von Spionen in andern Gesandtschaften angeleitet werden, dürfte sich wohl bei vielen Botschaften durch ähnliche Mittel erweisen lassen (Dokument 1 und 2); daß man Aufstände im Gebiet eines zu bekämpfenden Gegners erregt, kann nach den Vorgängen in den Zentralmächten, die sie selbst veranlaßt haben, die hohen alliierten und verbündeten Mächte von 1914 und später unmöglich mit echter sittlicher Entrüstung erfüllt haben. Daß man die Liste der russischen Helfer der Kantonregierung und den Nachweis ihrer fortwährenden Beziehungen zu den Ämtern der Sowjets dabei fand, ist Pech, und daß sie Waffen und Munition, schließlich Bezahlung für beides wollten, ist menschlich.

Aber, daß man ein Dokument wie das 6., und damit wirklich eine diabolisch überlegene Darstellung der Art und Weise fand, in der die Drähte der chinesischen Revolution auf Grund hervorragender Sachkenntnis der chinesischen Wirtschaftskultur und ihrer revolutionären Möglichkeiten von Moskau aus gezogen wurden, das ist wirklich für die Hauptbeteiligten auf der Sowjetseite ein Unglück, für ihre Gegner ein Glück, für unbeteiligte Forscher aber eine freundliche Zufallsgunst.

Sie beleuchtet grell, worauf sich Mächte, die außenpolitisch mit den Sowjets zusammenarbeiten müßten, innenpolitisch von ihren Agenten gefaßt zu machen hätten; sie zeigt, in welchen Richtungen die chinesische Wirtschaftsstruktur zum Überstürzen in bolschewistischem Sinne gebracht werden konnte, wieviel aber doch noch dazu fehlte, daß es in diesem Sinn wirklich gelang. Man hat versucht, die Echtheit des teilweise, und zwar mit höchster Sachkenntnis angebrannten Stückes zu leugnen; mit Unrecht; es ist viel zu gut unterrichtet, um nicht authentisch zu sein. Etwa 33 Mill. Patronen, 26000 Gewehre, 200 große und kleine Geschütze in Nachweisen, dazu Organisatoren ersten Ranges sind ergiebige Hilfen; aber die Durchdringung des ganzen sozialen Gefüges beweist, daß man sie wahrlich nicht umsonst zu geben gedachte, jedenfalls aber ausgezeichnet unterrichtet war.

Ein weiterer Beweis, daß man praktisch nach Lord Disraelis Wort verfuhr: „Zuletzt regiert der Bestinformierte", also vom Gegner gelernt hatte, ist auch:

Charinski: „Japan" (Japonija w Proschlom i nastojaschtschem). Russisch. Wladiwostock 1926.

Japan in Vergangenheit und Zukunft: der Titel wird derb, aber suggestiv symbolisiert durch die farbige Umschlagzeichnung, die als Vertreter des alten und neuen einen Samurai von übersteigertem Adelstyp mit zwei Schwertern und

Fujiyama als Hintergrund und einen Schwerarbeiter primären Rassenrückschlags mit Schurzfell und Schmiedhammer vor rauchenden Fabrikschloten zeigt.

Auf 400 enggedruckten Seiten gibt der V., nach einer etwas knapp geratenen geographischen Einführung eine ziemlich ausführliche Darstellung der älteren und neuen Geschichte und verbreitet sich besonders über wirtschaftliche Verhältnisse der Neuzeit — widmet z. B. den führenden Großfirmen Mitsui und Mitsubishi je ein eigenes Kapitel, wie auch den Plutokraten des modernen Japan und der Arbeiterbewegung. Die an sich gut und charakteristisch gewählten Illustrationen sind Opfer eines allzu billigen Reproduktionsverfahrens geworden. Wie andere, schon früher angezeigte russische Arbeiten über den fernen Osten und Südosten ist auch dieses Buch für seinen Gehalt wohlfeil (3 Rubel), und bringt eine Menge volkstümlich zusammengefaßter und doch wissenschaftlich wertvoller Information; es beweist wieder das in Sowjetrußland vorwaltende Bestreben, gute geopolitische Literatur zu erschwinglichen Preisen in breite Schichten zu tragen, und die davon erreichten Kreise dadurch tatsächlich zu befähigen, als bewußte Schallkörper für seine Außenpolitik zu dienen.

Hisakatsu Yabe uud Renjirô Aoki: „The Great Kwantô Earthquake of September 1 1923. Geologically Considered. Saito Ho-on Kai, Sendai, Japan. 1926. S. 71—83. Karte.

Hier liegt endlich, auf wenigen Seiten, die Stellung hervorragender japanischer Sachkenner, zugleich mit einer Übersicht der japanischen Literatur dazu, über das große Kwantôerdbeben vor, zu dessen Nachwirkungen auch das Finanzbeben vom Frühjahr 1927 noch gehört, eine Nachwehe des Verlustes von über 5000 Mill. Yen, die — außer 99331 Toten, 103733 Verwundeten, 254499 zerstörten und 447128 verbrannten Häusern, die wenigen Minuten geologischer Unsicherheit gekostet hatten. Indem Prof. Yabe und sein Mitarbeiter die seismischen Einzelheiten, die Veränderungen der Landoberfläche und des Seegrundes einem größeren Werk vorbehalten, auf das man gespannt sein darf, streift der Vorbericht sozusagen nur die großen morphologischen Züge des Störungsbereichs (disturbed area). Der Erdbebenherd wird nun allgemein unter der Sagamibucht gesucht. Außerordentlich interessant ist die kurz zusammengefaßte Schilderung der so grundverschiedenen Hauptelemente der Schütterzone: Kwantôebene; Halbinseln Boso und Miura und Oisoblock als Teile eines einst zusammenhängenden Horstes; das Kwantôbergland im weiteren Sinn (Kwantô und Doshiberge); die vulkanische Fujizone. Es liegt etwas Tröstliches darin, daß sowohl das Erdbeben von 1703 in derselben Gegend, als die Katastrophe von 1923 in viel klareren Beziehungen zur Geotektonik von Japan steht, als seine Gelehrten zuerst glaubten. Aber es ist noch bedenklicher für die Hauptstadtlage und die wichtige Siedelungsanhäufung in ihrer Umgebung, als wir schon 1924 bei der Besprechung des Erdbebens in dieser Zeitschrift andeuteten.

Hisakatsu Yabe: „Excursion to Matsushima and Sandai; Geological Guide.“

Hisakatsu Yabe: „Geological Guide to the Excursion to the Ikushunbets Coal-Mining District, Ishikari, Coalfield, Hokkaido.“

Hisakatsu Yabe and Takumi Nakao: „Geology of the Miike Coalfield.“

Hisakatsu Yabe and Shichihei Nomura: „Geological guide to the Excursion to Kioroschi, Province of Shimosa“, sämtlich Sonderdrucke des Führers für die Exkursionen C 3, A 2, E 3, C 6, publ. by the Pan-Pacific Science Congress 1926 Japan: Zeichen des großen wissenschaftlichen Wertes der Kongreßarbeiten, die in Europa viel zu wenig bekannt geworden sind.

Prof. Dr. H. Blink: „Opkomst van Nederland als Economisch-geographisch Gebiet van de oudste Tijden tot heden.“ Encyclopaedie van de Wereldbibliothekk. Amsterdam 1925. Maatschappij voor goede en goedkoope Lectuur.

R. P. Oßwald: „Die Bevölkerungspolitik der Holländer in Niederländisch-Indien.“ Deutsche Rundschau 1927, Mai, S. 145—151.

„Deutsches Jahrbuch für Niederländisch-Indien.“ F. A. Schöppel, Batavia 1925.

„Deutsche Wacht“, lfd. Batavia.

Wenn wir scheinbar heterogene Werke, wie die vorbildliche Wirtschaftsgeographie der Nie-

derlande von H. Blink, eine auf wenigen Seiten ein großes Problem aufrollende kolonial-bevölkerungspolitische Arbeit, wie die von Oßwald, und die Zeugen emsiger, liebevoller wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Mitarbeit an ihrem Wahlwirkungskreis der Deutschen in Batavia, unter einen Nenner bringen, so ist es, um unsern Lesern die Wichtigkeit eigener Urteilsbildung über das Weltreich der Niederlande, seine Grundlagen, seine Gefahren und Probleme nahezulegen, und zugleich einige Hilfen dazu im Zusammenhang zu nennen.

Wer sich ins Niederländische einlesen kann, dem wird das Werk von Blink sehr viel Wertvolles bringen. Schon die Art, wie (S. 7—9) der Boden und Raum in Beziehung zu dem ökonomisch aktiven Menschen gesetzt ist, verrät, auf welche großzügige Synthese der Verfasser ausgeht, wie lebendig er wirken will und schon auf den Sprachfremden zu wirken versteht, wieviel mehr erst auf den Niederländer selbst, auf den Mann, der für das Weiterleben des Weltreichs der Niederlande „auf seinem geographischen Platz im großen" verantwortlich ist. Betrug 1920 der europäische Landraum der Niederlande nur 34201 qkm, davon 1598 für Wasserflächen, und 6865314 Menschen mit Volksdichte 210, nur 0,023 % der Erdoberfläche und 0,38 % der Erdbevölkerung, so gehörten in Asien 1459250 qkm, in Australien 437287 qkm, in Amerika 130230 qkm, im ganzen über zwei Millionen Quadratkilometer, mit heute weit über 50 Mill. Menschen dazu. Auf jeden Niederländer trafen über 7 Koloniale (in Frankreich $1^1/_2$, in England $9^1/_2$). Das Reich als Ganzes hat also die zweitintensivste Kolonialität der Erde.

Dieser durchaus begriffenen Gefahrspannung gegenüber arbeitet nun Blink wie ein wohlbedachtes Gegengewicht die Bodenkraft und Kultur- und Wirtschaftsleistung des europäischen Reichskernes heraus. 25 Karten und graphische Darstellungen helfen ihm dabei, Bildwirkung zu erzielen und Raum zu sparen. Es ist in der ganz besonderen Lage der Niederlande geradezu eine Bibel der Heimatstärke, deren der kleine Reichskern hier mehr als irgendwo anders bedarf.

Die Kraft des niederländischen Heimatwertes begreifen zu lehren, zu zeigen, wie wesentlich gerade sie die koloniale Leistungsfähigkeit bestimmt, haben wir das Buch von Blink so angelegentlich empfehlen zu müssen geglaubt.

Erst aus der Heimatsicherheit des Niederländers wird man gewisse Bedächtigkeiten seiner Eingeborenenpolitik vor allem in Insulinde verstehen, aber auch seine Anziehungskraft auf besonders tüchtige Elemente des plattdeutschen Hinterlandes der Rheinmündungen, die aus den anderen angezogenen Arbeiten hervorgeht.

Die Eingeborenenpolitik der Niederlande in Insulinde scheint uns von Osswald im allgemeinen richtig dargestellt zu sein; nur können wir uns bei der von ihm behaupteten so allgemeinen Befriedigung der Beherrschten die Aufstände in Java und Sumatra von 1926 schwer erklären und glauben sicher, daß ein Buch wie das von Tan Malakka: „Indonesia", Moskau-Leningrad 1925 (russisch) zwar die Aufruhrstimmung übertreibt, aber doch eine gewisse nützliche Gegenkorrektur vom Standpunkt des unzufriedenen Teils der mehr als 300 Menschen auf den Quadratkilometer in Java bedeuten könnte. Der Schluß von Osswald enthält sicher eine ernste Mahnung an die Niederlande als Beati possidentes. Es könnte doch einmal nicht ganz gleichgültig für die Niederlande sein, ob die andern 70 Millionen jetzt für eine nicht beachtenswerte Größe gehaltener und dementsprechend behandelter Rassenverwandten in Mitteleuropa das Abtriften von zwei Millionen Quadratkilometer Kolonialboden in andere Hände oder in den Bereich der Selbstbestimmung mit der gleichen kühlen Uninteressiertheit mit ansehen, die jetzt das wohlhabende Rheinmündungsland den Leiden seines europäischen Hinterlandes entgegenbringt. Alle freundliche Gesinnung der Deutschen in Indonesien würde dann eben nur die Stimme einer kleinen, nicht zur Wirksamkeit kommenden Minderheit sein.

Prof. Dr. A. Krämer: „Westindonesien. Sumatra, Java, Borneo." 45 Tafeln mit erläuterndem Text. Ganzleinen. RM. 16,50. Stuttgart 1927. Frankh'sche Buchhdlg.

Auf einem im Verhältnis zur Riesengröße der selbstgestellten Aufgabe gedrängten Raum, im höchsten Grade preiswert, wenn man die Fülle des dargebotenen Bild- und Wissensstoffes wägt, wird eine Grundlage zur Beurteilung der westindonesischen Kultur geboten; der weitere Be-

reich der ostmalaio-polynesischen Wanderungen soll in einem II. Band folgen. Die Einleitung auf wenigen Seiten (7 bis 11) ist vom geopolitischen Standpunkt der Höhepunkt des allen unsern Lesern angelegentlich zu empfehlenden Werkes. Denn hier ist einmal der ganze Stoff an Symptomen aus dem Bereich von Kunst und Sitte zur selbständigen Beurteilung geopolitischer Lebenskraft ausgebreitet. Hier sind nun Anhaltspunkte zur Bildung eines eigenen Urteils darüber, ob in den mehr als 50 Millionen Malaien die Möglichkeiten und Kräfte zu einem selbständigen Beitrag zur Kultur, Macht und Wirtschaft der Gesamtmenschheit stecken (— namentlich, wenn ihnen ein anderes, rassenverwandtes Inselreich von heute 85 Millionen Menschen, mit der drittstärksten Flotte der Erde zu Hilfe dabei käme —) oder nicht. Je nach dem Ergebnis dieses Abwägens wird man die Aufstände in Java und Sumatra mit positiven oder negativen Vorzeichen zu versehen haben. Wir sehen also, wie wichtige und weittragende Schlüsse die Kunstgeographie, im Stile Krämers betrieben, unterstützen kann. Wem die Malaienwelt nicht schon bekannt war, der wird von der Fülle künstlerischen Lebens und schöpferischer Kraft darin überrascht sein. Er wird sehr schnell die Zusammenhänge über die ganze pazifische Kultur hinweg herausfühlen, auch die mit den noch ungebrochenen völkischen Bestandteilen in Japan wie in den Philippinen. Darum ist der Vorschlag einer neuen Namensbildung „Austronesien“ ein gefährlicher Begriff: eine sehr große Sprachfamilie könnte ihn aufnehmen, und Japan dürfte sich plötzlich zu ihrem Wortführer machen: dann steht das Gewicht von mehr als 150 Millionen Menschen dahinter, von Inhabern der reichsten Wirtschaftsgebiete der Erde, die in dem vorgeführten Bildstoff die am meisten eigenartige Periode ihrer Kulturentwicklung anerkennen. Wer über die Politik, Kultur und Wirtschaft des australasiatischen Mittelmeers mitreden will, muß das Buch kennen.

Hermann Lautensach: „Länderkunde. Ein Handbuch zum Stieler.“ Justus Perthes, Gotha 1927. S. 433—445: Asien; S. 492—512: Südasien; S. 512—522: Inner-Asien; S. 523 bis 576: Ostasien, Australasiatisches Mittelmeer und Australien; S. 796—798: Pazifischer Ozean.

Absichtlich sind hier aus einer der bedeutendsten Einheitsleistungen deutscher Erdkunde der letzten Zeit — über die in ihrer Gesamtheit an anderer Stelle berichtet ist und der wir mit tiefster Achtung als einer vom einzelnen Forscher kaum mehr zu bewältigenden Arbeitsleistung gegenüberstehen — die Seitenzahlen genannt, die selbst in einem so stattlichen Band nur auf den indopazifischen Raum treffen. Nicht hundert Seiten sind für den Lebensraum und die Daseinsbedingungen der größeren Hälfte der Menschheit verfügbar! Das bedingt höchste Zusammenraffung des Wesentlichen, geistvolle Verzahnung zwischen dem, was unbedingt mit Worten gesagt werden muß, und der stets daneben zu lesenden Karte, eine Treffsicherheit in der Prägung farbegebender Einzelheiten und der Auswahl der Werturteile von Sachkennern, fast wie sie die Führer des indo-pazifischen Raumes selbst haben müßten, wenn sie ohne Gefahr für die Gesamtmenschheit seine Angleichung an die Kulturen des Westens vollziehen sollten.

Das Nebenziel, den westlichen Lesern wenigstens eine Ahnung von der Größe dieses Problems, mit den Unterlagen zu eigenem Urteil zu geben, hat Lautensach auf dem engstmöglichen Raum vorbildlich erreicht. An geopolitisch strebenden Lesern ist es nun aber auch, Hand in Hand mit dem durchzupflügenden Stieler-Atlas das höchste Ergebnis aus diesen Schilderungen zu ziehen, die mit echt deutscher Arbeitstreue, bald derber, bald feiner nach dem Bedarf des Objekts, mit Eigenwert in jedem Strich, hingesetzt sind. Namentlich aus der Allgemeindarstellung von Gesamtasien tritt uns die schwerste Krise unserer Zeit in fast atembeklemmender Größe und Klarheit entgegen. Nur durch Aussparen alles irgend entbehrlichen, aus der Karte und Beilagen zu gewinnenden Beiwerks ist solche Plastik erreichbar, wie sie sich S. 445; S. 496: (Monsun-Aufkommen!); S. 499: (Indische Anthropogeographie!); S. 523 ff. (Wesenszüge Ostasiens; China als Großlandschaft); S. 548; (Australasiatisches Mittelmeer) findet. Was wir an länderkundlichen Grundlagen zu geopolitischer Weiterarbeit besonders schätzen müssen: der Mut zur Form, zur Prägung, zur Vereinfachung auf das

Wesentliche, das aber mit kunstgewerblicher Reinlichkeit herausgemeißelt werden muß, gerade das finden wir in hohem Grade bei den Fassungen des indopazifischen Raumes durch Lautensachs Stieler-Handbuch.

André Duboscq: „Le problème du Pacifique." Paris 1927. Librairie Delagrave. 1 Kte.

Auf einer Reihe guter eigener geopolitischer Arbeiten fußend, mit angelsächsischen, russischen, japanischen, wie französischen Vorarbeiten wohlvertraut, in Auseinandersetzungen vor allem mit Sarraut (langjährigem Gen. Gouv. v. Indochina u. Bevollmächtigtem in Washington), Barthélemy, Yoshitomi(?), René Pinon, aber auch Karachan und Baron Goto, Ferrero und Wortführern der Vergangenheit, wie Réclus, hat hier Duboscq in der anmutigen, formsicheren Art, wie der kultivierte französische Politiker solche Fragen behandelt, das Schlußkapitel einer pazifischen Geopolitik vom französischen Standpunkt zu formen versucht.

Alle die Zitate, die — kurz gewürdigt — dem Kenner beweisen, daß der Verfasser sich innerlich mit fast allen Quellen von Rang auseinandergesetzt hat, daß er sie aber nur mit flüchtigen Werurteilen streifen will, um sein schmales Buch nicht damit zu belasten, sondern lesbar für eilige, aber wichtige Leute zu halten —, sie sind eigentlich der unsichtbare Unterbau, auf dem sich die nur 111 Seiten der Schlußfolgerung erheben. In A. Duboscq spricht ein außerordentlich geschickter Wortführer der schönen Reden der Gleichheitsidee seines Volkes und der bösen Taten der Herrschsucht. Mit einem Zitat von Abel Bonnard gleitet er anmutig und formgewandt wie zu Beginn seines Buches (S. 36) an der Frage „des demographischen Gleichgewichts zwischen Japan, Amerika und Australien" — an dem freilich noch Chinesen und Malaien beteiligt sind — vorbei, über die heikle Brücke des Kontrastes in den Worten und Werken Frankreichs gerade im Pazifischen Ozean hinweg. Er hilft auf diese Weise erklären, wie geschickt sich Frankreich außerhalb der Wurflinien in China zu halten wußte, und zeigt ein glänzendes Beispiel jener im Kleinen so großen geopolitischen Kleinkunstarbeit der Franzosen zur Führung der öffentlichen Meinung, nicht nur Frankreichs, auch Europas und der Welt.

Nur glauben wir aus eigener Arbeit zu wissen, daß die Leitfragen des Großen Ozeans zu groß und zu wuchtig für diese Behandlungsweise sind; sie sind es wert, daß man „über ihnen schwer werde", und vertragen spielerisches Herumtändeln an ihnen nicht; dazu nehmen sie die dem Pazifik anrandenden Großvölker zu bitter ernst.

„The Far Eastern Review", Vol. XXIII Januarheft 1927 verdient besondere Erwähnung als abschließendes Zeitdenkmal der japanischen Taisho-Ära von 1912 bis 1926. Fs enthält in zum Teil sehr guten und ähnlichen Bildern, die auch hohen Wert als Rassentypen haben, nicht nur die Kaiserfamilie, sondern auch die wichtigsten Führer des Wirtschaftslebens und die am Schlusse der Ära leitenden Staatsmänner. Man wird sich dem Eindruck nicht verschließen können, daß der feine, vornehme und starkwillige Gesichtsausdruck der älteren Geschlechtsfolge von der jungen nicht mehr erreicht wird, und wird — trotz äußerem zivilisatorischen Fortschreiten — ein Schwinden an innerer Kraft damit in Zusammenhang bringen müssen. Auch führende Japaner, wie Professor Sata, gestehen gewisse Beklemmungen in rassenpolitischer Hinsicht zu.

Es ist ein ausgesprochenes Übergangszeitalter, nicht ohne die feinen und liebenswürdigen Züge, neben überwiegend materiellen, doch fehlt ihm sichtlich die schicksalmeisternde Kraft der Meiji-Zeit. 1922 ebbte die Nachkriegskonjunktur ab, die Konferenz von Washington schnitt Japans Weltrolle zurück, und das Erdbeben von 1923 tötete wahrscheinlich 104000 Menschen (einschl. Vermißte), verletzte 52000 schwer, warf zwei blühende Großstädte in Trümmer und kostete den Nationalwohlstand $5^1/_2$ Milliarden Yen: seither fiel der Schatten zweier weiterer Großbeben über das Land, soziale Unruhe geht der Wahlrechtserweiterung auf $13^1/_2$ Millionen Wähler voraus, und der ruhige, sichere Kurs der alten Genro-Zeit ist zögerndem, unsichern Tasten gewichen. Zwischen den Gezeiten!

Einen wesentlich zuversichtlichen Stempel trägt die „New Zealand Number" der Times vom 22. 2. 1927, dem „Brighter Britain of the South" gewidmet, das die landschaftliche Schönheit und wirtschaftliche Entwicklung des südlichen pazifischen Inselreiches in hellem Licht erstrahlen

läßt. Trotz der Propagandaabsicht ist es eine gut zusammengefaßte, auch geopolitisch wertvolle Darstellung des vielleicht wohlhabendsten Landes der Erde. Das Hafenbild von Wellington auf S. III mit den 44 Kriegsschiffen der U. S.-Flotte vom August 1925 ist allerdings ein Tropfen Wermut im Freudenbecher des Besuchs des Herzogs v. York. 1 1/4 Mill. Menschen auf 270 000 qkm fruchtbarster Böden mit günstigem Klima, reichen Bodenschätzen und vorzüglichen Häfen, einem Seereich vom Südpol bis fast zum Äquator (8° S. Br.), zwischen 150° W. L. und 160° Ö. L.: d. h. Raum für die nötige Ellenbogenweite, die eine allgemeine Wehrerziehung des Volkes vom 12. bis 30. Jahr! — verteidigen soll: eine bei der Raumnot auf der Erde wohlbegründete Vorsichtsmaßregel.

An Werken von geopolitischem Wert, die der Schriftleitung nicht zugingen, aber ihrem Referenten sonst bekanntgeworden sind, seien noch erwähnt:

S. Uyehara: The Industry and Trade of Japan. London-Westminster, 1927, King & Sohn. (Industrialisierung, Absatzstockung, Krise.)

E. W. Polson Newman: The Middle East. London 1926, Geoffrey Bles. (Arabische Frage.)

Dr. Erich Hauer: Huang-Tsing K'ai-kuo Fang Lüeh. Gründung des mandschurischen Kaiserreichs. Berlin 1926.

H. Sinha: Early European Banking in India. London 1927.

J. C. Sinha: Economic Annals of Bengal. London 1927.

An bedeutenden deutschen Neuerscheinungen über den indopazifischen Bereich auf dem Gebiete der Zeitschriftenentwicklung sei hier vor allem der prächtigen „Sinica", Mitteilungen des China-Instituts zu Frankfurt a. M., herausgegeben von Richard Wilhelm gedacht, die auch in ihrem zweiten Jahrgang, von dem uns die Hefte I und II mit ihren schönen Kunstbeilagen vorliegen, vor eine breitere, kulturwissenschaftliche Anschauung der Ereignisse in China führen und ein wirkliches Verständnis des Wesens der Kuo-Min-Tang zu erschließen suchen. Auch das Berliner Japan-Institut ist mit ersten Veröffentlichungen hervorgetreten und hat die Vorträge von Prof. Sata, dem verdienstvollen Vorsitzenden des deutsch-japanischen Vereins in Osaka, in wichtigen Zentralen deutschen Geisteslebens vermittelt.

Im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Band 57, Heft 2, findet sich eine außerordentlich wertvolle Arbeit von K. A. Wittfogel über die „Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte".

Wittvogel rechnet in seiner scharfen und temperamentvollen Art, immer aber unter kräftiger Charakterisierung, mit den ihm zugänglich gewordenen Quellen, namentlich mit Mabel Ping-Hua-Lee in ihrer 1921 erschienenen Wirtschaftsgeschichte Chinas ab. Auf wenig mehr als 45 Seiten findet sich eine Fülle von Anregung. Nur die vortreffliche Arbeit von Tsur über das wirtschaftliche Leben der Stadt Ningpo (eine der wertvollsten chinesischen Quellenschriften zum Übergangszustand der chinesischen Wirtschaft in ihrem Widerstand gegen das Überangebot in der Erzeugung, statt ihrer Reglung durch die Nachfrage) scheint V. nicht unter die Hand gekommen zu sein und würde ihn sicher im höchsten Grad zur Auseinandersetzung reizen.

Unter den „Schriften des Deutschen Auslandinstituts Stuttgart" ist auf Walther Freudenbergs: Von deutscher Arbeit auf Ceylon — anderwärts besprochen — auch in diesem Zusammenhang besonders hinzuweisen.

In den „Europäischen Gesprächen" 1927 findet sich in der Märznummer von K. H. Norton: „China und die Mächte" auf S. 153 ein höchst wertvoller Beitrag.

„The Journal of the Bengal National Chamber of Commerce", Kalkutta, nimmt unter der Hand von Professor Benoy Kumar Sarkar eine große wirtschaftspolitische Richtung an, von der namentlich Bd. I, Nr. 2, Dezember 1926 (Indiens Handelsmarine, Die Landwirtschafts-Kommission), Zeugnis ablegt.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig